Nummer 3 | Stuttgart, 19. Januar 1907 | 25. Jahrgang

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rötestraße 16 b.
Telephonruf: Nr. 8392.

Inserate für Stellenvermittlung
Preis der sechsgespaltenen Kolonelzeile 1 Mark.
Geschäftsinserate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von 346700 EXEMPLAREN erscheint diese Ztg.

Wahltag — Zahltag.

Am 25. Januar haben die stimmberechtigten Deutschen einen neuen Reichstag zu wählen. 13½ Millionen Männer im Alter von über 25 Jahren, mehr als der fünfte Teil der Gesamtbevölkerung des Deutschen Reiches, sind berufen, an die Urne zu gehen und einen hochpolitischen Akt, das Recht der Mitbestimmung an dem Schicksal des deutschen Vaterlandes und des deutschen Volkes auszuüben. Eine direkte Aktion von der höchsten Wichtigkeit, besonders natürlich für die 8 Millionen Arbeiterwähler. Darum aber auch ist es nicht gleichgültig, wer gewählt wird. Als selbstverständliche Pflicht eines jeden Arbeiterwählers gegen sich selbst, gegen seine Familie und gegen seine ganze Klasse erscheint es zunächst, daß er sein Wahlrecht ausübt. 1903 blieben 3½ Millionen Wähler zu Hause und man wird mit aller Sicherheit annehmen können, daß die überwiegend große Mehrzahl derselben Arbeiter waren. Die bürgerlichen Wähler haben durchweg ein sehr klares, ausgeprägtes und befestigtes Klassenbewußtsein. Sie kennen und verstehen ihre Interessen besser als die große Masse des arbeitenden Volkes, sie treiben mit dem Stimmzettel eine zielbewußte Wahl- und Klassenpolitik und darum leisten sie auch dem an sie ergehenden Sammelruf der bürgerlichen Parteien bereitwillig Folge. Sie wissen, daß alle bürgerlichen Politiker in dem Gedanken einig sind, die bestehende Wirtschafts- und Staatsordnung aufrechtzuerhalten, den Unternehmern und mit ihnen allen besitzenden und herrschenden Klassen ihre Privilegien, besonders das Recht auf Ausbeutung der Besitzlosen, zu sichern, die Bestrebungen der letzteren zu bekämpfen und zu unterdrücken, und in diesem Sinne die Gesetzgebung und Verwaltung, alle öffentlichen Einrichtungen und privatrechtlichen Beziehungen zu gestalten, mit einem Worte kapitalistische Politik zu treiben. In dieser verständnisvollen Würdigung der großen Bedeutung der Reichstagswahl bleibt kein bürgerlicher Wähler zu Hause, sondern er geht zur Urne und stimmt für den bürgerlichen Kandidaten.

Die Ausübung seines Wahlrechtes, seines vornehmsten staatsbürgerlichen Rechtes, sollte der Arbeiter um so weniger unterlassen, im Gegenteil sie als eine hohe Ehrenpflicht betrachten, als in anderen Ländern, wie Österreich, Ungarn, Schweden, Rußland u. s. w., die Arbeiter jahrzehntelange Kämpfe, die vielfach blutig verliefen und zahlreiche Opfer kosteten, führten, um das Wahlrecht zu erlangen und leider nicht immer mit befriedigendem Erfolg.

Der Wahltag soll für die Millionen Arbeiter der Zahltag sein, der Tag, an dem sie durch ihre Stimmabgabe ihr Urteil abgeben über die Regierung und über ihre Politik, über den verflossenen Reichstag und sein Tun und Lassen. Der Wahltag ist der Tag der Abrechnung mit unseren Gegnern und Feinden, mit unseren Verfolgern und Unterdrückern, mit unseren Bedrängern und Peinigern, und darum muß jeder Arbeiter an die Urne und muß seine Stimme abgeben für den Arbeiterkandidaten, **für den Kandidaten der Arbeiterpartei, der sozialdemokratischen Partei.**

Über seine Wahl in diesem Sinne sollte sich jeder Arbeiter klar sein. Aber wir wissen, daß das noch immer bei Millionen nicht der Fall ist, daß sie in gegenteiligem Sinne wählen, ihren Feinden und Gegnern die Stimme geben, sich und ihre Klasse so verraten und preisgeben. Und da möchte man sagen, die Wahlparole dieser indifferenten und rückständigen, sozial und politisch ungeschulten proletarischen Wählermassen ist das Verslein:

Nur die allergrößten Kälber
Wählen ihre Metzger selber.

Diese rückständigen Wählermassen sind die Stärke der bürgerlichen Parteien und sie können nur durch unermüdliche Agitation und Aufklärung zur politischen Erkenntnis und Reife gebracht werden. Wo stecken sie denn? Nun, sie sind nicht auf einem Haufen beisammen in Pommern oder in Oberschlesien, sondern sie verteilen sich auf das ganze Reich. Wir wohnen mit ihnen unter einem Dache, arbeiten mit ihnen und neben ihnen in Werkstätten und Fabriken, auf Bauten und in Bergwerken, kurz sie sind unter uns und da kann jeder passende Augenblick, jede sich bietende Gelegenheit zur Aufklärung und zur Gewinnung für unsere Reihen benützt werden.

Jeder Arbeiterwähler sollte sich fragen, bevor er sich über den Kandidaten seiner Wahl entscheidet: Was hat der aufgelöste Reichstag für die Arbeiter getan, was zu ihrem Nachteil geschaffen, welche Rolle haben dabei die Parteien gespielt und welche Aufgaben hat der zukünftige Reichstag zu erfüllen?

Der verflossene Reichstag hat zugunsten der Arbeiter so gut wie nichts geleistet, was wir in dem Artikel über die Sozialpolitik in demselben näher dargelegt haben. An Anregungen und Anträgen dazu, namentlich von der sozialdemokratischen Partei, hat es wahrlich nicht gefehlt, sie wurden vielmehr zu Dutzenden gegeben, aber ohne Erfolg. Die Regierung und mit ihr die bürgerlichen Parteien sagen zwar immer, daß auf dem Gebiet der Sozialpolitik kein Stillstand eintreten darf, daß sie fortgeführt werden muß; allein das sind nur Worte, die Taten fehlen. So fehlt noch immer der von der deutschen Arbeiterschaft seit 1848 angestrebte gesetzliche Zehnstundentag, der namentlich in Hinblick auf die Hunderttausende von Arbeiterinnen in der Textilindustrie und anderen Gewerben und Industrien, die noch 11 Stunden und länger täglich arbeiten müssen und darunter sehr leiden, eine dringende Notwendigkeit und eine Wohltat wäre. Die Millionen männlicher Arbeiter haben sich aus eigener Kraft, mit Hilfe ihrer gewerkschaftlichen Organisationen, eine kürzere Arbeitszeit bis herab zu 8 und 7 Stunden erkämpft. Wo aber die Arbeiterinnen ausschließlich beschäftigt sind oder die Mehrzahl oder doch einen großen Teil aller Arbeiter bilden, da besteht noch eine grausam lange Arbeitszeit mit allen ihren die Gesundheit schädigenden und ruinierenden Wirkungen. Es fehlt weiter ein genügender gesetzlicher Schutz der Bergarbeiter, der Bauarbeiter, der Heimarbeiter u. s. w.; das Koalitionsrecht der Arbeiter ist nicht geschützt und gesichert gegenüber gewalttätigen Angriffen kapitalistischer Terroristen u. s. w., der Reichstag hat aber nichts getan, hier Besserung zu schaffen. Dagegen hat er durch **sieben neue Steuern** dem Volke eine neue schwere Last von weiteren 170 bis 200 Millionen auferlegt; er hat die Reichschulden, die im Jahre 1902 2600 Millionen betrugen, erhöht auf zirka 3600 Millionen, also um eine Milliarde innerhalb drei Jahren; er hat die Last der Verzinsung der Reichschuld von 93 auf 127 Millionen erhöht; er hat Jahr für Jahr der Regierung das Budget mit Hunderten Millionen Defizit bewilligt und sie ermächtigt, einen Riesenpump nach dem anderen aufzunehmen, so daß es nun auf die vierte Milliarde Reichschulden losgeht. Der Reichstag hätte die Regierung zwingen sollen, die Ausgaben den Einnahmen anzupassen und die ganze Reichswirtschaft auf die vorhandenen Mittel einzurichten. Wenn im alltäglichen Leben ein Privatmann so wirtschaftet, so wird er bevormundet oder ihm auf andere Weise das Handwerk gelegt. Im Reiche aber wird drauflosgewirtschaftet nach dem schönen Grundsatz: „Nach uns die Sintflut!“ und eine Milliarde Schulden an die andere gereiht, die dann das Volk mit vielen Millionen verzinsen muß. Neue Steuern, wie sie im verflossenen Jahre zu den alten schweren Lasten noch hinzu geschaffen wurden, sind die Folge davon und die Schraube ohne Ende führt immer wieder zu weiteren Steuererhöhungen und zur Einführung neuer Steuern. Dabei sind die Zolleinnahmen, die das Volk drückenden indirekten Steuern, weiter gestiegen und steht eine fernere andauernde Steigerung derselben angesichts der neuen Handelsverträge mit den hohen Zöllen in sicherer Aussicht. Nun betont das Budget für 1907 die Notwendigkeit abermaliger neuer Steuern, so zum Beispiel der Wehrsteuer und anderer neuer Lasten.

Und für was alles werden diese Riesensummen, werden alljährlich 2400 bis 2700 Millionen Mark aufgewandt? Für Militarismus und Marinismus, für Kolonial-, Welt- und Wasserpolitik, die dem deutschen Volke noch keinen Nutzen, wohl aber enormen Schaden gebracht hat. Über 800 Millionen Mark sind bisher allein für die afrikanischen Sandwüsten-Kolonien aufgewandt worden, die nicht kultiviert, sondern verwüstet wurden, worunter auch noch das moralische Ansehen Deutschlands in der ganzen Welt gelitten hat.

Der verflossene Reichstag war für das arbeitende Volk schlecht, **der neue Reichstag soll und muß für dasselbe besser werden.** Er muß endlich der Schuldenwirtschaft ein Ende machen, dem Militarismus und Marinismus energisch eine Grenze ziehen, die Auferlegung neuer Steuerlasten auf die Schultern des ohnehin gedrückten und seufzenden Volkes ablehnen, die Volksrechte und die politische Freiheit ausbauen und die Sozialpolitik, die Arbeiterschutzgesetzgebung nach so langem Stillstand energisch weiterführen, um der Arbeiterschaft Erleichterungen und Verbesserungen ihrer Lage zu bringen. Besonders muß der neue Reichstag das Attentat auf das Selbstverwaltungsrecht der Arbeiter in den Krankenkassen in Form der Hilfskassengesetznovelle ablehnen; das noch viel schlimmere Attentat auf die Gewerkschaften in Form des Gesetzentwurfes über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine rundweg verwerfen oder die Mißgeburt in ein fortschrittliches und freiheitliches Gesetz zugunsten der Arbeiter umändern; das Koalitionsrecht der Arbeiter sichern, den § 153, als den Galgen daneben, abschaffen, ein freies Reichs-, Vereins- und Versammlungsrecht schaffen ꝛc.

Die bürgerlichen Parteien haben die finanzielle Mißwirtschaft mitgemacht, den Stillstand der Sozialpolitik gern gesehen und für den freiheitlichen Ausbau des Deutschen Reiches keinen Finger gerührt. Mit diesen bürgerlichen Parteien soll das arbeitende Volk am 25. Januar abrechnen, einen gründlichen Zahltag machen, eine Generalabrechnung halten. „Keinem bürgerlichen Kandidaten eine Arbeiterstimme!“, das muß die Wahlparole der Arbeiterschaft sein.

Jene Mißwirtschaft nicht mitgemacht, das Budget mit seinem Hundertmillionendefizit abgelehnt, die neuen, das Volk bedrückenden Steuern bekämpft und abgelehnt hat einzig die **sozialdemokratische Partei**; allen Verschlechterungen an bestehenden Gesetzen, allen schlechten Gesetzesvorlagen, allen Schikanierungen und Bedrückungen des Volkes entgegengetreten ist einzig die **sozialdemokratische Partei**; für den freiheitlichen Ausbau des Vaterlandes, für Vermehrung der Volksrechte, für Sozialpolitik und Arbeiterschutz einzig ehrlich, mit rückhaltloser Offenheit und mit aller Energie eingetreten ist allein die **sozialdemokratische Partei**. Sie war und ist immer auf der Wacht für die Volksrechte und Volkswohlfahrt, sie ist die wahre, sturmerprobte Arbeiter- und Volkspartei, sie wird im neuen Reichstag, in aller Zukunft für die Interessen des arbeitenden Volkes ebenso entschieden und unerschütterlich einstehen, wie sie es seit 40 Jahren getan und darum **kann und darf am 25. Januar ein aufrechtstehender Arbeiter nur einem sozialdemokratischen Reichstagskandidaten, einem Kandidaten der sozialdemokratischen Arbeiterpartei seine Stimme geben.**

Und darum auf zu Kampf und Sieg!

Die Scharfmacher und die Reichstagswahlen.

Der bekannte günstige Wind hat der Düsseldorfer Volkszeitung einige Geheimzirkulare des organisierten Unternehmertums auf den Tisch geweht, deren Inhalt für die Arbeiterschaft im gegenwärtigen Wahlkampf von größter Bedeutung ist. **Die Scharfmacher wittern Morgenluft.** Die Reichstagsauflösung läßt ihnen die Gelegenheit günstig erscheinen, nunmehr die politische Knebelung der deutschen Arbeiterschaft zu versuchen, nachdem es ihnen fehlgeschlagen, die Arbeiter durch ihre Aussperrungstaktik wirtschaftlich niederzuknüppeln.

Zirkular Nr. 1 geht aus vom **Verein deutscher Maschinenbauanstalten, Sitz Düsseldorf.** Es lautet:

Düsseldorf, den 7. Januar 1907.

An sämtliche Vereinsfirmen!

Vom Zentralverband Deutscher Industrieller geht uns die als Anlage 1 beigefügte Zuschrift nebst einem Aufruf, Anlage 2, zu.

Auf Grund eingehendster Prüfung der Angelegenheit empfehlen wir auf das wärmste, sich dem Vorgehen des Zentralverbandes anschließen zu wollen.

Der Verein deutscher Maschinenbauanstalten.

Der Vorsitzende: Heinrich Lueg, M. d. H. — Der Geschäftsführer: Dr. ing. Schrödter.

Die in dem Schreiben erwähnten zwei Anlagen des Zentralverbandes lauten:

Anlage 1.

Zentralverband Deutscher Industrieller.

Berlin W., den 5. Januar 1907.
Karlsbad 4a.

J.-No. C. 43. I. — An den Herrn Vorsitzenden d. Vereins deutscher Maschinenbauanstalten Geheimen Kommerzienrat H. Lueg, Düsseldorf.

Wir bitten Sie, von dem anliegenden Aufruf Kenntnis zu nehmen, der an den Zentralverband, als den Vertreter des allergrößten Teiles der deutschen Industrie, gerichtet worden ist. Wir vertreten die Ansicht, daß die hohe nationale Bedeutung der bevorstehenden Wahlen es der Industrie, soweit sie diese Bedeutung anerkennt, zur unabweisbaren Pflicht macht, sich an die Seite der Regierung zu stellen und sie in dem schweren Kampfe dadurch zu unterstützen, daß sie im Sinne des Aufrufs und entsprechend ihrer Stellung im wirtschaftlichen Leben unseres Vaterlandes Beiträge zu dem allgemeinen Wahlfonds leistet. Von dieser Pflicht kann nach unserem Erachten auch der Umstand nicht entbinden, daß die Industrie bereits in weitem Umfang durch die lokalen und zentralen Organisationen der nationalen Parteien zu geldlichen Opfern herangezogen sind, die sie willig gebracht haben; denn es gilt hier zu zeigen, daß die Industrie in ihrer Gesamtheit gewillt ist, nach ihren Kräften die von der Regierung vertretene nationale Ehre des Vaterlandes zu stützen und hochzuhalten.

Der Anfang ist bereits von der „Nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller“ gemacht worden. In einer fast vollzählig besuchten Sitzung des Vorstandes ist einstimmig beschlossen worden, die Mitglieder aufzufordern, **zu dem in dem Aufruf bezeichneten Zwecke eine Mark pro beschäftigten Arbeiter abzuführen.**

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die übrigen Gruppen des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller diesem Beispiel folgen werden.

Wir sind überzeugt, daß das Gleiche auch bei den übrigen von dem Zentralverband vertretenen Industrien der Fall sein wird.

Daher richten wir an Sie die Bitte:

Die Mitglieder Ihrer Vereinigung mit tunlichster Beschleunigung aufzufordern, zu dem in Rede stehenden Zwecke eine Mark pro beschäftigten Arbeiter an die Direktion der Diskontogesellschaft zu Berlin W., Unter den Linden 35, mit der Bezeichnung: „Angelegenheit des Zentralverbandes Deutscher Industrieller à conto Wahlfonds“ abzuführen und von der geleisteten Zahlung der Geschäftsführung des Zentralverbandes, Berlin W. 35, Karlsbad 4a, Anzeige zu machen.

Die Überweisung der Gelder ist an die Bedingung geknüpft worden, daß Herr Generalsekretär Dr. Beumer-Düsseldorf und der mitunterzeichnete Geschäftsführer des Zentralverbandes als Vertrauensmänner der Industrie dem unter dem Aufruf verzeichneten Ausschuß beitreten.

Den Aufruf Ihnen heute in der für Ihre Mitglieder erforderlichen Anzahl von Exemplaren zugehen zu lassen, ist nicht möglich. **Wir bitten Sie daher, sich der kleinen Mühe zu unterziehen, den Aufruf mit der Bezeichnung „Vertraulich“ möglichst schnell selbst vervielfältigen zu lassen.**

Das Direktorium des Zentralverbandes Deutscher Industrieller.

Der Vorsitzende: R. Vopelius, Mitglied des Herrenhauses. — Der Geschäftsführer: H. A. Bueck.

Anlage 2, die nach obiger Anweisung „vertraulich“ verschickt werden soll, hat folgenden Wortlaut:

Anlage 2.

Vertraulich!

Aufruf!

Berlin, im Dezember 1906.

Durch die Auflösung des Reichstags ist eine neue politische Situation geschaffen. Die nationalen Parteien, die bei der Abstimmung am 13. Dezember in der Minderheit blieben, müssen bei den Neuwahlen so gestärkt werden, daß im neuen Reichstag die Bildung einer neuen Majorität möglich wird. Dies ist in jeder Hinsicht **nach innen und außen von größter Wichtigkeit.**

Die Wahlen erfordern bedeutende Geldmittel.

Die Unterzeichneten haben sich dazu vereinigt, eine Sammlung zu veranstalten.

Die einlaufenden Beträge sollen verwendet werden:

1. Für die Wahlkreise, welche von den Polen und Welfen, dem Zentrum und der Sozialdemokratie bei den letzten Wahlen nur mit knapper Mehrheit gewonnen oder behauptet wurden.

2. Zur Verteidigung der Wahlkreise, die jetzt im Besitz der bürgerlichen Linken und der Rechten sind, aber von Polen, Welfen, Zentrum und Sozialdemokraten gefährdet werden.

Alle konservativen und liberalen Parteien, zu deren Unterstützung dieser Aufruf ergeht, sollen gleichmäßig bei Verwendung unseres Wahlfonds berücksichtigt werden.

Ausgeschlossen ist, daß diese Gelder zur Bekämpfung dieser Parteien untereinander verwandt werden.

Generalleutnant Graf v. d. Asseburg. Generaldirektor Ballin. Friedrich Dernburg. Dr. Graf Sh. von Douglas. Stadtrat Hermann Jakoby. Staatsminister Dr. Freiherr von Ballhausen. Robert von Mendelssohn. Otto Fürst zu Salm-Horstmar. Paul Schwabach. Stadtrat Max Weigert. Generaldirektor Dr. Wiegand. J. van der Zypen.

Beiträge bitten wir einzusenden an das Bankhaus Mendelssohn & Cie., Berlin.

Die beiden Zirkulare beleuchten noch einmal grell die Situation, in der sich die deutsche Arbeiterschaft befindet. Dieselben Unternehmer, die um weniger Pfennige Lohnforderungen willen Hunderttausende von Arbeitern auf die Straße werfen — man denke nur an Crimmitschau, an die Formerbewegung, an Iserlohn rc. —, dieselben Leute zahlen bereitwilligst eine Mark pro beschäftigten Arbeiter, um einen ihnen genehmen Reichstag zustande zu bringen. Der aufgelöste Reichstag war ihnen noch zu arbeiterfreundlich. Ihr Zentralorgan, die Arbeitgeber-Zeitung, nannte den verflossenen Reichstag ein Arbeiterklassenparlament. Die Scharfmacher aller Gattungen haben sich zusammengefunden, feudale Grafen und Fürsten Arm in Arm mit dem liberalen Juden à la Ballin und Dernburg, um auszuholen zum vernichtenden Schlage gegen die winzigen Arbeiterrechte. Das geheime Wahlrecht, das den Fabrikarbeiter mit den Kommerzienräten u. s. w. auf gleiche Stufe stellt, ist ihnen in der Seele verhaßt, desgleichen das Koalitionsrecht, die Sozialgesetzgebung u. s. w. Ein Reichstag nach ihrem Wunsche wird natürlich mit all diesen Dingen aufräumen, darum die Geldunterstützung an das Kassenkartell. Zur Bedingung wird gemacht, daß der Oberscharfmacher Beumer, der im Duisburger Wahlkreis einem „liberalen" Arbeiterkandidaten Platz gemacht, dem Ausschuß beitritt. Der Name Beumers steht nicht unter dem Aufruf, dafür soll er der geheime Inspirator, der leitende Geist des Ganzen sein. Zu diesem Zwecke hält offenbar seine Gesundheit noch.

Die deutsche Arbeiterschaft mag daraus ermessen, was auf dem Spiele steht. Die Scharfmacher und Kühnemänner wittern Morgenluft, sie halten die Zeit für gekommen zum Sturme auf das Wahlrecht, auf das Koalitionsrecht und auf den ohnehin so bescheidenen Arbeiterschutz. Möge die Arbeiterschaft ihre Gegenmaßregeln treffen. Das Schlachtfeld liegt klar vorgezeichnet. Auf der einen Seite Unternehmertum und bürgerliche Parteien, auf der anderen Seite Arbeiterschaft und Sozialdemokratie. Die Arbeiterschaft muß am 25. Januar dafür Sorge tragen, daß den Herrschaften ein für allemal die Lust zur Versendung solcher Zirkulare vergeht.

Riesenprofite.

Die Rechnungsabschlüsse der Eisen- und Stahlwerke offenbaren den großen Nutzen, den ihre straffe Organisation und ihr Einfluß auf die Politik des Reiches den Hüttenherren verschafft. Jeder Arbeiter sollte sich daran ein Beispiel nehmen und den Unternehmern nacheifern in der Stärkung seiner wirtschaftlichen Organisation und seiner politischen Vertretung. Die Hüttenherren schwimmen förmlich im Golde! Der Stahlwerk-Verband macht bekannt, daß er seinen Mitgliedern für das dritte Jahresquartal pro Tonne 8 Mk. Vergütung zahlt. Im ersten Quartal betrug die Vergütung 3 Mk., im zweiten Quartal 5 Mk., also eine Profitsteigerung von 175 Prozent im Laufe weniger Monate! Jedoch ist der Geschäftsgewinn des Stahlwerk-Verbandes so ungeheuer gestiegen, daß er anscheinend nicht weiß, wohin mit dem vielen Gelde, — da zahlt er den Mitgliedern pro Tonne für das zweite Quartal 3 Mk., für das erste Quartal 5 Mk. als Extravergütung nach! So hat denn der Stahlwerk-Verband allein im ersten Halbjahr dieses Jahres bei 250 Millionen Mark Umsatz seinen Mitgliedern 23 Millionen Mark zurückvergütet!!!

Einen guten Einblick in die kolossale Überschußwirtschaft der Eisen- und Stahlwerke geben die unten besprochenen Geschäftsberichte von zwölf der größten „gemischten" Bergwerks- und Hüttengesellschaften. Es sind längst nicht alle profitreichsten zusammengestellt. Die Hütte „Rothe Erde" bei Aachen, wo der Streik war, ist nicht darunter; dieses Werk machte in elf Geschäftsjahren 35 Millionen Mark Reingewinn, zahlte jährlich 31 Prozent Dividende — aber die bescheidenen Arbeiterforderungen wurden kurzweg abgelehnt. In der Liste fehlen auch die Schalker Hütten, die allein in den letzten drei Jahren zusammen 70 Prozent Dividende zahlten. Die Ilseder Hütte fehlt auch, sie gab von 1896 bis 1905 jährlich 40 bis 70 Prozent Dividende. Auch die Firma Krupp fehlt in der Liste, obgleich sie das größte „gemischte" deutsche Werk ist. Der Rohgewinn der Firma Krupp betrug 1905/06: 83,17 Millionen Mark, gegen 25 Millionen Mark im vorigen Jahre. Die etwaigen Lohnsteigerungen haben also den Unternehmerprofit nicht unter den früheren Gewinn gedrückt. Die Familie Krupp erhält den „Entbehrungslohn" von 16 Millionen Mark; wenn sie von diesem völlig mühelos „erworbenen" Rieseneinkommen den eigentlichen Wertschaffern, den Arbeitern und Beamten, einen Teil als „Wohlfahrtseinrichtungen" zurückerstattet, dann liegt die bürgerliche Presse auf dem Bauch und betet diese „Selbstlosigkeit" an.

Die zwölf typischen Hüttenwerke schlossen die letzten drei Geschäftsjahre wie folgt ab:

Es betrugen in runden Summen

	1903/04	1904/05	1905/06
Werbendes Kapital . .	490 Mill. Mk.	511 Mill. Mk.	554 Mill. Mk.
Rohgewinne	52 „ „	57 „ „	78 „ „
Abschreibungen	25 „ „	26 „ „	29 „ „
Dividende	96 Prozent	113 Prozent	141 Prozent

Im Laufe von drei Jahren eine Zunahme des Rohgewinns von 52 auf 78 Millionen Mark = über 50 Prozent. Der Rohgewinn beträgt 1905/06 gegen das Vorjahr 21 Millionen Mark mehr! Unter „werbendes Kapital" sind hier Aktienkapital, Anleihen und Reserven verstanden. Das Aktienkapital allein beläuft sich (1905/06) auf 322 Millionen Mark, der Rohgewinn hat also über 24 Prozent des Aktienkapitals ausgemacht. Über 9 Prozent des Aktienkapitals sind als Abschreibungen zurückgestellt, eine bedeutende finanzielle Verbesserung der Gesellschaftsgrundlagen. Wie viel Millionen Mark außerdem im Laufe des Jahres aus den Betriebseinnahmen für Werksverbesserungen, Neuanlagen und Ankäufen ausgegeben wurden, wird nicht summiert. Trotz der kolossalen Rückstellungen und der schon erfolgten Ausgaben für Betriebserweiterungen empfangen die Aktionäre doch noch 141 Prozent Dividende, gegen das Vorjahr eine Dividendenzunahme von fast 25 Prozent und gegen 1903/04 sogar von über 45 Prozent! Wo bleibt da der Beweis für die von den Unternehmern stets behauptete „Unerträglichkeit" der gesteigerten „sozialen Lasten" und der „enormen Lohnerhöhung", die angeblich den Unternehmungen keinen Gewinn lassen?!

Nachstehende Tabelle gibt eine spezialisierte Übersicht des Geschäftsgebahrens der zwölf in Rede stehenden Unternehmungen:

Werk	Rohgewinne 1905/06 Mk.	Rohgewinne 1904/05 Mk.	Rohgewinne 1903/04 Mk.	Abschreibungen 1905/06 Mk.	Abschreibungen 1904/05 Mk.	Abschreibungen 1903/04 Mk.	Dividende 1905/06 Prozent	Dividende 1904/05 Prozent	Dividende 1903/04 Prozent
Aumetz-Friede	5090025	2877156	1206732	1859416	1386785	1206732	8	0	0
Bochumer Verein	5498725	4673341	4458916	1122773	1131788	1140592	15	12	10
Deutsch-Luxemburg	4848445	3702696	1882664	2332845	2000000	1787678	10	8	0
Dortmunder Union	3556449	3330565	3682252	2206001	2153911	2129167	5	5	5
Georgs-Marien-Verein	1924335	1786527	1907490	859359	873567	814327	0	5	5
Gutehoffnungshütte	9715951	7009775	7121585	3900000	3500000	3500000	20	20	20
Hörder Verein	8064151	6080568	5373835	3023714	3029859	2890261	15	10	8
Hoesch	6043869	4363800	5068686	2095713	2130204	2329948	15	12	12
Phönix	8855990	6820525	5760280	2803165	2699250	2864817	15	10	8
Rheinische Stahlwerke	6035614	4418456	4395541	2334669	1939398	1774674	12	9	9
Rombacher Hütte	10111008	6004186	4653131	2905000	2002597	1866462	14	12	8
Vereinigte Königs- und Laurahütte . . .	8343374	6590507	7221009	4299276	3500962	3500919	12	10	11
Zusammen	78107955	57714902	52752121	29741931	26348321	25805577	141	113	96

Daraus können die Eisen- und Stahlwerkarbeiter entnehmen, wie fleißig sie für die Geldschränke der ihnen ganz unbekannten Kapitalisten gearbeitet haben! Es sind Werke verzeichnet mit Überschußsteigerungen von mehreren 100 Prozent, Werke, in denen in den letzten Jahren Lohndrückereien und Akkordreduzierungen vorgekommen sind. Ein Blick auf die glänzenden Werksergebnisse beweist, daß die von der sozialdemokratischen Fraktion des jetzt aufgelösten Reichstags beantragte Inangriffnahme des gesetzlichen Hüttenarbeiterschutzes sehr wohl möglich ist, ohne die Rentabilität der Werke in Frage zu stellen.

Zu dem glänzenden Bilde der Werksüberschüsse passen die Lohnzahlen der Hüttenarbeiter recht schlecht. Nach dem Bericht der Rheinisch-Westfälischen Walzwerks- und Hüttenberufsgenossenschaft gestalteten sich die Arbeiterverhältnisse folgendermaßen:

Sektion	Zahl der Betriebe 1905	Zahl der versicherten Personen 1905	Zahl der versicherten Personen gegen 1904	Lohn pro Kopf und Jahr 1905 Mk.	Lohn pro Kopf und Jahr gegen 1904 Mk.
1. Essen	7	29954	+ 5041	1557,47	+ 61,53
2. Oberhausen . .	28	38278	+ 3857	1452,50	+ 40,02
3. Düsseldorf . . .	32	13042	+ 919	1463,44	+ 46,—
4. Koblenz	34	8532	+ 490	1218,—	+ 25,—
5. Aachen	10	6145	+ 350	1279,35	+ 35,47
6. Dortmund . . .	19	23099	+ 560	1365,79	+ 38,71
7. Bochum	16	16922	+ 1188	1336,23	+ 45,81
8. Hagen	27	8120	+ 91	1349,77	+ 30,37
9. Siegen	50	5796	+ 451	1235,—	+ 32,—
Summa	225	149888	+ 12927	1413,48	+ 46,97

Die Lohnsteigerung, wobei die Überstunden und Überschichten einbegriffen sind, betrug durchschnittlich 46 Mk. und 97 Pf. oder nicht einmal 4 Prozent! Angesichts der kolossalen Überschußsteigerungen verdient die jämmerliche „Lohnzunahme" nachdrücklichst festgenagelt zu werden. Berücksichtigt man die eingetretene Lebensmittelverteuerung, dann verschwindet die Lohnzunahme nicht nur vollständig, sondern die Arbeiterbevölkerung war wirtschaftlich bedeutend schlechter gestellt als in den früheren Jahren. Die Hüttenherren schwimmen in Gelde, den Hüttenarbeitern aber wird nicht einmal so viel von dem Ertrag ihrer Arbeit zuteil, daß die Familien das frühere Quantum an Fleischnahrung x. kaufen können.

Solche Zustände müssen aufreizend wirken. Wenn sie die Eisen- und Stahlarbeiter veranlassen, sich in großer Masse dem Deutschen Metallarbeiter-Verband anzuschließen und in die Reihen der sozialdemokratischen Parteibewegung zu stellen, dann ist der Grundstein gelegt für eine Gesellschaftsordnung, die dem Arbeitsmann Gerechtigkeit widerfahren läßt! Metallarbeiter, Hüttenarbeiter organisiert euch! Schließt euch an dem Heere unserer kämpfenden Arbeitsbrüder! Und: wählt am 25. Januar sozialdemokratisch!

Gelb-christlich in Frankreich.

Wie in Frankreich gelbe Gewerkschaften zustande kommen, geht aus einer Enthüllung des Pariser Blattes Matin hervor. Danach haben die Jesuiten die Hände dabei im Spiele gehabt und Fabrikanten haben Gelder dazu hergegeben. Der Gründer der gelben Gewerkschaften selbst, ein gewisser Lanoir, hat dafür erdrückendes Beweismaterial beigesteuert. Dieser arbeitete anfänglich mit dem von den antisozialistischen Parteien in Brest gewählten Deputierten Biétry zusammen. Die Freundschaft dauerte indessen nicht lange. Biétry wuchs Lanoir über den Kopf und wurde schließlich aus der Organisation ausgeschlossen. Lanoir hatte nur Geld von einer Eisenbahngesellschaft genommen, Biétry nahm aber welches von den Unternehmern und den Jesuiten, die von Rom her die Order bekommen hatten, die gelbe Bewegung an sich zu reißen. Infolgedessen ist die mit Kapitalisten- und Pfaffengeld aufgefütterte Biétrysche Konkurrenzgewerkschaft dem Lanoirschen Verband über den Kopf gewachsen und repräsentiert heute die „gelbe", ordnungstreue Arbeiterorganisation im Parlament und in der öffentlichen Meinung. Aus den Lanoirschen Enthüllungen geht nun hervor, daß an der Wiege der gelben Gewerkschaft ein Geheimkämmerer des Papstes, Abbé Pupey-Gérard, gestanden hat, der 1902 Lanoir in hartnäckiger Weise mit Geldangeboten belästigte. Die Kongregationen erklärten sich bereit, das ganze Budget der gelben Gewerkschaften — 100000, ja selbst 200000 Fr. jährlich — zu bestreiten, wenn diese ins klerikale Lager geleitet würden. Lanoir legt auch zwei Dokumente vor: Das eine ist ein an ihn adressierter Brief der bekannten Firma Motte in Roubaix, datiert vom 8. Januar 1902, der sich auf die gleichzeitige Zusendung einer Tausendfrankennote bezieht. Ein zweiter Brief derselben Firma, der an Biétry gerichtet ist, behandelt die Frage, wie man in Roubaix wirksam antisozialistische Propaganda betreiben könne. Die Geldsendungen erfolgten unter dem Namen des Fabrikdirektors, „um Indiskretionen zu vermeiden", wie ausdrücklich gesagt wird. Aus dem ganzen geht sonnenklar hervor, daß die gelbe Gewerkschaft nichts anderes als eine bezahlte Schutztruppe der Kapitalisten ist.

Aber noch charakteristischer für den Geist dieser Organisation sind die gleichfalls vom Matin veröffentlichten Briefe, die ein klerikaler Journalist namens de La Chapelle an den Jesuitenpater Du Vail geschrieben hat. Sie beweisen vor allem, daß die gelbe Gewerkschaft von Roubaix von den Pfaffen gemeinsam mit den Fabrikanten gegründet worden ist. Am 12. Februar 1903 schrieb de La Chapelle: „Mein Hochwürdiger Vater! Ich möchte Sie so bald wie möglich sehen, um mit Ihnen über die Organisation der gelben Gewerkschaften in Roubaix zu sprechen. Die Birne ist reif; wir können sie pflücken. Die Industriellen dieser Stadt sind schon bereit, auf die Ihnen wohlbekannte Kombination einzugehen. Ich werde Ihnen über meine gestrige Besprechung mit einem dieser Herren Bericht erstatten, der mir erklärt hat, daß Sie unverzüglich bei ihm in Aktion treten können. In der letzten Sitzung

Aus Amerika.

Gleichberechtigung der Arbeiter in Amerika.

Im Chagrin.

New York, 15. Dezember 1906.

Amerika, du glückliches Land! Wer immer von den Besitzern des nötigen Kleingeldes aus der Alten Welt kommt und deine Gestade durchzieht, weiß von dir nur Rühmliches, pyramidal Erhabenes, Nachahmungswertes zu berichten. Was sie auch immer von dir sehen, es entlockt ihnen Freude und Bewunderung. Der eine spricht von deinen freiheitlichen Einrichtungen, der andere bewundert deine in großen Mengen organisierten Zuchthäuser. Dieser spricht von der allgemeinen Verbreitung des in Fleisch und Blut übergegangenen, niederdrückenden Gleichheitsgefühls, jener ist entzückt von den fürstlichen Haushaltungen der Millionäre. Hier nimmt einer sinnende Blicke auf deine Wolkenkratzer, dort weidet sich einer behaglich an deinen prachtvollen Blechhäusern.

Ring, alles was diesen Gentlemen unter die Augen oder in die Hände kommt, verwandelt sich in Purpur und Glanz. Das mündliche tritt ein, wenn sie auf das Verhältnis der Arbeiter im allgemeinen und gegenüber dem Arbeitgeber im besonderen zu sprechen kommen. Selbst wenn sie sich dieser Sache gegenüber in der Situation befinden, wie Bileams Esel gegenüber den Hindernissen, so macht das gar nichts. Sie berichten darüber mit überlegener Sicherheit und sicherer Sachkenntnis. Und was das beste ist, die heimische Zuhörerschaft hängt staunend gläubig an ihren Lippen. Besonders die Gleichberechtigung und die gleichmäßig freundliche, geschäftsmäßig kurze Behandlung der Arbeiter in den Fabriken hat es vielen angetan.

Unsere Gleichbeiter, Kathedersozialisten, Vereinsreformisten, bürgerlichen und proletarischen „Hirche" x., alle sind ob dieser „Gleichberechtigung" höchlichst entzückt. Und merkwürdig, daß gerade die, die diese „Gleichberechtigung" am wenigsten oder gar nie erfahren haben, sie am höchsten preisen. Ja, jede Meile, die sie weiter aus dem Machbereich der „Gleichberechtigung" kommen, läßt ihr Lob erschallen, bis sie schließlich am Gipfel ihrer preisenden Leistungsfähigkeit angelangt sind. Eigentümlich aber, daß diese bewunderte Sache gerade bei denen, die sie tagtäglich am eigenen Leibe fühlen, bei den Arbeitern, das platte Gegenteil von Bewunderung hervorruft. Wer nicht fühlt, hat leicht zu tragen!

Prägnant wird über die Sache urteilt wie folgt*: „Dieser Ton der Gleichberechtigung, auf den das gesellschaftliche und öffentliche Leben in den Vereinigten Staaten abgestimmt ist, herrscht nun aber auch innerhalb der kapitalistischen Unternehmung. Auch hier tritt .... der Unternehmer dem Arbeiter nicht als der Herr entgegen, der Befehlen heischt." Es „befleißigt sich auch der Unternehmer dem Arbeiter gegenüber .... eines höflichen zuvorkommenden Benehmens. Auch heute sind selbst englische Arbeiter erstaunt über den unpolitischen Ton, den Unternehmer und Werkmeister in den Vereinigten Staaten dem Arbeiter gegenüber anschlagen, sind sie erstaunt über die Ungebundenheit des Arbeiters selbst in seiner Arbeitsstätte der „liberté de ce qu'on peut appeler la surveillance vexatoire" ist." (Befreit von dem, was man lästige Überwachung nennt.)

Ein Zitat der Schatten von Bewunderern ist wohl genug, denn ihre Produkte sind hinlänglich bekannt. Stimmen aus den Arbeiterkreisen und von besseren und neutralen Kreisen der in Frage kommenden Verhältnisse lauten — leider — ganz anders. Schon Kelly's Buch „Als Arbeiter in Amerika" und noch mehr Sinclairs „Sumpf" sprechen eine andere Sprache. Und die Lektüre dieser beiden Bücher sollte schon genügen, manchen Nachbeter der Gleichberechtigungschimäre stutzig zu machen.

Aber wir wollen hier aus eigener Erfahrung reden, wie die Gleichberechtigung auf den wirkt, der kein Geld hat, auf den Arbeiter. Im allgemeinen ist die Gleichberechtigung hier windiger als — drüben. Dies läßt sich leider nicht mit Ziffern und anderem greifbaren Material beweisen, sondern nur der Gesamteindruck der Erlebnisse und Erfahrungen in der Werkstatt und auf der Straße kann hier sprechen. Politisch ist der Arbeiter zweifelsohne gleichberechtigt. Aber hier übt er seine gleichen Rechte in schlechterer Weise als selbst ein Proletarier ohne Klassenbewußtsein in Europa. Aber abgesehen davon. Mit dem Augenblick der (Wahl-)Stimmabgabe ist es auch mit seiner Gleichberechtigung zu Ende. Seine Rechte als Bürger sind formell, auf dem Papier, große, in der Wirklichkeit geringer als anderswo. Die Verhafterei wird mit echt amerikanischem Schwunge betrieben, mit der Abgabe von Verhaftsbefehlen an Privatpersonen nicht sonderlich gegeizt, eine genügende Garantie gegen den Mißbrauch auf diesem Gebiet ist nicht gegeben. Auf Antrag von Privatpolizisten, Frauenspersonen x. kann man ohne weiteres in die Klauen der Justiz kommen. Dafür nur zwei Beispiele aus New York, wie sie sich tagtäglich wiederholen. Vor einigen Tagen wurden dem Polizeirichter eine Anzahl Verhaftete zur Aburteilung zugewiesen, aber keiner der anwesenden Polizisten konnte sich entsinnen, warum sie verhaftet worden waren. Dann: Eine Frau beschuldigt einen Mann, sie an der Hüfte berührt zu haben und sie ließ ihn deswegen verhaften. Die Frau gab ihren Namen an, aber — einen falschen. Der Mann mußte mit, ihm wurde der Prozeß gemacht, er wurde zu 10 Dollar verurteilt, ohne

* Sp. Barnes — — 2 Aus W. Sombart. S. 129—130.

des Fabrikantensyndikats ist die Frage bereits aufgeworfen worden und es hat sich kein Widerspruch erhoben. Wenn Sie einen Augenblick Zeit haben, kommen Sie ins Bureau von Roubaix. Wir werden dann über diese wichtige Angelegenheit sprechen. Ich möchte Sie auch bitten, bei den Industriellen zu intervenieren. Unsere Kampagne hat nur Aussicht auf Erfolg, sofern sich die Interessierten vor jeder Indiskretion hüten."

Derselbe fromme Herr schrieb in einem vom 14. Februar 1908 datierten, an eine nicht genannte Person gerichteten Briefe folgendermaßen: „Die Gewerkschaftsorganisation von Roubaix ist eingefädelt. Ich sende Ihnen anbei das Statut. Der Präsident ist ein unbedeutender Arbeiter, Louis Demulder. Man hat ihm das Präsidium übertragen, weil man einen Arbeiter brauchte. Aber das wahre Haupt der Vereinigung ist Herr Louis Boudry jun. (ein Unternehmer) ... Es ist ein junger, anscheinend sehr intelligenter und sehr schlauer Mann. Herr Louis Boudry wird mit uns korrespondieren und von uns die Parole empfangen, um sie den Leitern der Bewegung weiterzugeben. Ich werde nur ihn allein sehen, und niemand sonst wird wissen, woher die Mitteilungen, die Ratschläge und selbst die Aufträge stammen. Wenn die Industriellen in die Kombination eintreten wollen, werden sie nur mit mir zu tun haben. Ich werde, mit einem Worte, der Mittelsmann zwischen den Unternehmern von Roubaix und der Föderation der unabhängigen Arbeiter sein. ... Offenbar sind unsere Gegner stark; sie haben die Macht. Es ist aber mit Takt, Vorsicht und einigen pekuniären Opfern möglich, die Gefahr, die uns droht, abzuwenden. Ich glaube, Ihnen schon gesagt zu haben, daß Ihre Werkstätte von Sozialisten verseucht ist. Bei Ihnen befinden sich die hauptsächlichsten Führer der kollektivistischen Organisation der Gegend. Unter diesen Führern ist ein gewisser Anzettler mit Namen Duthoit. Dieser Mensch ist ein Ultrasozialist. Er ist der Vorsitzende der „Fraternelle", der sozialistischen Vereinigung von Mouscron. Man fragt sich, warum Sie für solche Gegner Arbeit und sogar ausgezeichnete Arbeit haben. Man bittet mich auch, Sie um die Liste sämtlicher belgischer Arbeiter, die bei Ihnen beschäftigt sind, mit Angabe der Adressen zu ersuchen. Sollten Sie die Adressen nicht haben und sollten die Arbeiter zögern, sie Ihnen zu geben, könnten Sie ihnen ja sagen oder sagen lassen, daß diese Angabe für den Unternehmer bei Unfällen unbedingt notwendig sei ..."

Am 18. März schrieb de La Chapelle — wie es scheint, an einen Unternehmer: „Geehrter Herr! Beifolgend ein paar Worte des Pater X... Ich habe ihn gebeten, sich über den Streit zwischen Lanoir und Biétry in Paris zu informieren, denn es ist mir vorgekommen, daß Lanoir ein Regierungspitzel war, der den Auftrag hatte, die gelben Gewerkschaften in Bahnen zu leiten, die dem Ministerium und infolgedessen auch der Freimaurerei genehm waren. Ich habe mich nicht getäuscht. Lanoir ist ein Spitzel und wenn wir in Roubaix-Tourcoing eine unabhängige Börse ins Leben rufen, werden wir uns bis zur neuen Order für uns halten müssen. Wir dürfen uns um keinen Preis von den Gegnern eines Tages auf den Sand setzen lassen. Ach, wenn das Amt nur jüngere Leute an der Spitze hätte, welche gute Arbeit könnten wir dann ausführen!" Das Amt (l'office), wovon de La Chapelle spricht, gehört den Jesuiten.

Am 19. März 1903 schrieb de La Chapelle an den Jesuitenpater Du Bail: „Eine Versammlung des Industriellenvereins wird sofort stattfinden und man wird mir dort den Kredit von 10000 Fr., den ich brauche, bewilligen. Herr Eugène Motte hat mich sogar aufgefordert, weitere 12000 Fr. zu verlangen, um nicht in Verlegenheit zu kommen. .... Sobald wir unserer Syndikate sicher, absolut sicher sind, bin ich für die Gründung einer großen Föderation der unabhängigen Arbeitsbörsen mit einer Zentrale in Paris. Aber eine unumgängliche Bedingung ist, daß wir neben den Arbeitsbörsen ein Auskunftsamt haben. Ohne ein solches (das natürlich zur Bespitzelung der Mitglieder dienen soll) kann unsere Gründung als totgeboren betrachtet werden."

Nun könnte man ja auf den Gedanken kommen, daß die Jesuiten das Geld der Unternehmer vielleicht nur gebrauchen wollen, um dem wohlverstandenen Interesse der Arbeiter zu dienen. Die wahren Absichten der Jesuiten kommen aber in einem Briefe de La Chapelles an Du Bail vom 4. Juli 1903 zum Vorschein. Da heißt es: „... Die Anhänger der sozialen Ordnung können sich glücklich schätzen, daß sie noch in einer Kongregation wie der der Jesuiten, die es verstanden hat, durch die Maschen des Gesetzes von 1901 zu schlüpfen, ergebene, intelligente, arbeitsame Männer finden, die bereit sind, ihre Bequemlichkeit, ihre Ruhe, vielleicht ihre Freiheit für die Verteidigung von Interessen zu opfern, die schließlich nicht die ihren sind. Wenn sie nicht da wären, **hätte die Republik leichtes Spiel. ...**"

Das ist der Schlüssel zu dem Vorgehen der Jesuiten. Sie wollen weniger den Interessen der Unternehmer, und noch weniger den Interessen der Arbeiter dienen, sondern **nur dem der Kirche.** Also auch hier dieselbe Geschichte wie anderswo. Diese Tatsache verschweigt höchst gewissenhaft das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, das in mehreren Nummern eine im übrigen ganz instruktive Artikelserie bringt. Das Blatt hat seine guten Gründe dazu. In Deutschland wollen zwar die Christlichen nicht gelb sein, in Frankreich sind aber die Gelben christlich. Ihr Grundsatz ist nach einer Äußerung des Abbé Pupey-Gérard: „Alles für die Religion, für Gott und (zu guter Letzt noch) Frankreich." Im Grunde kann man hier also wiederum sagen: **„Gleiche Brüder, gleiche Kappen."** Die Führer der christlichen Gewerkschaften geraten zwar stets in fürchterliche Entrüstung, wenn man ihnen vorhält, daß ihr Treiben nur zur Zersplitterung der Arbeiterbewegung führen kann; nichtsdestoweniger ist es eine Tatsache, die nicht zu erschüttern ist, daß dem Effekt nach die Gewerkschaftsschriften hier dieselbe Rolle spielen wie in Frankreich die Gelben.

Höchst merkwürdig war ja auch das Verhalten des „christlichen" Bergarbeiter-Verbandes nach dem Grubenunglück in Courrières. Sowohl dieser, als auch der alte Verband sandten je einen Vertreter nach der Unglücksstätte, um sich dort Informationen zu holen. Der „christliche" Vertreter Rürup wendete sich dort ohne weiteres an den Führer des gelben Bergarbeitersyndikates, einen Menschen namens Coton, der bei dem Streik, der infolge des Unglücks ausbrach, eine recht schofle Rolle gespielt hat. Andere Gewährsmänner „kannte" Rürup nicht.

Neuerdings wird auch berichtet, daß in Fougères, wo mehr als zwei Monate 7000 Arbeiter einer Schuhfabrik ausgesperrt waren, sich eine große Anzahl Gelber als Streikbrecher eingefunden hatte und sich sichtlich bemühte, die Ausgesperrten zu Tätlichkeiten zu provozieren. Feine Gesellschaft! Biétry, der Führer dieser Bande, rechnet nach dem Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften darauf, daß seine Organisationen und die „christlichen" Gewerkschaften in Deutschland noch dazu kommen werden, einander brüderlich die Hand zu reichen. Es kann sein, daß der Mann recht behält.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 20. Januar der **4. Wochenbeitrag** für die Zeit vom **20. bis 26. Januar** 1907 fällig ist.

* * *

Die Ortsverwaltungen, Bevollmächtigten und Einzelmitgliedschaften werden darauf aufmerksam gemacht, daß bei der Ausstellung der zweiten und dritten Mitgliedsbücher neben den sämtlichen erhaltenen Unterstützungen unter Bemerkungen auch die Zahl der geklebten beitragsfreien Marken zu vermerken sind, ebenso ob das betreffende Mitglied früher einer anderen Organisation und welcher angehört hat.

Wiederholt wird darauf hingewiesen, daß eine besondere Bestätigung bei Neuwahlen der Ortsverwaltungen **nicht** mehr erfolgt und die gewählten Vorstandsmitglieder als bestätigt gelten, wenn vom Vorstand kein Einspruch erfolgt.

* * *

Die Reisegeldauszahler werden nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß für Reisende im Inland künftig **die Reiselegitimationen in Wegfall kommen.** Nur die Reisenden in das Ausland erhalten am Grenzort, nachdem sie dort für die zurückgelegte inländische Strecke eine Quittung unterzeichnet haben, eine Reiselegitimation, wie seither üblich, ausgefertigt. Die Reiselegitimation eines ausländischen, mit uns im Vertragsverhältnis stehenden Verbandes gilt nur für den ersten inländischen Zahlort, den das reisende Mitglied berührt. Ende Dezember 1906 sind sämtlichen Verwaltungen und Bevollmächtigten andere Reisegeldquittungen gesandt worden, nebst einer Anweisung darüber, wie nunmehr die Handhabung der Geschäfte bei der Auszahlung von Reisegeld zu erfolgen hat. Auf dieses Zirkular wird hiermit hingewiesen.

Bezüglich der versandten Reisegeldquittungen ist zu bemerken, daß diese den Orten, die keine Berechtigung zur Auszahlung von Reisegeld besitzen, lediglich zur Information zugesandt worden sind und nur zur Verwendung kommen, wenn ein zureisendes Mitglied an einem solchen Orte in Arbeit tritt.

* * *

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 4 Abs. 3 des Verbandstatuts gestattet:

Der Verwaltungstelle **Güstrow** 25 Pf. pro Woche auf 4 Wochen;
der Verwaltungstelle **Oeynhausen** 10 Pf. pro Monat;
der Verwaltungstelle **Rendsburg** 10 Pf. pro Monat;
der Einzelmitgliedschaft in **Siegmar** 5 Pf. pro Woche;
der Verwaltungstelle **Speyer** 5 Pf. pro Woche vom 1. Januar an;
der Verwaltungstelle **Wolfenbüttel** 5 Pf. pro Woche.

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

* * *

Ausgeschlossen werden nach § 3 Abs. 8a des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungstelle in **Danzig:**

Der Multipresser Gustav Prinz, geb. am 16. April 1872 zu Danzig, Buch-Nr. 672451, wegen Unterschlagung.

Auf Antrag der Einzelmitgliedschaft in **Döbeln:**

Der Metallarbeiter Paul Lorenz, geb. am 31. Oktober 1882 zu Haida, Buch-Nr. 946774, wegen Diebstahl.

* * *

Nicht wieder aufgenommen werden darf:

Auf Antrag der Verwaltungstelle in **Schwäb. Gmünd:**

Der Goldarbeiter Jakob Bläse, geb. am 29. August 1880 zu Lindach, Buch-Nr. 947680, wegen Denunziation.

* * *

Aufforderung zur Rechtfertigung.

Die nachfolgend genannten Mitglieder werden aufgefordert, sich wegen den gegen sie beim Vorstand erhobenen Beschuldigungen zu rechtfertigen. Sofern einer dreimal hintereinander erscheinenden Aufforderung keine Folge gegeben wird, erfolgt Ausschluß aus dem Verband.

Auf Antrag der Verwaltungstelle in **Dortmund:**

Der Klempner Josef Heurich, geb. am 24. Juni 1856 zu Bielitz, Buch-Nr. 826698, wegen Betrug.

Auf Antrag der Verwaltungstelle in **Feuerbach:**

Der Gürtler Wilh. Knödel, geb. am 17. September 1880 zu Cannstatt, Buch-Nr. 631932, wegen Unterschlagung.

Auf Antrag der Verwaltungstelle in **Gelsenkirchen:**

Der Klempner Hermann Remmers, geb. am 30. Nov. 1873 zu Friedrichsroda, Lit. A. Buch-Nr. 9749, wegen Unterschlagung und Betrug.

Auf Antrag der Verwaltungstelle in **Hamm:**

Der Klempner Karl Hauschild, geb. am 13. Februar 1882 zu Neuwied, Lit. A. Buch-Nr. 18794, wegen Unterschlagung von Beitragsmarken.

Auf Antrag der Verwaltungstelle in **Hanau:**

Der Former Anton Grübel, geb. am 18. Juni 1878 zu Ravensburg, Lit. A. Buch-Nr. 12845, wegen Betrug.

Auf Antrag der Einzelmitgliedschaft in **Leipzig:**

Der Gürtler Heinrich Hubmann, geb. am 13. Oktober 1887 zu Mainz, Buch-Nr. 732588;

der Gürtler Gerh. Schack, geb. am 14. Juli 1889 zu Mainz, Lit. A. Buch-Nr. 37502, beide wegen Nichteinhaltung gefaßter Werkstattbeschlüsse.

Auf Antrag der Verwaltungstelle in **Wittenberg, Bezirk Halle:**

Der Schlosser Wilh. Geworski, geb. am 23. Januar 1874 zu Osterode, Lit. A. Buch-Nr. 26115, wegen unkollegialem Verhalten.

* * *

Alle für den Verband bestimmten **Geldsendungen** sind nur an **Theodor Werner, Stuttgart, Röte-Straße 16b** zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

Zur Beachtung! Zuzug ist fernzuhalten:

von **Drehern** und **Hoblern** nach Brackel b. Dortmund (L. Schwarz & Co.) D.;

von **Feilenhauern, Schleifern** und **Härtnern** nach **Köln, Mülheim** a. Rh., Kalk und Höhenberg L.; nach **Staßfurt** (Müller & Greif) A.;

von **Flaschnern** nach Konstanz (Hummel) D.;

von **Formern, Eisengießereiarbeitern** und **Kernmachern** nach Aachen D.; nach Barmen (Jäger, Baresbeck) St.; nach Blankenburg a. H. St.; nach Duisburg (Firma Ulfers, früher Eisenwerk Schmid) M.; nach Düsseldorf D.; nach Elbing (Firma Komnick) D.; nach Gnoien i. M., M.; nach Kirchheim u. T. (Borst & Grüninger) D.; nach Osterode (K. Gärtner) D.; nach Stetten bei Lörrach (Währer) St.;

von **Gürtlern, Pressern, Metallformern** und **Ziseleuren** nach Offenbach a. M. (Firmen Wildmann, Bombach) St.;

von **Kesselschmieden** und **Blechschweißern** nach **Mülheim a. Rhein** (Th. Lamien) M.;

von **Metallarbeitern** aller Branchen nach Bochum Westfalen (Stahlwerk) D.; nach Brandenburg (Corona-Fahrradwerke) L.; nach Feuerbach (Greisch & Co.) M.; nach Halle a. S. (Firma Thomann) M.; nach Kaiserslautern; nach Kulmbach (Firma Pensel) M.; nach Luckenwalde, A.; nach Mügeln (Firma G. Greifenhahn) D.; nach Mülheim a. Ruhr (Richard Cleff) M.; nach Offenbach a. M. (Rivoir) St.; nach Pirna in Sachsen (Breuer & Co.) D.; nach Preßburg in Ungarn (Siemens-Schuckert-Werke) St.; nach Stargard (Wischer) D.; nach Weimar (Metallnippesfabrik M. Kiesling) M.; nach Zürich L. u. St.;

von **Metallarbeitern** nach sämtlichen Schwarzwaldorten;

von **Silberarbeitern** nach Hanau und Umgebung (einschließlich Sachsenhausen) D.;

von **Schlägereiarbeitern** und **Schmieden** nach Gevelsberg (Firma Tellinghaus) St.;

von **Schleifern** nach Wien V. B. (Firma F. Schwarz) D.;

(Die mit A. und St. bezeichneten Orte sind Streikgebiete, **die überhaupt zu meiden sind**; v. St. heißt: Streik in Aussicht; L.: Lohnbewegung; A.: Aussperrung; D.: Differenzen; M.: Maßregelung; Mi.: Mißstände; R.: Lohn- oder Akkord-Reduktion; F.: Einführung einer Fabrikordnung.)

Alle Mitteilungen über Differenzen, die zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Die Anträge auf Verhängung von Sperren müssen hinreichend begründet und von der Verwaltungstelle beglaubigt sein.

---

daß die Anklägerin erschienen wäre, um ihre Angaben zu beweisen und zu beeidigen. Diese Beispiele lassen sich in New York allein jeden Tag um verschiedene vermehren. Solche Dinge können nun zwar jedem, ob arm oder reich, passieren. Der Unterschied beginnt eigentlich erst im Moment der Einlieferung ins Gericht. Auf die (wahre oder unwahre) Beschuldigung hin wird jeder (bei leichteren Sachen fast immer) unter Bürgschaft entlassen. Deren Höhe bestimmt der Richter. Der Reiche kann die Bürgschaft sofort oder durch einen Telephonruf beschaffen und wird entlassen. Dann nimmt er sich einen Advokaten, der sich hinter den juristischen und besonders politischen Kulissen auskennt, „schmiert" gehörig die Räder der Justiz — und bald ist wieder alles „allright". Anders der Arme. Da dieser die Bürgschaft, die oft auf Tausende von Mark festgesetzt wird, nicht stellen kann, wird er kurzerhand eingelocht. Dabei bleibt's bis zur Aburteilung und bis zur vollständigen Genugtuung der „Justiz". Es ist hier nicht der Raum, die amerikanische Rechtspflege, wie sie jeden Tag und jede Stunde bringt, zu schildern. In Deutschland ist man an drakonische Urteile und verblüffende Sentenzen gewöhnt, aber in dieser Hinsicht reichen deutsche Richter nicht an amerikanische heran. Wer Akten über haarsträubende Prozesse, drakonische Urteile, blödsinnige und lächerliche Anklagen sammelt, kann hier seine Mappen in einigen Tagen voll bringen bis zum Platzen. Im Lande der „unbegrenzten Möglichkeiten" ist eben alles möglich — mit dem Dollar. Money make going the mare! Fürs Geld kann man den Teufel tanzen lassen und in Amerika noch einiges dazu. Die Konsequenz davon liegt auf der Hand: Der Reiche kann so ziemlich alles machen, und der Arme muß alles aushalten. Die Macht des Rubels ist sprichwörtlich. Aber sie ist doch nur ein Schatten gegen die des Dollars. Geldmacht ist Recht — das gilt hier im schmutzigsten Sinne des Wortes. Hier ist das System viel schlimmer im Schwange, die politischen Wahlen, die Urteile der Richter und die Tätigkeit der Polizei mit Geld zu korrigieren, als anderswo mit Avancements, Gehaltserhöhungen und Orden. Hier wird es aber offen, brutal, ohne sonderlichen Bedacht auf den Schein zu nehmen, betrieben, anderswo mit rechtlichem Scheingewand. Hier hat sich allerdings auch noch kein Posadowsky gefunden, der da proklamiert: Amerika ist das Land mit den besten Rechtsgarantien. Solchen Unsinn besorgen freiwillig hohlköpfige Schwärmer und deutsche Professoren. Mit unglaublicher Dreistigkeit wiederholen sie das Ammenmärchen von der Gleichberechtigung des Arbeiters in Amerika. Da der Dollar allmächtig ist, so ist die logische Folge, daß der, der keine Dollars springen lassen kann, der Arbeiter, ohnmächtig ist. Die formelle Gleichberechtigung ist also eine elende Farce.

Aber sehen wir zu, was es mit der Gleichberechtigung des Arbeiters in der Fabrik auf sich hat. Hierbei lernen wir auch gleich die „gleichmäßige, geschäftsmäßige Kürze" kennen. Ein alltäglich vorkommender konkreter Fall sei gewählt. Bei der Suche nach Arbeit wiederholt sich gewöhnlich folgendes Wortspiel. Der Arbeiter zum Boß: Haben Sie Arbeit? Der Boß: Ja. Der Arbeiter: Wieviel zahlen Sie? Der Boß: Soundsoviel. Der Arbeiter: Ich fange morgen früh an. Anderntags steht der Arbeiter vor dem Fabriktor und wartet — oft mit hundert anderen — auf den Boß. Dieser läßt, wie wir verschiedentlich sahen, den tags zuvor engagierten Arbeiter einfach stehen; auf eine Anrede wird er ungefahren: Arbeit noch nicht „gesetzt". Dann trollt der Arbeiter davon und versucht anderswo den so „geschäftsmäßig kurz" abgerissenen Faden der Arbeitsuche wieder aufzunehmen, ohne auch nur das Gefühl einer ungerechten Behandlung zu äußern oder den Boß entschädigungspflichtig zu halten. Im anderen Falle beginnt er in Hast seine Arbeit, der Boß oder Vorarbeiter läßt ihn keinen Augenblick aus den Augen. Das schallende „Marsch, vorwärts" kann er alle Minuten und in der ersten Minute schon hören. Um ohne Überlegen sofort den Zweck seines Arbeitstücks zu erfassen und um es in Eile fertigstellen zu können, bleibt der Arbeiter, soviel nur irgend angängig, bei seiner Spezialität. Denn würde er eine neue ergreifen, so würde er bald wieder ausgemustert werden. Wird nun gefunden, daß der Arbeiter nicht gleich den (hochgeschraubten) Erwartungen entspricht, dann hört er das Wort: Gehen Sie ins Bureau! Hier erhält er ohne ein weiteres Wort seinen Lohn und er steht wieder auf der Straße. Ebenso „gleichberechtigt, geschäftsmäßig kurz" werden die älteren Arbeiter behandelt. Glaubt der Boß, daß ein Arbeiter nicht mehr die nötige Kraft, Elastizität und Produktionsfähigkeit hat, dann heißt es: Nicht wieder kommen. Auf diese Worte ist und muß der Arbeiter jede Minute gefaßt sein, auch wenn er schon viele Jahre für den Profit des Fabrikanten mit seiner letzten Fiber besorgt war.

Was hier für den letzten Arbeiter gilt, ist auch bei den Angestellten, Buchhaltern, Schreibern, Lageristen der Fall. Wir sahen diverse Male Bureauangestellte vor dem Tore stehen, die das Schicksal ihrer handarbeitenden Kameraden teilten. Die einen wie die anderen wurden „gleichberechtigt, geschäftsmäßig kurz" behandelt.

In den Buden wird die Aufsicht, oder, um die Worte der Moselzstudienkommission anzuwenden, ist ce que l'on peut appeler la surveillance vexatoire streng gehandhabt. Kaum eine Minute ist der Arbeiter vor den Blicken der Aufsichtführenden sicher. Und die Arbeiter werden in einem Tone behandelt, der am besten illustriert wird durch das Wort: Der Mensch ist dem Menschen gegenüber ein Wolf. Von der „Gleichberechtigung" und der „freundlichen Behandlung" können die amerikanischen Arbeiter sprechen wie Fritz Reuter von dem guten Gericht: Rindfleisch und Pflaumen.

Korrespondenzen.

Former.

Dirschau. Um die Former vor Schaden zu bewahren, haben wir wiederholt davor gewarnt, nach dem „ostelbischen Junkerparadies" zu kommen. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind derart, daß ein an menschliche Bedürfnisse gewöhnter Kollege hier nicht leben kann. In der landwirtschaftlichen Maschinenfabrik von Kriesel sind vier Former beschäftigt. Diese arbeiten durchweg in Akkord. Der Akkordpreis wird vorher nicht vereinbart, diesen teilt man den Formern mit, wenn Löhnung ist. Die Arbeitszeit ist nach der Fabrikordnung eine elfstündige. Das genügt der Firma noch nicht. Damit der Arbeiter nicht auf schlechte Gedanken kommen kann, müssen in der Regel Überstunden geleistet werden, so daß man von einer regelmäßigen zwölf- bis vierzehnstündigen Arbeitszeit reden kann. Eine Entschädigung für Überstunden gibt es nicht. Hilfsarbeiter sind nicht vorhanden, ein Former muß dem anderen beim Tragen der Pfannen helfen. Ausschußguß wird nicht bezahlt. Eine Abschlackung beim Gießen ist nicht möglich, deshalb öfters Fehlguß. Beim Nachsehen, ob das Stück auch fehlerfrei ist, bedient sich der Meister, der nebenbei bemerkt Schlosser-, Dreher-, Tischler-, Schmiede- und Formermeister ist, eines Nagels. Mit diesem Instrument untersucht er „fachmännisch" die Arbeit seiner Former, bis ein Körnchen gefunden ist. Am Löhnungstag bekommt der Former dann zu wissen, was alles Fehlguß ist. Die kühnen Hoffnungen der Kollegen, etwas rechtes verdient zu haben, sind dann jäh zerstört. Mit 17 Mk. für 14 Tage gehen Familienväter gar oft nach Hause. Ist es doch vorgekommen, daß ein verheirateter Former in 14 Tagen 14 Mk. ausbezahlt erhielt. Kaum glaublich, doch es ist so. Der Lohn wird nicht garantiert. So sieht es nicht nur bei der Firma Kriesel aus, auch bei Muskate (landwirtschaftliche Maschinenfabrik) ist es ähnlich. Hier sind die Lohnverhältnisse etwas besser. Die sechs beschäftigten Former arbeiten in Lohn. Der Anfangslohn beträgt 28 Pf. und steigt bis zur schwindelnden Höhe von 34 Pf. Die Arbeitszeit ist auch dort eine elfstündige, doch wird am Gießtag regelmäßig länger gearbeitet, ohne daß eine besondere Bezahlung dafür stattfindet. Außer Türen und zerbrochenen Fenstern ist keine Ventilation vorhanden. Im Winter wird, wenn der Dunst in der Gießerei zu stark wird, die Türe nach der Dreherei aufgemacht. Wenn die Dreher genügend „geschluckt" haben, wird sie wieder geschlossen. Der Betrieb, der außerhalb der Stadt liegt, wird zehn Minuten vor dem Beginn der Arbeit geöffnet und fünf Minuten nachher geschlossen. Wer später kommt, zahlt 50 Pf. Strafe. In der jetzigen strengen Winterszeit müssen die Arbeiter des öfteren vor dem Tore auf der von Schnee verwehten Chaussee stehen und die Öffnung des Tores abwarten, um nur ja nicht eine Minute zu spät zu kommen, denn ein Abzug von 50 Pf. ist für sie ein Kapital. Sehr schnell zieht sich der Arbeiter eine Erkältung zu, doch was kümmert das den um diese Zeit noch in den Daunen ruhenden Herrn Besitzer. Am Samstag muß der Hof gereinigt und aufgeräumt werden. An Hofarbeitern mangelt es. Da werden denn die Schmiede, Schlosser und Former kommandiert. Dann beginnt das „Rangieren", das heißt die Dreschmaschinen, Wagen und Geräte werden an Ort und Stelle geschoben. Erst wenn diese Arbeit geleistet ist, erhalten die Arbeiter ihren Lohn ausbezahlt. Wenn die Arbeitsbienen bessere Verhältnisse erstreben, dann geraten die Herren aus dem Häuschen. Gar oft hört man sie Klagelieder anstimmen, daß die Arbeitskräfte zu knapp seien. Zu „hohen Löhnen" sucht man dann Former hierherzulocken, die aber dann geprellt sind, wenn sie den Lockungen folgen. Die Gießereien gleichen sich hier wie ein Ei dem anderen. Sollte sich dennoch ein vorwitziger Kollege in diese Regionen verfliegen wollen, so ziehe er vorher genaue Erkundigungen ein bei den Verwaltungen. An den Orten, wo keine Verwaltung besteht, wende man sich an P. Früngel, Elbing, Äußr. Mühlendamm 20. Den Kollegen rufen wir zu: Hinein in den Deutschen Metallarbeiter-Verband, um ein besseres Los erkämpfen zu können.

Duisburg. Bei der Firma Ulfers (früher Eisenwerk Karl Schmidt) in Hochfeld bestehen schon seit längerer Zeit Differenzen. Die Firma versuchte nun, die Organisation dadurch lahm zu legen, daß am 8. Januar zwei Kollegen gekündigt wurden. Die Kollegen faßten diese Kündigung mit Recht als Maßregelung auf und sie faßten den Beschluß, die Bude zu sperren. Am 11. Januar morgens nach Beginn der Arbeitszeit wurden die beiden gekündigten Kollegen und noch ein dritter von dem Herrn Betriebsführer Arsendorf aufs Pflaster geworfen. Wir ersuchen die Kollegen allerorts, den Zuzug von Formern und Kernmachern streng fernzuhalten. Näherer Bericht folgt.

Elbing. Die Kollegen haben nach neunwöchentlicher Dauer des Streiks einstimmig seine Aufhebung beschlossen, weil es der Firma gelang, aus den Reihen der Streikenden Arbeitswillige zu finden. Die Firma machte während des Streiks die größten Anstrengungen, ihre Modelle auswärts unterzubringen. Stets gingen diese unter einer Deckadresse in die Welt hinaus, aber die auswärtigen Kollegen verweigerten die Anfertigung der Streikarbeit. So wurden Modelle zurückgesandt von Tilsit, Wehlau, Angerburg und Neustadt bei Pinne. Das von den Streikenden angerufene Gewerbegericht wurde von der Firma abgelehnt. Mit großer Emphase wurde von der Firma verkündet, daß ein Transport arbeitswilliger Former von Berlin eintreffen würde. Dieser kam nicht. Wohl aber ein Former Hans Bockelmann aus Oberschönweide, der als „Meister" engagiert war. Sonderbar: Zwei Meister und keine Former. Daß von außerhalb traf nicht ein, eine Anzahl Drehbänke standen leer, guter Rat war teuer. Ein Proletarier in Stehkragen, Herr Sniewski, wurde ausgesandt, um die Streikenden in der Wohnung zu „bearbeiten". Es wurde ihnen ein Stundenlohn von 50 Pf. (40 Pf. wurden gezahlt) und eine Bombeiterstelle in Aussicht gestellt. Das zog wie Hechtsuppe; die Former Kunow und Ehrich liefen ihre Kollegen im Stiche, nachdem sie einige Tage vorher 16 Mk. als Weihnachtsgeld eingesteckt hatten. Ein weiterer Arbeitswilliger fertigte sich durch nachstehendes Schreiben, nachdem er fünf Wochen mitgemacht hatte: „Geehrter Herr Früngel! Schade Ihnen hiermit die Unterstützung von voriger Woche, denn obwohl ich das Geld angenommen habe, läßt es mir keine Ruhe. Dann habe ich Ihnen mitgeteilt, daß mein Gott dem ich diene nicht damit zufrieden ist wenn ich ihm nur das halbe Leben gebe; wenn ich Gott dienen will muß ich ihm ganz dienen denn sonst kann ich nicht vor seinem Richterstuhl bestehen. Es mag Ihnen wohl lächerlich vorkommen daß das ist gewiß daß es einen Gott gibt der die Menschen richten wird. Darum kann und darf ich nicht die Stimme meines Gewissens mangeln und muß Gott mehr gehorchen als den Menschen. Ob sie mich verachten oder mit Finger auf mich zeigen deswegen darf ich kein Gewicht legen wenn ich mein Gewissen rein erhalten will. Die größte Schuld trifft mir, das ist mehr. Und warum? Weil ich zum Anfang zu viel auf Menschen sah anstatt auf Jesum. Die Kollegen hätte ich sollen zur Treue ermahnen anstatt so feige mitzulaufen, wo mir doch das Wort Gottes den Weg genau vorzeichnet. In der Schrift steht: Wir sollen nicht nur den guten und gelinden Herren treu sein, sondern auch den wunderlichen, das ist Christen Pflicht und Aufgabe. Somit Sie mich am Freitag ins Vorsitzenden jagten daß ich die verführerische Kollegen auf die Strafe setzte ist jetzt nicht der Fall. Die Former können erster dem Schmutzkle alle entsagen. Deshalb trifft mich da keine Schuld. Anders kann ich nicht ich muß für die Ewigkeit sorgen und nicht für dieses bischen Erdenleben wo man doch nur als Fremdling ist. Sie werden mir wohl sehr böse sein aber ich kann nicht anders es bleibt mir kein anderer Weg um wieder mit meinem Gott ins reine zu kommen. Mit dem Wunsche daß Ihnen Gott auch die Augen öffnen möchte grüße ich F. Schiemann." — Dieses Schreiben spricht für sich selbst, Kommentar überflüssig. Wen die Götter strafen, den schlagen sie mit Blindheit. Eine verblendete Menschheit, die den Schmachtriemen von Monat zu Monat immer enger schnallen muß und dann in Hundebemut die Peitsche küßt, mit der das Kapital Schläge auf den Rücken versetzt. Diese Bewegung muß zu Ende, bevor die Kollegen bei Obend noch viel lernen müssen, um ein menschenwürdiges Dasein zu erringen. Darum, Kollegen, nur unablässige Agitation und regelmäßiger Besuch der Versammlungen ebnet den steinigen Boden und führt schließlich zum Ziele. Da die Kollegen noch nicht alle in Arbeit sind, ersuchen wir die Former, Elbing zu meiden.

Hannover-Linden. Während der Verhandlungen beim Streik der Gießereiarbeiter wurde von der Arbeitgeberkommission oft ausgesprochen, daß man nichts sehnlicher wünsche als einen dauernden Frieden. In der letzten Sitzung, nachdem die Einigung zustande gekommen war, wurde erklärt: „Nachdem wir uns nun am Schlusse unserer Verhandlungen befinden und wir nach einem zehn Wochen langen Kampfe wieder die Hände zum Frieden reichen, wollen wir wünschen, daß ein derartiger Streik nie wieder toben möge. Sorgen Sie dafür, daß die Einigungsbedingungen von Ihrer Seite gehalten werden, wir werden Sorge tragen, daß dies auch von unserer Seite geschieht." Die Mitglieder der Arbeitgeberkommission mögen alles getan haben, um die Gießereibesitzer zu überzeugen, daß sie unbedingt verpflichtet seien, auch danach zu handeln. Wie dies aber auf den einzelnen Werken geschah, wollen wir weiter nicht schildern, festgestellt muß aber werden, daß in verschiedenen Werken bei der Wiederaufnahme der Arbeit noch sehr energisch darauf gedrungen werden mußte. Ja, es mußten sogar Kollegen von neuem einen Streik beschließen, bevor man sich dazu herbeiließ, die Einigungsbedingungen einzuführen. Auch jetzt bedarf es zuweilen eines Nachdrucks, erklärte doch ein Fabrikant seinen Arbeitern: Aus den Zeiten sind wir heraus, wir sind jetzt im Winter. Die Unternehmer wollen den Frieden, aber den Frieden des Kirchhofs. Um diesen „Frieden" zu einem „dauernden" zu gestalten, wird über die Gießereiarbeiter eine genaue Kontrolle geübt, damit ja nicht ein neuer Störenfried in eine Werkstatt hinein kommt. Wie die Unternehmer darauf achten, daß von den Arbeitern die Einigungsbedingungen erfüllt werden, davon nur ein Fall. Der Vorsitzende der damaligen Verhandlungen teilte vor einiger Zeit der Arbeiterkommission mit, ein Former in Hannover sei bestrebt, einem Gießereibesitzer die Arbeiter abzutreiben, indem er sie veranlasse, entweder in der Gießerei nicht in Arbeit zu treten oder aber so bald als möglich aufzuhören. Es möge dafür gesorgt werden, daß der Betreffende diese Agitation einstelle. Nach Untersuchung der Sache fiel die Anschuldigung in sich zusammen. Dies zeigt wohl zur Genüge, daß die Arbeiter alles getan haben, die Einigungsbedingungen ihrerseits durchzuführen. Die beste Stütze, die Kontrolle über die Arbeiter auszuüben, haben die Fabrikanten an den Meistern. Hat doch der Formermeisterverein Beschlüsse gefaßt, die alles andere, nur nicht den Frieden fördern. Es wurde der Beschluß gefaßt, keinen Arbeiter einzustellen, auch keine Arbeit zu versprechen, bevor nicht der Arbeiter sein Arbeitsverhältnis tatsächlich gelöst hat. Diesen Beschluß wollen die Meister nur deshalb gefaßt haben, um sich gegenseitig keine Arbeiter abspenstig machen zu können. Die Gießereiarbeiter sind aber dadurch die Geschädigten, oft wäre ihnen Gelegenheit geboten, durch Änderung des Arbeitsverhältnisses ihre Lage zu verbessern; bei konsequenter Durchführung des Beschlusses des Meistervereins ist ihnen dies unmöglich gemacht, es wird ihnen dadurch ein großer Teil ihrer Bewegungsfreiheit genommen. Daß aber dieser Beschluß auch noch anders ausgelegt werden kann und auch anders ausgelegt wird, haben Kollegen, die in energischer Weise ihr Recht vertraten, schon erfahren müssen, indem sie wochenlang von einer Gießerei zur anderen um Arbeit nachfragend laufen mußten, aber überall abgewiesen wurden, trotzdem Arbeit genügend vorhanden war und kurz darauf dann auch Arbeiter eingestellt wurden. Die Meister scheinen sich der Tragweite ihres Beschlusses nicht bewußt gewesen zu sein. Das beweist ihre Eingabe an den Fabrikantenverein, in der sie ersuchen, bei Besetzung frei werdender Stellen die Mitglieder des Formermeistervereins zunächst zu berücksichtigen. Dasselbe Recht nehmen auch wir für unsere Verbandskollegen in Anspruch, und wir werden deshalb mit allen uns zu Gebot stehenden Mitteln jeder Maßregelung entgegentreten. In gut besuchten Versammlungen beschäftigten sich die Kollegen mit den geschilderten Verhältnissen eingehend und gaben ihrer Entrüstung über das Vorgehen der Meister Ausdruck. Die Kollegen gewannen die Einsicht, daß die Meister sich immer mehr zu Handlangern des Kapitals entwickeln. Die Versammlungen beauftragten die Ortsverwaltung und die Branchenleitung, bei etwaigen Entlassungen von Arbeitern ohne ersichtlichen Grund, die eine Maßregelung vermuten lassen, den Fall durch Hinzuziehung der bisherigen Mitarbeiter zu untersuchen, und falls sich eine Maßregelung herausstellt, die sich auf gütlichem Wege nicht beilegen läßt, energische Schritte zu Gegenmaßregeln zu treffen. Das gute Organisationsverhältnis und die bewiesene Einigkeit der Gießereiarbeiter bürgt dafür, daß dann auch der nötige Nachdruck gegeben wird.

Gold- und Silberarbeiter.

Hanau. (Diamantarbeiter.) Am 5. Januar wurde im Saalbau eine öffentliche Versammlung der Diamantarbeiter abgehalten mit der Tagesordnung: Wahl eines Vorstandsmitglieds und der Agitationskommission. In den Vorstand sind vorgeschlagen die Kollegen Abam und J. Stock, als Mitglieder der Agitationskommission: Zöller, Weigelt, Schmidt und Stock. Dann folgte eine längere Debatte. Der Vorstand des Fachvereins hatte 16 Diamantwagen gekauft, von denen beim Übertritt in den Deutschen Metallarbeiter-Verband nur noch sechs zu ermitteln waren. Dazu stellte Kollege Jean Schmidt den Antrag, die Kollegen aufzufordern, daß, wenn ein Kollege mit einer Wage ermittelt wird, von der er nicht nachweisen kann, daß er sie sich selbst gekauft hat, er sie auf dem Bureau des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes abzuliefern hat. Das wurde einstimmig angenommen. Dann rügte der Vorsitzende den schlechten Besuch der Versammlung; es sei doch allen Prinzipalen mitgeteilt worden, daß alle Versammlungen um 4 Uhr stattfinden, es sei auch ausdrücklich bewilligt worden, daß die Kollegen um diese Zeit weggehen dürften. Aber trotzdem hätten verschiedene Vertrauensmänner nicht den Mut, es den Prinzipal mitzuteilen, so daß die Kollegen verschiedener Geschäfte durch Abwesenheit glänzten. Es wurde der Antrag angenommen, daß bei jeder Versammlung auch die Prinzipale benachrichtigt werden sollen. Zum Schlusse ermahnte der Vorsitzende die Kollegen zur Teilnahme an den Reichstagswahlen am 25. Januar. Da die meisten Kollegen auswärts wohnen und um 4 Uhr nach Hause gingen, sollten sich die Hanauer Kollegen entschließen, um ein paar Stunden noch fleißig mitzuhelfen, die Säumigen an die Wahlurne zu schleppen, damit der Sieg unser werde. Gerade die Gewerkschaften hätten bei dieser Wahl das größte Interesse, für sie stehe viel auf dem Spiele. Da jeder seine Pflicht, keine Stimme darf uns verloren gehen, denn es kommt diesmal auf jede Stimme an. Wir müssen in Hanau Wahlkreis im ersten Wahlgang gleich den Sieg an unsere Fahne heften.

Metallarbeiter.

Bochum. (Der böse Geist von Lauchhammer.) Herr Thörmann, der Gewaltige von Lauchhammer, ist einer von der Sorte Jäger und Gemsen. Jede freie Regung im Werke sucht er mit der größten Brutalität zu unterdrücken. Auch in Moralpredigen hat er schon außerordentliches geleistet, aber nur gegenüber den Arbeitern. Wenn es jeder Arbeiter so machen würde wie er, dann würde es mit dem trauten Familienleben wohl bald zu Ende sein. Der werte Herr, der stets über die moderne Arbeiterbewegung herzieht, hat es schließlich soweit gebracht, daß zwei seiner erwachsenen Söhne von ihm gegangen sind. Er hat sie sozusagen verloren. Warum? Weil, wie uns einer seiner Söhne erzählte, sie nicht mehr mit ansehen konnten, mit welchen Mitteln und Schikanen ihr Vater die Arbeiter, die ihm doch jedenfalls erst die Existenzmöglichkeit hier in Lauchhammer geschaffen haben, behandelt. Auch seine erste Frau hat sich erschossen. Warum? Herr Thörmann ist das A und das O in dem Gemeinwesen Lauchhammer. Ja, man würde fast den Nagel auf den Kopf treffen, wenn man statt Aktiengesellschaft Lauchhammer sagen würde: Firma Oskar Thörmann. In Verein mit einem Herrn Hamperbusch maßregelt er Leute, die schon lange Jahre für das Wohl der Aktionäre gesorgt haben, die mehr für das Gemeinwohl getan haben, als zehn Thörmänner und zehn Hamperbusche. Als gebeuter Feldwebel glaubt er jedenfalls damit am meisten zu imponieren, wenn er auch unbeholfenen Mutter die Arbeiter und die Lehrlinge behandelt. Die Erfolge seiner Tätigkeit sind bekannt. Hunderte von Lehrlingen, die man von allen Enden des Reiches zusammenholte, schüttelten, nachdem sie ausgelernt hatten, den Staub von den Pantoffeln. Sie waren nicht gewillt, sich länger als unbedingt nötig wie Heloten behandeln zu lassen. Jetzt ist man soweit, daß man überhaupt nicht mehr viel junge Leute in Lauchhammer hat. Man hilft sich einigermaßen damit, daß man ungelernte Arbeiter von der Straße wegholt, um sie bei den paar Formern, die von der alten Herrlichkeit noch übrig geblieben sind, so nach und nach auszubilden. Aber auch diese Leute können es schon gar nicht mehr erwarten, diesem Eldorado den Rücken kehren zu können. Sachverständige Leute schütteln bedenklich den Kopf, was bei einer derartigen „Taktik" noch aus dem so großen Werke werden soll. Jedenfalls ist man auf dem besten Wege dazu, es dem Ruin entgegenzuführen. Es ist doch klar, daß die Arbeiter sich diese Behandlung nicht auf die Dauer gefallen lassen. Will man eine tüchtige Arbeiterschaft heranbilden und behalten, dann muß man ihr auch Freiheiten gewähren. Nur dann wird ein so großer Betrieb auf der Höhe erhalten und mit der modernen Entwicklung gleichen Schritt halten können. Es ist ja zu begrüßen, daß die Arbeiter mehr und mehr einsehen lernen, daß hier nur eine tüchtige Organisation Abhilfe schaffen kann und wird. Möchten sie alle nur recht schnell dazu beitragen, dem Herrn Thörmann die Macht zu entreißen. Die Unterdrückten der ganzen Gegend würden dafür dankbar sein.

Berlin. (Das Resultat der Bestrebungen der Berliner Metallarbeiter auf Verkürzung der Arbeitszeit im Jahre 1906.) Nachfolgend geben wir eine Übersicht über die Betriebe, bei denen im letzten Jahre eine Verkürzung der Arbeitszeit erreicht worden ist. Mit Ausnahme eines Betriebs (60 Mann) ist bei den aufgeführten Firmen — die Verkürzungen der Arbeitszeit bei Lohnbewegungen, die sich über mehrere Betriebe oder ganze Branchen erstreckten, sind hier nicht einbegriffen — auch überall eine der Verkürzung der Arbeitszeit entsprechende Erhöhung des Lohnes eingetreten.

Name der Firma	Zahl der Beschäftigten	Die tägliche Arbeitszeit hat betragen Std.	Die tägliche Arbeitszeit beträgt jetzt Std.	Die Arbeitszeit wurde pro Woche verkürzt für den einzelnen Std.	Die Arbeitszeit wurde pro Woche verkürzt für sämtliche Beschäftigten Std.
Gebrüder Arndt	110	10	9	6	660
Bergmann	2 900	9½	9	3	8 700
Beling & Lübke	42	9¾	9	4½	189
Becker	150	10	9	6	900
Borsig	3 800	9½	9	3	11 400
Cyklop	49	9½	9	3	147
Deichen	27	10	9	6	142
Dube	7	10	9	6	42
Eggebrecht & Schumann	137	10	9	6	822
Fricke & Stiller	24	10	9	6	144
Feska	90	10	9	6	540
Flohr	650	10	9	6	3 900
Göde	40	10	9	6	240
Goliasch	82	10	9	6	492
Hartung (Allee)	200	10	9	6	1 200
Heike	37	10	9	6	222
Heingärtner & Winterfeld	20	10	9	6	120
Hasse & Wrede	76	10	9	6	456
Horst	35	10	9	6	210
Jochmann	160	10	9	6	960
Krüger	7	10	9	6	42
Keßner	23	10	9½	3	69
L. Löwe	900	10	9	6	5 400
Markotti	35	10	9	6	210
Orenstein & Koppel	750	10	9	6	4 500
Protos	68	9½	9	3	204
Raabe	24	10	9	6	144
Rutzen	38	9½	9	3	114
Rohrbacher	12	10	9	6	72
Schöning (Uferstraße)	57	10	9	6	334
Stock	60	10	9	6	360
Sandmann	22	9½	9	3	66
Salomon	16	10	9	6	96
Stegmeier	17	10	9	6	108
Sudikatis	90	10	9	6	540
Schwarzkopf-Wildau	900	10	9	6	5 400
Sentker	320	10	9	6	1 920
Speck	27	10	9	6	162
Schwarzkopf-Berlin	1 250	10	9	6	7 550
Sponholz & Wrede	48	10	9	6	288
Uhlmann	25	10	9	6	150
Velomobil	24	9½	9	3	72
Werner	172	10	9	6	1 032
Wiesner & Baumann	28	10	9	6	168
Witte & Frohloff	38	10	9	6	228
Waffen- u. Munitionsfbrk.	3 481	10	9	6	20 886
	17 138				81 201

17 138 Arbeiter bei 46 Firmen haben eine Verkürzung der Arbeitszeit um wöchentlich zusammen **81 201** Stunden erreicht. Interessant ist hierbei noch: Im Frühjahr 1905 versuchten die Berliner Modelltischler, angriffsweise den Neunstundentag zu erobern. Dieser vom Holzarbeiter-Verband geführte Streik ging nach einer Dauer von dreizehn Wochen vollständig verloren. Unter den oben angeführten Firmen sind nun 17, die Modelltischler beschäftigen, und zwar sind es zumeist solche, die beim Modelltischlerstreik beteiligt waren. Aus diesen Tatsachen lassen sich verschiedene für uns äußerst wertvolle Lehren ziehen. Sonst noch Bemerkungen zu der Zusammenstellung zu machen, halten wir für überflüssig. Die Zahlen sprechen wohl für sich selbst.

Ad. Cohen.

Bremen. Recht bittere Klagen hört man seit einigen Wochen über die Arbeitszeit bei der Schiffswerft Aktiengesellschaft Weser. Eine geregelte, das heißt gleichmäßige Arbeitszeit ist den meisten Arbeitern unbekannt. In keinem anderen Betrieb dürfte die Arbeitszeit so willkürlich, so rigoros festgestellt werden, wie dies auf der Aktiengesellschaft Weser der Fall ist. Die bescheidensten Wünsche der Arbeiter werden meist hochnäsig abgewiesen. Selbst Vorschläge, wenigstens in ein und demselben Ressort die Arbeitszeit gleichmäßig zu gestalten, wurden mit der Äußerung: Darüber lassen wir uns keine Vorschriften machen, abgelehnt. So sehen wir zum Beispiel jetzt, daß 9, 10, 11, 12 Stunden und länger gearbeitet wird. Im Schiffbau, wo man den ganzen Sommer zur Überstundenarbeit angepeitscht, wo man die Nieter und Stemmer wie gejagtes Wild von einem Schiffe zum anderen getrieben hat, um die Arbeiten fertigzubringen, arbeitet die Mehrzahl jetzt neun Stunden. Man könnte ja nun nichts gegen die verkürzte Arbeitszeit einwenden, wenn man sie einführte, um die Arbeiter langsam an den Neunstundentag zu gewöhnen oder ihnen ein Äquivalent für die lange Arbeitszeit im Sommer zu bieten. Aber daran denkt ja niemand von der Werftleitung, sondern es bedeutet einen Lohnverlust von 6 Stunden die Woche. In demselben Schiffbau, wo die Mehrzahl um 6 Uhr nach Hause geht, drohte man Arbeitern, die sich weigerten, Überstunden oder gar Nachtarbeit zu machen, mit der sofortigen Entlassung. In einer Versammlung der Stemmer erklärte ein Arbeiter: Wir waren heute den ganzen Tag modennaß, wir mußten uns dreimal das Wasser aus den Stiefeln schütten und dabei sollten wir noch die Nacht arbeiten, das könne man doch nicht verlangen. Ein anderer Arbeiter meinte, von 6 bis 7 Uhr soll kein Licht brennen, aber von 6 bis 12 Uhr nachts geht es. Auch daß nicht fleißig gearbeitet würde, könne man nicht sagen, da sozusagen den ganzen Tag einer mit dem Knüppel dahinter stände. Neben den technischen Leitern sind im Schiffbau 14 Meister und Vorarbeiter (ohne die sonstigen Aufseher) vorhanden. Während also im Schiffbau 6 Stunden Lohnverlust zu verzeichnen sind, werden im Maschinenbau, Schiffschlosserei und Kesselschmiede Überstunden gemacht. Am Freitag der vorhergehenden Woche arbeiteten die Dreher in der Schiffschlosserei sogar

36 Stunden hintereinander. Obwohl sich die Arbeiter hier viel gefallen lassen müssen, ist auch die Behandlung durch einzelne Meister als eine brutale zu bezeichnen. An der Spitze scheint immer noch der Formermeister Kühl zu stehen, bei ihm fehlt nur noch die Knute (der Gummischlauch ist bekanntlich schon da) und die russischen Zustände wären fertig. Bei dem geringsten Vorkommnis heißt es gleich: Wenn's Ihnen nicht paßt, können Sie gehen, und dabei ist geradezu ein Mangel an guten, gelernten Arbeitern zu verzeichnen, da die meisten auf der Werft nicht lange standhalten. Erst vorige Woche wurde uns aus Danzig mitgeteilt, daß sich dort ein Agent aufhalte und Schlosser u. s. w. für die Weserwerft suche. Auch der Nachtwächter Buchholz scheint sich beliebt machen zu wollen. Als an einem der letzten Sonnabende ein Arbeiter aus dem Maschinenbau sich die Nacht um 12 Uhr etwas zum Essen holen wollte, verweigerte ihm der Nachtwächter den Ausgang; als der Arbeiter dann doch seinen Hunger stillen wollte und herausging, bekam er eine Tracht Prügel. Wie wir hören, soll die Angelegenheit noch untersucht werden. Auch mit den sonstigen Einrichtungen für die Arbeiter sieht es in den einzelnen Ressorts schlecht aus. In der Formerei, wo 4 Meister und 3 Vorarbeiter vorhanden sind, beobachtet man alle Dinge, die etwa zur Schmälerung des Profits beitragen können, aber nicht die mangelhafte Ventilation; wenn gegossen wird, ist die „Luft" geradezu unerträglich und wirkt vernichtend auf Kehlkopf und Lunge. Dasselbe Schauspiel in der Kesselschmiede. Recht stiefmütterlich werden auch die Arbeiter der Punzerei behandelt. Da sehen wir zunächst die Öffnungen in der Halle, die zum Eisentransport benützt werden. Da man hier Türen nicht kennt, haben die 116 Arbeiter den ganzen Tag unter einem kolossalen Zuge zu leiden, die hohen Krankenziffern der Aktiengesellschaft Weser werden durch diese Einrichtung nicht verringert. Neben Türen wäre eine Wärmehalle in der Punzerei unbedingt notwendig. In der Frühstücks- und Mittagspause sitzen nun die Arbeiter um den Glühofen und um die Schmiedefeuer. Wer keinen Platz an den Wärmelagern bekommt, der muß sich eine Ecke suchen, wo der Zug nicht allzu stark ist. Man bedenke, daß Nieter, Stemmer, Bohrer und Anschrauber mit durchnäßten Kleidern eine halbe Stunde noch im Zuge sitzen müssen, um ihr bißchen Frühstück einnehmen zu können. Hinzu kommt noch, daß die Arbeiter beim Essen das aus den Fugen des Glühofens ausströmende Gas mit einatmen müssen. Auch ist in der Punzerei Mangel an Wascheinrichtungen und Kleiderschränken, es sind deshalb schon Schuhe und Kleidungstücke gestohlen worden. Trotz der Millionenanlage ist den Arbeitern nicht einmal Gelegenheit gegeben, sich zu reinigen, umzukleiden und noch viel weniger wenigstens beim Frühstück in einem erwärmten Raume sitzen zu können. In der Punzerei ist auch die Bezahlung eine erbärmliche. Ein Arbeiter ist 6 Jahre, ein anderer 15 Jahre auf der Werft tätig, Stundenlohn 35 Pf. Ein junger Mann, der zwei Jahre tätig ist, bekommt 24 Pf. die Stunde u. s. w. Auch die Dreher im Maschinenraum klagen über mangelhafte Ventilation. Die Aktiengesellschaft Weser arbeitet auch für das Reich, wird also aus den Geldern des Volkes gespeist. Sie nimmt aber keinerlei Rücksichten auf das Wohl der viertausend Arbeiter, sie kennt nur die Verfolgung der kapitalistischen Interessen und ihres Herrschaftstandpunktes. Oft genug haben wir den Arbeitern erklärt, daß sie sich dem Deutschen Metallarbeiter-Verband anschließen müssen, um solchen Mißständen entgegentreten zu können. Zurzeit sind die hiesigen Werftarbeiter noch in neun Verbänden zersplittert. Wann werden sie wohl den geraden Weg zum Industrieverband betreten? Hoffentlich recht bald.

Chemnitz. Für die in Nadelfabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen fanden am 5. und 6. Januar in Chemnitz, Burkhardtsdorf, Grüna, Hohenstein-Ernstthal, Hainichen und Wittgensdorf sechs Versammlungen statt, die sich mit der Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen dieser Branche beschäftigten. Es wurde in allen Versammlungen eine gleichlautende Resolution angenommen, wodurch die Agitationskommission beauftragt wird, den Fabrikanten baldigst nachstehende Forderungen zu unterbreiten: 1. Die Arbeitszeit beträgt pro Tag neun Stunden; wöchentlich 54 Stunden. 2. Die Stundenlöhne und die Akkordpreise sind um 20 Prozent zu erhöhen; sehr niedrig bezahlte Arbeiten sind um mehr als 20 Prozent zu erhöhen. 3. Die Preise müssen bei Übernahme der Akkordarbeit schriftlich mitgeteilt werden, der einmal festgesetzte Akkordpreis darf nur dann geändert werden, wenn dieses durch Veränderung in der Arbeitsmethode oder in der Arbeit selbst bedingt ist. 4. Bei Akkordarbeit muß mindestens der für den Arbeiter festgesetzte Stundenlohn gewährleistet werden. Die Zugabeprozente seitens der Arbeiter sind in Wegfall zu bringen. 5. Für Überstunden ist ein Zuschlag von 25 Prozent zu zahlen, für Nacht- und Sonntagsarbeit 50 Prozent. 6. Sämtliche Materialien und Werkzeuge sind von dem Fabrikanten zu liefern. 7. Bei eintretendem Arbeitsmangel sollen Arbeiterentlassungen nicht vorgenommen werden, bevor die Arbeitszeit entsprechend verkürzt ist. 8. Der Fabrikant hat für die nötigen Schutzvorrichtungen, Beleuchtung, Heizung, Ventilation, Wascheinrichtungen, Speiseräume, Garderoben und Bedürfnisanstalten in genügender Weise zu sorgen. — Wenn auch allgemein angenommen wird, daß diese Lohnbewegung den Arbeitern Vorteile bringen wird, ohne daß es zum Streik zu kommen braucht, so ist es doch nicht ausgeschlossen, daß einzelne Unternehmer versuchen werden, durch Versprechungen Leute aus Thüringen, Bayern und Württemberg heranzuziehen. Die Lage der hiesigen Nadelmacher ist aber, wie der Artikel der Metallarbeiter-Zeitung in Nr. 51 vorigen Jahres beweist, nicht so verlockend, daß Kollegen sich nach den Arbeitsverhältnissen in Chemnitz und Umgegend zu sehnen brauchen, weshalb ersucht wird, Arbeitsangebote der Nadelfabrikanten aus den angeführten Bezirken in allen Fällen zurückzuweisen und darüber an die Zahlstelle des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Chemnitz zu berichten.

Dresden. Die Arbeiter der Firma Seidel & Naumann sahen sich veranlaßt, am 8. Januar 1907 abends 7 Uhr im Saale des Kristallpalastes eine Versammlung abzuhalten, in der Kollege Haack über „Die Vorkommnisse bei der Firma Seidel & Naumann in letzter Zeit" referierte. Kollege Haack führte aus: Die zahlreiche Versammlung beweise die tiefgehende Erregung darüber, daß es Herr Direktor Eldracher wieder einmal für angezeigt hielt, einen Vertrauensmann, den Vorsitzenden des Arbeiterausschusses, Kollegen Beyer, der die Interessen der Arbeiter vertrat, zu entlassen und damit dem Straßenpflaster zu überliefern. Und warum? Die Gründe, die von Herrn Direktor Eldracher gegen Beyer vorgebracht wurden, sind so hinfällig, so fadenscheinig, daß man hätte annehmen müssen, der Herr Direktor wäre wenigstens so schlau gewesen, sich einen anderen Grund noch in Reserve zu halten. Aber er konnte nichts anderes angeben, als daß der Kollege Beyer im Sommer nach der Aussperrung in seiner Abteilung befohlen hätte, die Maschinen anzuhalten. Eine genaue Untersuchung der Angelegenheit hielt Herr Eldracher nicht der Mühe wert. Beyer war Vorsitzender des Arbeiterausschusses und hatte als solcher die Pflicht, die Interessen der in Frage kommenden Arbeiter ohne Ansehen der Person nach Kräften zu vertreten. Es ist ihm im Sommer kurz nach Beendigung der Aussperrung bekannt geworden, daß Kollegen seiner Abteilung und namentlich auch jugendliche Arbeiter, die bei der Aussperrung mitgekämpft haben, von den Meistern nach allen Regeln der Kunst schikaniert wurden, durch Vergebung minderbezahlter Arbeit, Entlassung rc. Als pflichtgetreuer Kollege hat nun Beyer versucht, sich mit dem betreffenden Meister auseinanderzusetzen und ihm Vorhaltungen über die ungerechte Behandlung gemacht, ihn auch ferner darauf verwiesen, daß in den Einigungsbedingungen versprochen wurde, Maßregelungen nicht vorzunehmen. Diese Vorgänge seien aber entschieden Maßregelungen. Doch der Meister bestritt die Ausführungen Beyers. Zu der Auseinandersetzung, die Beyer mit dem Meister deswegen hatte, kamen noch einige Kollegen hinzu, die gleichfalls dem Meister Vorhaltungen machten. Der Meister hat nun dem Herrn Direktor Eldracher wahrscheinlich hinterbracht, daß Kollege Beyer befohlen hätte, die Maschinen anzuhalten. Für das, was Kollege Beyer im Sommer angeblich getan hatte, wurde er im Januar 1907 entlassen. Die Entlassung des Kollegen Beyer ist jedoch nicht der erste Fall; seitdem Herr Eldracher das Ruder bei Seidel & Naumann führt, haben diese Maßregelungen erschreckend zugenommen. Diese neue Maßregelung hatte eine große Erbitterung unter der gesamten Arbeiterschaft von Seidel & Naumann hervorgerufen und man beschloß, daß der Arbeiterausschuß oder eine Kommission desselben bei Herrn Eldracher vorstellig werden sollte. Der Kommission, bestehend aus sieben Mann, wurde, nachdem sie eine volle Stunde auf Gewährung der Unterredung gewartet hatte, der Bescheid, daß Herr Direktor Eldracher nur mit drei Mann zu verhandeln wünsche. Bei dieser Unterhandlung wurde von Herrn Eldracher der angeführte Entlassungsgrund aufrecht erhalten. Er bezeichnete einfach das ganze Vorgehen der Arbeiter als „Meuterei", bei der man den Meister bedroht habe. Wäre der Vorgang damals wirklich so gewesen, so hätte man doch gewiß nichts eiligeres zu tun gehabt, davon dem Herrn Direktor Mitteilung zu machen und das mindeste wäre gewesen, daß man kurz darauf in den bürgerlichen Blättern von dem Terrorismus der Seidel & Naumannschen Arbeiter unter Führung ihres Arbeiterausschusses hätte lesen können. Im Laufe der Unterhandlungen bemerkte Herr Direktor Eldracher weiter, daß noch andere Beschwerden gegen Beyer vorliegen. Welcher Art diese sind, ist jedoch bis heute sein Geheimnis geblieben. Mit der Entlassung Beyers hat sich Herr Direktor Eldracher schon lange getragen. Der beste Beweis hierfür sind die Randbemerkungen, die er in das in den verschiedenen Sitzungen des Arbeiterausschusses aufgenommene Protokoll gemacht hat. Da wird bezüglich Beyers bemerkt, daß er, falls er sich um Sachen kümmere, die ihn nichts angehen, seine sofortige Entlassung zu gewärtigen hätte. Also schon im August und September vorigen Jahres war die Entlassung Beyers vorgesehen, zu deren Ausführung sich der Direktor damals wohlweislich nicht verstand, weil er einen Ausstand der Arbeiter zu recht ungeeigneter Zeit befürchtete. Die Maßregelungen von Vorsitzenden des Arbeiterausschusses sind ja bei Seidel & Naumann keine Seltenheit. Es sei hier nur folgendes erwähnt: Der erste war Kollege Scholz; ihm wurde zur Last gelegt, Sammlungen im Betrieb veranstaltet zu haben, obwohl ein diesbezüglicher Beweis nicht erbracht werden konnte und auch gar kein Versuch dazu gemacht wurde. Doch Beweise will man ja bei Seidel & Naumann gar nicht erbringen! Als zweiter kam Kollege Leinen an die Reihe. Er wurde entlassen, weil er für sich in Anspruch nahm, als Delegierter einer Krankenkasse zu deren Generalversammlung zu gehen. Der Kollege Leinen hatte also ein Amt, das er gesetzlich ausführen mußte — und deshalb wurde er entlassen. Den Kollegen Hamann hat man nach dem Automobilbau versetzt und ihm dadurch nahegelegt, zu gehen, doch da er dem Herrn Direktor diesen Gefallen nicht tat, wurde er entlassen. Der Kollege Hummel wurde solange schikaniert, bis er selbst ging. Der Kollege Grohmann, zweiter Vorsitzender des Arbeiterausschusses, der sich im Betrieb jederzeit so geführt hat, daß man ihm nicht das geringste nachsagen konnte, wurde krank, was auf seine Arbeit zurückzuführen war. Als er wieder in den Betrieb kam, erhielt er ohne jede Begründung seine Entlassung, es wurde ihm nur gesagt, seine Stelle sei besetzt. Die Kollegin Frau Kühne, Mitglied des Arbeiterausschusses, sagte einer anderen Arbeiterin, die sich beschwerdeführend an sie wandte, sie solle die Sache beim Kollegen Beyer anbringen, der würde sie schon vertreten. Deshalb ist Frau Kühne, die zwölf Jahre bei Seidel & Naumann beschäftigt war, von Direktor Eldracher selbst entlassen worden. Es handelte sich bei allen den Genannten nicht etwa um Leute, die nur kurze Zeit im Betrieb waren, sondern um solche, die sich 4, 5, 6 bis 12 Jahre bei Seidel & Naumann herumgeschunden haben. Es ist ohne weiteres anzunehmen, daß sich diese Maßnahmen durchaus nicht gegen die Personen an sich richten, sondern gegen deren Tätigkeit im Arbeiterausschuß, die im Interesse der übrigen Kollegen ausgeübt wurde. Seit Eldracher im Betrieb ist, wird gewissermaßen ein fortgesetzter Kampf um den Bestand des Arbeiterausschusses geführt. Der Arbeiterausschuß soll dadurch bedeutungs- und wertlos gemacht werden, daß man abschreckende Beispiele schafft, auf daß sich in Zukunft keine tüchtigen Kollegen zu Mitgliedern des Arbeiterausschusses, noch viel weniger zu Vorsitzenden desselben hergeben sollen. Nach der letzten Versammlung hat der Aufsichtsrat der Firma Seidel & Naumann in vielen bürgerlichen Zeitungen eine Erklärung losgelassen, in der er von Tatsachen spricht, die er festgestellt habe. Demgegenüber muß bemerkt werden, daß der Aufsichtsrat sich mit dem Arbeiterausschuß nicht ins Einvernehmen gesetzt hat und deshalb auch nur einseitige Darstellungen erhielt, was ihn absolut nicht berechtigt, von Tatsachen zu reden. Abgesehen von dem Fall Scheinert ist die Erklärung in so gewundener Form gehalten, daß damit gar nichts gesagt wird. Der Aufsichtsrat stellt unter anderem die Behauptung auf, es sei ihm von der Verwendung gesundheitschädlichen Terpentins nichts bekannt. Auch Lohnreduktionen allgemeiner Art stellt der Aufsichtsrat in Abrede. Er bestreitet Dinge, die ihm gar nicht nachgesagt wurden. Wenn am Schlusse der Erklärung von dem guten Einvernehmen mit der Arbeiterschaft die Rede ist, so wären die Arbeiter dem Aufsichtsrat wirklich dankbar, wenn er ein solches in Zukunft herbeiführen würde. Wenn aber dann weiter von agitatorischen Hetzereien gesprochen wird, so kann ruhig behauptet werden, daß der Aufsichtsrat die, die den Unwillen und die Unzufriedenheit der Arbeiter erregen und sie „aufhetzen", an ganz falscher Stelle sucht. Mit welchen Mitteln gegen die Arbeiter und deren Vertreter auch noch in anderer Beziehung gearbeitet wird, beweisen die anonymen Schmähbriefe, die seinerzeit bei der Bewegung der Schleifer an den Kollegen Haack gerichtet wurden; auch der Kollege Beinkämpen ist bei der letzten Versammlung damit bedacht worden. Zur Unterzeichnung dieser Briefe hatte das feige Lumpenpack nicht den Mut. Ob die Schreiber dieser Schmähbriefe dazu beauftragt worden sind, kann nicht festgestellt werden, soviel aber steht fest, daß früher solche Schmähbriefe nicht verfaßt wurden. Obwohl die Leiter des Verbandes mit dem Kommerzienrat Naumann manchen harten Strauß auszufechten hatten, ist bei solchen Anlässen kein Schmähbrief an deren Adresse gelangt, sondern erst seitdem Herr Direktor Eldracher im Betrieb ist, scheint dies zur Gepflogenheit geworden zu sein. Damit soll aber durchaus nicht die Behauptung aufgestellt werden, daß der Herr Direktor Eldracher Auftraggeber dieser Schmähbriefe ist, jedenfalls ist es aber bezeichnend für die Einschätzung, die er selbst von diesen Briefschreibern erfährt, indem sie doch zweifellos annehmen, der Direktion mit diesen Sudeleien einen Gefallen zu erweisen. Kollege Haack teilte dann der Versammlung mit, daß gegen den Kollegen Beinkämpen wegen verschiedener Behauptungen, die er in der letzten Versammlung über die Direktion von Seidel & Naumann getan habe, eine Anklage von der Staatsanwaltschaft im öffentlichen Interesse angestrengt sei. Hoffentlich erstreckt die Staatsanwaltschaft diese Anklage auch auf die sachlichen Behauptungen, soweit sie „beleidigender" Natur sind und nicht nur etwa auf formale „Beleidigungen", denn es liegt im öffentlichen Interesse, daß die Sache selbst klargestellt wird. Wenn dies geschehen sollte, so würden wir dies nur begrüßen, indem dadurch einmal die ganze Misere bei der Firma Seidel & Naumann aufgerollt werden kann und die dortigen Zustände gerichtsnotorisch werden. Eine Niederlegung der Arbeit wegen der Maßregelung des Kollegen Beyer wird von der Verbandsleitung und den Vertrauensleuten des Betriebs den Kollegen nicht empfohlen. Dadurch soll aber durchaus nicht gesagt werden, daß man in Zukunft alle die Maßnahmen der Direktion ruhig hinnehmen will, sondern man wird zu gegebener Zeit die notwendigen Vorkehrungen zur Verhinderung solcher Dinge zu treffen wissen. Wenn es durchaus sein soll, so kann der Firma Seidel & Naumann alle Jahre ihr Streik geliefert werden, die Verbandsleitung und auch die dort beschäftigten Kollegen werden davor nicht zurückschrecken. Das dürfte jedenfalls durch die letzten beiden Kämpfe bewiesen worden sein. Den Zeitpunkt für die Kämpfe wird jedoch die Verbandsleitung sich nicht durch die Direktion der Firma Seidel & Naumann bestimmen lassen, und auch die Arbeiter lassen sich nicht zu ungeeigneter Zeit dazu provozieren, sondern wenn uns der Zeitpunkt günstig ist, wird der Kampf aufgenommen. Das eine aber kann gesagt werden, wenn uns die Firma Seidel & Naumann wieder zum Kampfe treibt, dann wird sie keineswegs so billig davonkommen, wie bei den beiden letzten Kämpfen. Das einstündige Referat des Kollegen Haack wurde mit vielem Beifall aufgenommen. Hierauf nahm Kollege Beyer das Wort. Er führte kurz aus, daß er wiederholt wegen Regelung der Arbeitszeit, Ventilationseinrichtungen rc. bei der Direktion vorstellig geworden sei, worauf ihm gesagt wurde, er solle sich nicht um Dinge kümmern, die nicht in seinem Saale passieren. Der Redner bemerkte weiter, daß er auf Befragen gelegentlich von Revisionen durch Beamte der Wohlfahrtsbehörde im Betrieb wahrheitsgetreue Angaben gemacht und auf die Notwendigkeit von Verbesserungen nach dieser Richtung hin verwiesen hat. Eine eingegangene Resolution, in der der Verbandsleitung laue Haltung bei den Maßregelungen vorgeworfen wurde, wurde gegen zwei Stimmen abgelehnt.

Gelsenkirchen. (Hirsch-Dunckerscher Greuel und der Entwicklungsgang eines Oberhirsches.) Die Hirscheführer sind doch überall gleich, ob sie in Königsberg oder in Straßburg wohnen. Im Herbste erklärte mir der Oberhirsch Albert Pieper in Gelsenkirchen, er sei ein Freund des Friedens und wünsche, daß sich alle Arbeiter organisierten. Wo, das wäre gleich, nur — die Christen, die müßten ausgerottet werden, da dürfte es keinen Pardon geben. Wenn Uneinigkeit zwischen die Gewerkvereinler und Verbändler gesät würde, so wären nur die Hauptleitungen und die Redaktionen schuld daran, die im warmen Neste säßen und diese Bruderkämpfe nicht auszufechten hätten. Er vertrüge sich mit allen sehr gut und durch ihn solle der Friede zwischen den beiden Organisationen nicht in die Brüche gehen. Worte und Taten stimmen bei ihm aber nicht überein, denn durch einen blöden und dabei ganz und gar verlogenen Angriff in Nr. 50 des Regulators auf die bei Küppersbusch arbeitenden Verbandskollegen hat er den Frieden gestört und das Kriegsbeil ausgegraben. Wir haben keine Lust mehr, über die Hirsch-Dunckersche Taktik, wie sie hier geübt wird, zu schweigen. Auch die Verbandskollegen, die bisher der ganz unbegreiflichen Ansicht waren, ich sollte den Pieper und die Hirsche überhaupt mit Glacéhandschuhen anfassen, den Oberhirsch zu jeder Werkstattversammlung einladen und dergleichen mehr, werden wohl endlich zu der Einsicht kommen, daß mit solchen Leuten keine Freundschaft möglich ist, daß jeder ehrlich denkende Verbandskollege den Verkehr mit diesen „Auchkollegen" meiden muß. Im entscheidenden Zeitpunkt haben schließlich die Hirsche bis heute fast immer noch Verrat und Treubruch verübt. Die Angelegenheit bei der Firma Küppersbusch ist für uns abgetan. Die Erfolge, die von den Hirschen angeblich errungen sein sollen, haben keinem Arbeiter Nutzen gebracht. Es ist aber eine Lumperei ohnegleichen, jetzt noch frech in die Welt hinauszuposaunen, die Verbändler hätten sich gedrückt. Doch sind wir derartige niederträchtige Lügen von den Hirschen ja zu gewöhnt, als daß wir näher darauf einzugehen und nochmals richtigzustellen brauchten. Als die Erkelenzsche Taktik bekannt wurde, wollte ich die Meinung der Hirsche hören und stellte deshalb ein einflußreiches leitendes Mitglied der Hirsche zur Rede. Es wurde mir die Antwort: Das ist alles nicht wahr, was Scherm behauptet, und das meiste, gerade die Hauptsache, sei unterschlagen worden. Ich nahm Scherm in Schutz und da erklärte man mir: Wenn ich mein Ehrenwort geben wollte, daß ich das, was ich zu sehen bekäme, für mich behalten und in keiner Weise verwenden würde, dann sollte mir das Zirkular vorgelegt werden. Ich gab dem Hirsch mein Ehrenwort nicht, auch nicht für die gewiß verlockende Aussicht, hinter die Kulissen schauen zu dürfen, denn ich hatte gute Gründe dafür. Als mir dies aber mitgeteilt wurde, war bereits von Pieper bei der Firma Munscheid nach dem Erkelenzschen Rezept gearbeitet worden. Die Arbeiter des Martinwerkes der Firma Munscheid waren am 29. August 1906 in eine Bewegung eingetreten, um die Überstunden zu beseitigen oder besser bezahlt zu erhalten. Es wurde eine Kommission gewählt, die vorstellig werden und an die Direktion das Ersuchen richten sollte, die Überstunden mit 20 Pf. extra zu bezahlen. Die Direktion bewilligte nichts. In der nächsten Versammlung trat ich dafür ein, die Sache bis zum Frühjahr zu vertagen, weil die Forderung zu geringfügig sei, um deshalb in einen Streik einzutreten. Nachdem Pieper in demselben Sinne gesprochen hatte, erklärte sich die Versammlung einverstanden. Ich wollte die Versammlung eben schließen, da wurde auf den Tisch, an dem ich saß — ich hatte die Versammlung einberufen und leitete sie —, ein Zettel geworfen. Ich las: Antrag, für die Überstunden werden 20 Pf. extra verlangt. Unterschrieben war der Zettel nicht. Mir kam die Sache sonderbar vor, und ich fragte an, wer den Antrag stellte und wer ihn begründen wolle. Es meldete sich niemand. Der vor mir sitzende Verbandskollege, der mir den Zettel zugeworfen hatte, erklärte, ein Kollege, der hinter ihm säße, hätte ihm den Zettel zum Weitergeben überreicht. Durch längeres Nachfragen stellte sich heraus, daß der Antragsteller das Gewerkvereinsmitglied Schäfer war, der neben (!) Pieper seinen Platz hatte. Schäfer sagte einige Worte zu dem Antrag und dann hielt Pieper eine solche Brandrede für ein energisches Vorgehen, daß wir fast sprachlos waren. Die Anwesenden schrieen Bravo über Bravo. Für eine Rede, die den Streik empfiehlt, ist ja bei vielen Arbeitern immer mehr Begeisterung zu erwecken, als wenn das Gegenteil bezweckt werden soll. Wie konnte aber Pieper eine derartige Streikrede schwingen? Hätten wir das Erkelenzsche Rundschreiben schon damals gekannt, dann hätten wir den Zweck dieser Rede sofort erkannt und dem Heuchler die Maske heruntergerissen. Die Former bei Munscheid sind sehr zahlreich organisiert, wohl zu 90 Prozent, davon sind ein großer Teil Hirsche. Trotz dieser guten Organisation ist an ein geschlossenes tatkräftiges Vorgehen infolge der Uneinigkeit unter den Kollegen nicht zu denken. Es fehlt an Tiefe der Überzeugung. Das alles wußte Pieper sehr gut, so gut wie ich, daß eine solche Arbeiterschaft keinen energischen Vorstoß wirksam unternehmen kann, er hatte das vorher selbst als Grund mit angegeben, um die Bewegung zu vertagen. Und trotzdem diese Brandrede! Wir stehen nicht an zu erklären: Der Hirsch-Dunckersche Bezirksleiter Albert Pieper hat mit Absicht Arbeiter in einen Streik zu hetzen versucht, von dem er im voraus wußte, er sei verloren in dem Augenblick, wo er begonnen wird. In einer öffentlichen Versammlung habe ich bei einer Gelegenheit den Ausdruck gebraucht, ich hätte Pieper immer noch als Ehrenmann kennen gelernt. Ich nehme nun diese Behauptung zurück und bedauere, sie getan zu haben. Pieper hat aufgehört, in meinen Augen als Ehrenmann zu gelten. Wer so mit den Arbeiterinteressen spielt und bereit ist, mehrere hundert Arbeiter in einen vollständig aussichtslosen Streik zu hetzen, ist nicht mehr würdig, Arbeitervertreter oder gar Arbeiterführer zu sein. Doch die Absicht dieses radikalen Vorgehens der Hirsche wurde uns klar, als Pieper eine geheime Sitzung abhielt, zu der nur die bei der Firma Munscheid beschäftigten Mitglieder des Gewerkvereins Zutritt hatten. Und in dieser Sitzung wurde die Parole ausgegeben, sich immer recht radikal zu gebärden und die Verbändler aus der Bude hinauszuekeln. Nun behauptet Pieper im Regulator, vor der Türe des Sitzungszimmers hätten Verbandskollegen auf dem Bauche gelegen und gehorcht. Behauptet hat er es schnell, aber den Beweis dafür zu erbringen, ob die Lauscher Vertrauensleute von uns, ja überhaupt Kollegen gewesen sind, hat er bis heute nicht vermocht. Er hat noch nicht einmal beweisen können, daß wirklich jemand auf dem „Bauche gelegen" hat. Den Inhalt der geheimen Sitzung wissen wir aber trotzdem aus einer sehr sicheren Quelle. Die Hirsche versuchen nun, die „Schlappheit" unserer Kollegen dadurch zu beweisen, daß sie behaupten, bei Munscheid hätte sich unser Kommissionsmitglied gedrückt und wäre aus Mutlosigkeit nicht wieder zum Direktor — wohlgemerkt: zum zweiten Male! — gegangen. Doch die buchstäblich gleiche Forderung, die einmal ganz energisch abgelehnt worden ist, am anderen Tage an gleicher Stelle vorzubringen, ohne daß sich bis dahin die Sachlage auch nur im geringsten geändert hat, ist doch wirklich kindisch. Jedenfalls hat unser Kollege ganz richtig gehandelt, daß er sich und seine Kollegen nicht der Lächerlichkeit preisgegeben und dadurch das Ansehen der Organisation geschädigt hat. Das ist der rechte Mut nicht, unvernünftig wie ein eigensinniger Schulbube zu handeln. Aber unser Kollege hat zehnmal kollegialer gehandelt, als der Vertrauensmann der Hirsche (Sch.), der als gelernter Former die Karren selbst mit Sand beladet, statt diese Arbeit den Hilfsarbeitern zu überlassen. Das will ja die Firma gerade, daß sich die Former selbst den Sand zu den Kasten hinkarren. Die Former, die alle in Akkord arbeiten, müssen diese Arbeit umsonst machen und die Firma spart den Lohn für die Hilfsarbeiter. Das ist der Mut der Hirsche, deren „stolzer" Charakter sich auch noch bei anderer Gelegenheit zeigte. Die Firma Munscheid veranstaltete einen Fabrikball mit Kinderbescherung (Zuckerdüten). Die Teilnehmer mußten für den Eintritt aber so viel bezahlen, daß die Bescherung doppelt und dreifach wieder herauskam. In der letzten Fabrikversammlung vor Weihnachten forderte ich die Kollegen auf, diesem Klimbim fernzubleiben. Wir brauchen die Munscheidschen Bettelsuppen nicht, die noch mit einem Hoch auf die „vielgeliebte und hochverehrte" Direktion gewürzt werden müssen. Die braven Hirsche aber, wie immer winselnd nach einem gnädigen Blicke von „oben", waren nicht nur im

Vergnügungskomitee eifrig tätig, sondern belästigten sogar unsere Kollegen in aufdringlichster Weise, von ihnen Eintrittskarten zum Balle zu kaufen. Die ganze Größe und der echte Männerstolz der edlen Hirsche dokumentierte sich auf diesem Fabrikball, ganz so, wie wir vorausgeahnt hatten, in geradezu monumentaler Erhabenheit. Ein Hirsch brachte nicht nur ein donnerndes Hoch auf die Fabrikdirektion, sondern auch auf „den hohen Beschützer ehrlicher Arbeit", auf den höchsten Landesherrn aus, das in dem schönen Gesang des herrlichen Liedes „Heil dir im Siegerkranz", gesungen von „Männer"-stimmen, ausklang. Heil euch, ihr Hirsche, bald kommen die Orden und Ehrenzeichen! Wir gratulieren! Das ist Arbeiterstolz, wie ihn Hirschesführer lehren. Nur immer so weiter. Der Erfolg wird nicht ausbleiben. — Doch wer ist der edle Oberhirsch Pieper? Man erzählt sich, daß er vor einigen Jahren Baptistenprediger gewesen oder wenigstens zu einem solchen ausgebildet worden sei. Daher rührt auch sein salbungsvolles Sprechen in den Versammlungen. Seine Gesinnung ist echt jesuitisch. Vor einiger Zeit traten zwei Mitglieder vom Gewerkverein zu uns über, weil es ihnen bei den Hirschen zu „salbungsvoll" zuging. Pieper lief sich fast die Schuhsohlen ab, um die seiner Meinung nach „Verirrten" wieder zu fangen. Er sagte dem einen unter anderem, er wäre doch immer ein so tüchtiger Kollege gewesen, sie hätten sich immer so gut vertragen und dergleichen mehr. In einer öffentlichen Versammlung aber, wo ich meinem freudig erregten Herzen Luft zu machen nicht widerstehen konnte — des einen Ärger ist des anderen Freude —, erklärte mir Pieper, auf die beiden Ketzer brauchte ich nicht stolz zu sein. Besonders an dem einen würde ich schon was erleben, das sei ein Stänker. Und der andere sei — auch nicht viel wert. Weshalb bettelte er denn aber die beiden fast fußfällig an, nur „so was" nicht zu machen, wenn sie wirklich nichts taugten? So verleumdete dieser Brave seine ehemaligen Kollegen. Gut Hirsch-Dunckerisch! Die beiden Kollegen fühlen sich bei uns sauwohl und von dem „Stänkern" haben wir noch nichts gemerkt. — Das Schlagwort des „großen" Geistes ist: Wir sind neutral; also kommt zu uns, alle, die ihr nicht rot oder schwarz sein wollt. Und doch könnte man fast glauben, der Gewerkverein wäre ein Anhängsel der Zentrumspartei. Denn unser Held Pieper hat nicht nur bei der letzten Stadtverordnetenwahl für den Zentrumskandidaten Flugblätter verbreitet, sondern er hat sogar in einer Zentrumswählerversammlung in seiner Eigenschaft als Bezirksleiter eine waschechte Zentrumsrede für Walter gehalten. Dieser Walter, ein richtiges Chamäleon, war früher Mitglied des alten (freien) Bergarbeiterverbandes, dann war er Mitglied der Hirsche und schimpfte auf die Pfaffen schlimmer als ein Heide, und jetzt ist er — Angestellter bei dem christlichen Gewerkverein. Gleich und gleich gesellt sich gern, deshalb ist Pieper so warm für den Zentrumsmann Walter ins Zeug gegangen. Der Lebenslauf des Walter scheint dem Pieper imponiert zu haben. Unser lieber Oberhirsch Pieper ist nämlich seit einigen Wochen eingeschriebenes Mitglied beim — evangelischen Arbeiterverein. Zwei Wochen vorher Zentrumsredner, jetzt evangelischer Arbeitervereinler. Das soll ihm mal einer nachmachen. Das nennt man Charakter. Er erzählt ja allen, die es glauben, er wäre nur deshalb Mitglied des evangelischen Arbeitervereins geworden, um bei diesem Verein Propaganda für den Hirsch-Dunckerschen Gewerkverein zu machen. Man soll ihm ja das Angebot gemacht haben, Sekretär bei der nationalliberalen Partei mit einem Monatsgehalt von 300 Mk. zu werden. Ein Kollege von ihm, ebenfalls aus Gelsenkirchen, hat ja so ein fettes Pöstchen im nationalliberalen Lager erwischt. Herrn Pieper scheint seine Absage jetzt zu reuen, darum will er Buße tun und ein treues Mitglied des evangelischen Arbeitervereins werden. Denn 300 Mk. im Monat ist kein Pappenstiel; das sind ausgerechnet 2 × 150 Mk. Dafür wechselt man schon mal seine Gesinnung, auf einmal mehr oder weniger kommt es ja nicht an. Wir wissen aber auch, daß es in Gelsenkirchen noch Gewerkvereinler gibt, die ehrlicher über die Ziele der Arbeiterbewegung denken und solchen Unfug, der an Verrat grenzt, nicht mehr mitmachen. F.

Gersdorf b. Chemnitz. Eine unliebsame Weihnachtsbescherung wurde einem Arbeiter (A. G.) bei der Firma Franz & Sohn zuteil. Er wurde acht Tage vor Weihnachten kündigungslos entlassen, weil ihn ein Mitarbeiter (Sch.) beschuldigte, er habe ihn durch Beschimpfungen und Drohungen zum Beitritt in den Verband zwingen wollen. Der seit sieben Jahren bei dieser Firma arbeitende Kollege A. G. ist als ruhiger und besonnener Mann bekannt, der niemals unzulässige Mittel in Anwendung bringt. Dagegen hat der seit ein paar Tagen in Arbeit getretene Denunziant, der von seiner Frau getrennt lebt, schon öfters mit der Behörde zu tun gehabt. In dieser Fabrik war einige Tage nach der Entlassung G.s folgender Anschlag zu lesen: „Die in letzter Zeit in unserer Werkstatt verbreitete Unsitte, Mitarbeiter aufzufordern, in irgend welche Verbände einzutreten, sowie bei nicht gegebenem Falle durch Bedrohungen und Beschimpfungen verschiedener Art u. s. w. zu belästigen, wird hiermit strengstens untersagt, und bitten wir, uns in solchem Falle Mitteilung zu machen, damit wir solchen Einflüssen entgegentreten können." Daß die Firma von der Organisation der Arbeiter nichts wissen will, glauben wir recht gern, denn mit deren Hilfe werden die schlechten Arbeitsverhältnisse verbessert, und das ist hier sehr notwendig. Die Firma hat vor kurzem für Überstunden auf Verlangen der Organisation 20 Prozent Zuschlag bewilligt. Aber es ist noch viel zu tun. Für die Arbeiten auf den Schächten gibt es keine Ausnahme. Die Firma läßt sich für diese Arbeiten aber doch besser bezahlen wie für andere, es ist also ungerecht, wenn der Arbeiter keine Ausnahme erhält. Damit weitere Verbesserungen errungen werden können, müssen die Arbeiter sich organisieren, sie müssen zusammenhalten. Wer sich nicht der Organisation anschließt, ist als Hemmschuh der Arbeiterbewegung zu betrachten.

Kutzhütte. (Hirsch-Dunckersche Gauneretikik.) In Nr. 1 tischt der Regulator seinen Lesern wieder einen „feinen Braten" auf. Folgendes ist in dem Augen der „einzig wirklich neutralen Berufsorganisation aller Metallarbeiter" zur Erzielung günstiger Wahlen für den bankrotten und verdorbenen „Freisinn" zu lesen: „Kutzhütte. Dem Deutschen Metallarbeiter-Verband passierte es in der Güte, mit der er die „Erfolge" der Streikbewegung zusammenstellte, daß er auch jene Erfolge für sich zusammenrechnete, wo es keine Verbändler, sondern nur Gewerkvereinler gibt, so in Kutzhütte, wo die Gewerkvereinler nach fünfwöchentlichem Streik Verbesserungen durchsetzten. Vielleicht kontrollieren unsere Kollegen einmal die Statistik des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes über die Streikbewegung genau nach, dann finden noch mehr Fälle wie Kutzhütte zutage treten." — Wenn die Redaktion des Regulators die Zahlen über Kutzhütte in Nr. 51 der Metallarbeiter-Zeitung genauer betrachtet und nicht blindlings drauflosgeschrieben hätte, wäre ihr die Differenz zwischen der Zahl der an der hiesigen Bewegung Beteiligten und der Zahl der hiesigen Gewerkvereinsmitglieder aufgefallen sein. Der Gewerkverein zählte im September, zur Zeit seiner verunglückten Streikbewegung, hier gerade 29 Mitglieder, an der in Nr. 51 der Metallarbeiter-Zeitung verzeichneten Bewegung waren 57 Mann beteiligt. Nach dem Regulator haben die Gewerkvereinler gestreikt, unsere Bewegung aber verzeichnet unter „ohne Arbeitseinstellung". Der Regulator hätte sich also sagen müssen, daß die Geschichte ein „Aber" hat. Und dieses besteht darin, daß die von uns erzielte Bewegung allerdings nicht unter „ferner" zu rubrizieren ist, sondern es handelte sich bei uns um eine Bewegung der Schlosser, Dreher und Schmiede. (In Schlesien gilt die Bewegung ist in die Rubrik „Bergbau" eingetragen: „Maschinenbau und Gießereien". Daraus ist hier geschlossen worden, es habe sich um eine Zimmerbewegung gehandelt. Die Zahlen unter Kutzhütte sind also neue den Gebieten abgezogen. Der Irrtum wird im Jahrbuch nicht wiederkehren, dafür aber wird die Bewegung an der richtigen Stelle aufgeführt werden. Red.) Das Resultat, das der Gewerkverein mit seinem Streik erzielte, war ein negatives, es sollten je auch nur die vorgeschriebenen Lohnabzüge gemacht werden, um wenigstens die früheren Löhne wieder zu erhalten. Der beim Streik anwesende Oberfusch hat aber nur mit Mühe und Not die Streikenden wieder unter Dach und Fach gebracht. Was wir erreicht haben (unsere Bewegung war im April und betraf die Firma Rohrbach), ist ja schon in Nr. 51 aufgeführt. Allein wir hoffen außerdem noch einen weiteren Erfolg, nämlich den, daß jetzt so viele Mitglieder des Gewerkvereins zu uns übergetreten sind, daß dieser nur noch vier oder fünf Mitglieder hier zählt, wir aber haben jetzt deren 54. Nach dem Regulator hätten wir aber hier gar keine Mitglieder. Unsere Zahl war schon im April 37, die Hirsche hatten damals nur 19, 15 Former und 4 Schlosser. Das ist also der wahre Sachverhalt. (Da der Regulator so eifrig nach den Splittern im Auge anderer sucht, möchten wir ihn daran erinnern, daß er in Nr. 30 v. J. unter der Überschrift „Breslau in Landau" einen großen Sumps von einem durch den Gewerkverein „allein geführten" Streik in der Eisengießerei bei Gebrüder Baus in Landau in der Pfalz machte. Der Regulator stellte damals in Aussicht, daß er die bei dem „herrlichen Siege vereinbarten Abmachungen" später folgen lassen werde. Bis jetzt haben wir vergebens darauf gewartet. Baus hat nach dem Streik acht Mann vom Eisenwerk in Kaiserslautern geholt. Diese sind aber nach acht Tagen wieder davon gelaufen, weil bei Baus trotz des „herrlichen Sieges" der Hirsche Zustände herrschen, die viel schlechter sind als sie im Kaiserslauterer Eisenwerk waren, bevor unsere Mitglieder dort mit Erfolg streikten. Hoffentlich befriedigt der Regulator unsere Neugierde recht bald und teilt das genaue Resultat des Landauer „herrlichen Sieges" mit. Red.)

Luckenwalde. Die Aussperrung in den vier Luckenwalder Bronzewarenfabriken ist am 2. Januar mit einem vollen Erfolg für die Arbeiter beendet worden. Wie in der Nr. 1 der Metallarbeiter-Zeitung berichtet, ist den Arbeitern und Arbeiterinnen unter dem 11. Dezember vorigen Jahres ein für sie unannehmbarer Akkordtarif zur Unterschrift unterbreitet worden. Wer die Unterschrift nicht leistete, sollte hinausfliegen. Die Herren Unternehmer hatten zweifellos nicht geglaubt, daß die Metallarbeiter von Luckenwalde so einmütig die verlangte Unterschrift unter die für alle vier Betriebe gleichlautende Preistabelle verweigern würden. Verhandlungen mit den Verbandsfunktionären wurden brüsk zurückgewiesen. Mit den „eigenen" Arbeitern glaubte man besser „fertig" werden zu können. Unverantwortlich leichtfertig ist diese Aussperrung unserer Kollegen und Kolleginnen von den Unternehmern provoziert worden. Erklärten doch die Unternehmer den Kommissionen selbst, daß der vorgelegte neue Akkordtarif gar keine Gültigkeit haben solle. Die Arbeiter sollten nur erst unterschreiben — jeder einzelne allerdings —, dann wolle man erst die „richtigen" gültigen Preise mit den Arbeitern vereinbaren. Fürwahr, eine Logik, die bisher wohl noch nicht zu verzeichnen gewesen ist. Trotz dieser Tatsachen haben die Soldschreiber der Arbeitgeber-Zeitung die Stirne, von dem verderblichen Einfluß der Hetzer des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zu faseln; diese seien nur schuld an dem Konflikt und hätten die Arbeitgeber dazu veranlaßt, gemeinsame Sache zu machen und die Aussperrung vorzunehmen. Nun, verehrte „Schmierfinken" des Scharfmacherorgans: Wer die Wahrheit kennt und saget sie nicht, der ist fürwahr ein erbärmlicher Wicht! Das Liebeswerben der Arbeitgeber-Zeitung hat nichts genützt. Die Fabrikanten haben doch eingesehen, daß es besser ist, daran zu denken, wie der Friede wieder herzustellen ist. Nach einem Auftritt unseres Bezirksleiters Zernicke mit dem Chef der Firma Herzog auf dem Anhalter Bahnhof in Berlin gelegentlich eines Streikbrechertransportes nach Luckenwalde, wo man die Verhaftung Zernickes gern bewerkstelligen lassen wollte, wurde der Weg zur Beilegung der Differenzen geebnet. Auf Vorschlag unseres Bezirksleiters wurde verabredet, sofort eine spezialisierte, für jeden Betrieb gültige Preistabelle auszuarbeiten und diese dann zum Gegenstand der weiteren Verhandlungen zu machen. Diesem Vorschlag stimmten die Fabrikanten zu. Durch weitere Vermittlung des ersten Bürgermeisters, Herrn Dr. Werner in Luckenwalde, fanden dann die Verhandlungen zwischen unserer Verbandsleitung und den Fabrikanten statt. Auf über 100 Positionen sind Zulagen von 10 bis 25 Prozent gemacht worden. In einem Betrieb ist die Arbeitszeit, die noch 10 Stunden betrug, auf 9½ Stunden verkürzt worden. Für etwa notwendig werdende Überstunden werden 20 Prozent Aufschlag, für Arbeiten nach 9 Uhr abends und Sonntagsarbeit 33⅓ Prozent Aufschlag bezahlt. Maßregelungen dürfen nicht stattfinden. Die Aufnahme der Arbeit erfolgt nach Maßgabe der Betriebsverhältnisse; betriebsfremde Arbeiter dürfen nicht eingestellt werden, so lange von den Ausgesperrten noch welche am Orte sind. Die Zugeständnisse und die Bedingungen zur Wiederaufnahme der Arbeit sind in einer am 31. Dezember 1906 abgehaltenen Versammlung der Ausgesperrten einstimmig angenommen worden und war damit die Aussperrung beendet. Ist es auch diesmal nicht gelungen, einen vollständigen Tarifvertrag abzuschließen, so können wir mit dem Ausgang des Kampfes durchaus zufrieden sein. Hoffentlich haben aber auch die Herren Fabrikanten aus diesem Kampfe die Lehre gezogen, in Zukunft den Bestrebungen der Organisation mehr Entgegenkommen zu zeigen. Der Kampf hätte sich bei einigermaßen guten Willen sehr wohl vermeiden lassen. Unseren Kollegen und Kolleginnen erwächst aber die doppelte Pflicht, fest an ihrer Organisation zu halten. Nur so wird es möglich sein, die Interessen der Arbeiterschaft wirksam vertreten zu können. Die Luckenwalder Aussperrung muß dem Blödesten gezeigt haben, wohin er gehört. Hinein in den Deutschen Metallarbeiter-Verband!

Rundschau.

Gewerkschaftliche Fortschritte.

Das Generalsekretariat der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands schreibt in seinem Rückblick auf das Jahr 1906:

Die deutschen Gewerkschaften haben im verflossenen Jahre nicht blos gekämpft — sie haben auch aufgebaut. Ihre Reihen haben sich um ein gewaltiges Stück geweitet; sie sind dem Ziele, das wir vor 2½ Jahren als das nächste bezeichneten, um ein bedeutendes näher gekommen. Im Jahre 1905 betrug die Zunahme der Gewerkschaften an Mitgliedern 315084. Es war die größte Zunahme, die sie seither zu verzeichnen hatten. Der Zuwachs, den uns das Jahr 1906 brachte, wird kaum geringer sein. Nach den uns zurzeit vorliegenden Berechnungen und Mitgliederschätzungen der Gewerkschaften vom dritten Quartal 1906, die 53 von 65 Organisationen umfassen, ist deren Mitgliederzahl seit ultimo 1905 bereits um 231942 gestiegen. Es fehlen uns aber noch die Ergebnisse der Verbände der Maurer, Schneider, Töpfer, Staffelmacher, Seeleute und anderer Organisationen, deren Zunahme sicher 50000 nicht zurückbleiben wird. Nach diesen vorläufigen Ergebnissen dürfte die Mitgliederzahl unserer Gewerkschaften am Jahresschluß 1906 nahe an **1750000** herangekommen sein. 1½ Millionen organisierter Arbeiter in den Kampfgewerkschaften, das ist ein Fortschritt, auf den wir mit Befriedigung zurückblicken können. Als wir die erste Million an Mitgliedern überschritten hatten, da schrieben wir, daß bei gleichbleibender Entwicklung die zweite Million von Mitgliedern im Jahre 1910 erreicht sei. Und jetzt, am Beginn des Jahres 1907, fehlen uns an der zweiten Million nur noch 250000, eine Kleinigkeit angesichts des Zuzugs der beiden letzten Jahre, die sich mit Hilfe einer geübteren Werbe- und Kampfestätigkeit und vielleicht auch mit der nicht zu unterschätzenden Tatsache der aussperrungssüchtigen Unternehmer binnen Jahresfrist schießen läßt. Möge jedes Gewerkschaftsmitglied nach Kräften dazu beitragen, daß wir das neue Jahr mit der zweiten Mitgliedermillion schließen können! Nicht als höchstes Ziel unserer Wirksamkeit betrachten wir diesen Fortschritt — Aufgabe der Gewerkschaften ist es, die Arbeits- und Lohnverhältnisse der Arbeiter zu verbessern und die Rechte der Arbeit zu verteidigen —, wohl aber als eine wichtige Etappe auf dem Wege der Entwicklung unserer Organisation! Denn die Eroberung einer zweiten Million von Arbeitern in nur drei Jahren, was ist das anders als ein zwingender Beweis der siegenden Macht des Gewerkschaftsgedankens, der allen reaktionären Schranken und allen polizeilich-richterlichen Verfolgungen zum Trotze sich freie Bahn erzwingt.

Mit diesem bedeutsamen Fortschritt dürfte die deutsche Gewerkschaftsbewegung hinsichtlich der Mitgliederstärke auch an die erste Stelle in der Reihe der Länder Europas gerückt sein. Nach einer Zusammenstellung des Departements of Labor Bulletin des Staates New York umfaßten die europäischen Länder folgende Zahlen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter: Großbritannien und Irland 1866755; Deutschland 1822343; Frankreich 781341; Österreich 328099; Italien 260102; Belgien 128700; Schweden 105000; Dänemark 90911; Ungarn 71173; Spanien 56905; Schweiz 48000; Niederlande 37221 und Norwegen 16227, insgesamt 5597777 Mitglieder, wovon nahezu zwei Drittel auf Großbritannien und Deutschland entfallen. Außerdem werden für die Vereinigten Staaten von Nordamerika 2000000 Mitglieder, für Australien 100626 und für Neu-Seeland 27714 Mitglieder angegeben. Von Canada, Brasilien, Argentinien, Kapland und Japan liegen keine Zahlen vor. Man wird die Gesamtzahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter der Welt im Jahre 1905 auf etwa 8 Millionen schätzen können, wovon etwa zwei Drittel auf Europa kommen. Das ist natürlich noch recht wenig angesichts der Welt der unorganisierten Arbeit, der Riesenarmee der Gleichgültigen und Arbeitswilligen, die noch in jedem Lande die Mehrheit stellt und daher auf das Niveau der Arbeitsbedingungen noch einen ungeheuren Druck ausübt. Schwankt doch die Verhältniszifferr der Organisierten in Europa, an der Gesamtbevölkerung gemessen, zwischen 0,31 Prozent (Spanien) und 4,50 Prozent (Großbritannien). Aber mit jeder Arbeitermillion, die die Gewerkschaftsorganisation der Lethargie entreißt, sie in den Dienst des Lohnkampfes stellt, wird der kapitalistischen Regie der Arbeit ein Stück ihres Bodens entzogen und diese gezwungen, dem Einfluß der Gewerkschaften Rechnung zu tragen.

Christliche Gewerkschaftsführer als Zentrumskandidaten.

Grobe Schwindelmanöver verüben bei der jetzigen Reichstagswahlbewegung die „christlichen" Gewerkschaftsführer und ihre Presse. Während sie sich darüber entrüsten, daß die freien Gewerkschaften zugunsten der sozialdemokratischen Partei Stellung nehmen, behaupten sie heuchlerisch, die „christlichen" Gewerkschaften seien parteipolitisch neutral. Gleich nach der Reichstagsauflösung waren aber die „christlichen" Gewerkschaftsführer in Düsseldorf versammelt und haben zur Reichstagswahl Stellung genommen. Das Ergebnis dieser Beratung war, daß bei dem diesmaligen Kampfe alles aufgeboten werden müsse, damit das Zentrum im neuen Reichstag mindestens in der bisherigen Stärke erscheine. Unmittelbar nach dieser Zusammenkunft in Düsseldorf veröffentlichte der Vorstand des Gesamtverbandes der „christlichen" Gewerkschaften einen Aufruf, in dem es heißt:

> Die christlichen Gewerkschaften sind nach ihrem Programm interkonfessionelle und politisch unparteiische Organisationen. Dieser Charakter unserer Bewegung muß zu allen Zeiten respektiert werden. Daher darf auch beim bevorstehenden Reichstagswahlkampf weder die Gewerkschaftspresse in den Dienst bestimmter Parteien sich stellen, noch darf in Versammlungen parteipolitische Propaganda geduldet werden. Die Befolgung dieser Grundsätze hindert jedoch die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften nicht, außerhalb ihrer Verbände energisch ihre Pflichten als Staatsbürger wahrzunehmen. Nichts wäre verkehrter, als wenn die Arbeiter ihre Tätigkeit bloß auf das wirtschaftliche Gebiet beschränkten; die Gesetzgebung muß vielmehr bei allen sich bietenden Anlässen zugunsten der unteren Volksklassen beeinflußt werden, denn diese bedürfen der Staatshilfe am dringendsten. Und ein solcher Anlaß ist in hohem Maße die Reichstagswahl. Wir erwarten daher, daß unsere Mitglieder sich außerhalb der Gewerkschaften in den bürgerlichen Parteien, denen sie zugehören, energisch betätigen und für die Zusammensetzung eines Reichstags Sorge tragen helfen, der im Sinne der Bestrebungen der christlichen Gewerkschaften zu wirken gewillt ist.

Gewiß eine merkwürdige parteipolitische Neutralität von Arbeiterführern, sich für die bürgerlichen Parteien und damit gegen die Arbeiterpartei zu erklären. Unter den „bürgerlichen Parteien" ist natürlich in erster Linie das Zentrum gemeint. Wären nicht einige Christlich-Soziale (Behrens und Genossen) Mitglieder der „christlichen" Gewerkschaften, dann würde man sich auch in dem Aufruf ganz offen für das Zentrum ausgesprochen haben. Zentrum und „christliche" Gewerkschaften sind ja doch eins. Wenn es dafür noch eines Beweises bedurft hätte, dann wäre er jetzt aber dadurch geliefert, daß das Zentrum in einer Anzahl Wahlkreise „christliche" Gewerkschaftsführer als Kandidaten zum Reichstag aufgestellt hat. Allerdings fast nur in solchen Wahlkreisen, die für das Zentrum aussichtslos sind oder wo es einen Sieg der Sozialdemokratie vereiteln zu können glaubt. Die „christlichen" Gewerkschaftsführer dienen dem Zentrum als Lockvögel und Zutreiber, dann aber will es mit diesen Kandidaturen beweisen, daß es auch eine Partei für die Arbeiter sei. Ein denkender Arbeiter läßt sich jedoch durch keinerlei Manöver täuschen, er weiß, daß er sein Vertrauen nur auf die sozialdemokratische Partei setzen kann.

Eine Zentralisation der Gelben

erstrebt der abgebrochene Hauptmann Laves, der Oberleiter der Schiffswerft Howaldtswerke in Dietrichsdorf bei Kiel. Der Vorwärts veröffentlicht in seiner Nr. 9 eine Zuschrift dieses Herrn an den Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller, worin er nichts geringeres vorschlägt, als eine Zentralisation der bisher nur lokalen gelben Verbände. Der Herr fürchtet nämlich, daß er in nicht allzu langer Zeit eine gelbe Streikbrecherorganisation brauchen kann. Er möchte darum eine solche zur Verfügung haben, ohne daß er viel dafür ausgeben muß. Wir werden in der nächsten Nummer auf seinen famosen Schreibebrief zurückkommen.

Tapfere Seeoffiziere — höhere Kulis.

Wie wir bereits in Nr. 51 der Metallarbeiter-Zeitung vom vorigen Jahre berichteten, ist ein ernster Konflikt zwischen den Hamburger Schiffsreedereien und dem Verein der Kapitäne und Offiziere der deutschen Handelsmarine ausgebrochen. Es hat ohne Zweifel den grimmigsten Zorn der Hamburger Reederprotzen erregt, daß der Vorsitzende dieses Vereins, Kapitän W. Freyer, auf dem im März vorigen Jahres in Berlin abgehaltenen ersten Schutzkongreß für die in Schiffahrt und Schiffbau beschäftigten Arbeiter einige recht vernünftig klingende Worte sprach. Die Reeder ließen es sich gern gefallen, daß Mitglieder dieses Vereins vor zwei Jahren bei einem Hafenarbeiterstreik als Streikbrecher fungierten. Trotzdem war dieser Offiziersverein den Reedern schon seit langem ein Dorn im Auge, vielleicht deshalb, weil er neben dem von den Reedern gehätschelten und zum größten Teile unterhaltenen Verein deutscher Seeschiffer bestand. Immerhin war angesichts der mehr als loyalen Haltung des Offiziersvereins den Reedern keine Gelegenheit gegeben, aggressiv gegen ihn vorzugehen. Das änderte sich sofort, als Anfang des Jahres 1906 im Verein beschlossen wurde, eine Enquete über die Lohn- und Logisverhältnisse an Bord zu veranstalten. Damit war der Verein auch über den engen Rahmen eines Standes- und Unterstützungsvereins hinausgegangen. Gerade um dieser Enquete willen, die die Schiffseigner vielleicht zu fürchten hatten, wurde man bei den Protzen noch mehr als sonst wild über diesen Verein und Herr Adolf Wörmann, der Allgewaltige der Wörmann-Linie, sprach in seinem Zorn es offen aus, daß der Offiziersverein sozialdemokratische Tendenzen verfolge. So lächerlich eine solche Behauptung auch war, diese „Beleidigung" durften sich die Herren Handelsmarine-Offiziere nicht gefallen lassen. Sie liefen zum Kadi, und das Gericht bestätigte ihnen denn auch in einem Urteil ihre bis auf die Knochen gehende Loyalität und untersagte Herrn Wörmann, für die Zukunft derartige ehrenrührige Äußerungen zu tun. Für jeden Einzelfall einer solchen Äußerung sollte Herr Wörmann fünfhundert Exemplare Buße blechen. Als dann der Verein die Enquete doch veranstalten wollte, schlug das nebst dem erfochtenen Gerichtsurteil dem Fasse den Boden aus

Die Schiffsprotzen sprachen über den Verein das Todesurteil. Dazu kam noch, daß der Verein am 23. November in einer Versammlung beschlossen hatte, es sei unzulässig, daß den Kapitänen und Offizieren von den Reedern Vorschriften darüber erteilt werden, wie sie ihren Dienst auszuführen haben. Die Mitglieder des Vereins wurden kurzerhand vor die Alternative gestellt, entweder aus dem Verein auszutreten oder den Dienst bei den dem Schiffsreederringe angeschlossenen Unternehmern aufzugeben. Was taten die Herren Offiziere? In einer am 13. Dezember abgehaltenen außerordentlichen Generalversammlung wurde beschlossen, den Revers über den Austritt aus dem Verein zu unterschreiben. „Denn," so führte der Vorsitzende, Kapitän und Reserveoffizier Freyer, aus, „wir sind es unserer Ehre schuldig, wir müssen Kaiser und Reich dienen." Anfangs unterschrieben aber nur wenige Mitglieder diesen Revers und verschiedene von diesen zogen nachher ihre Unterschrift wieder zurück. In einer am 19. Dezember abgehaltenen öffentlichen Versammlung des Vereins, die von über tausend Personen besucht war, wurde eine Protestresolution gegen das Vorgehen der Schiffseigner einstimmig angenommen und gleichzeitig beschlossen, die Unterschriften zurückzuziehen, damit also der Beschluß der außerordentlichen Generalversammlung umgestoßen. Die Offiziere wollten es darauf ankommen lassen, ob die Reeder ihre Drohung mit der Dienstentlassung wahr machten. Hieraus ersieht man die kindliche Naivität der Offiziere. Als ob es den Kapitalgewaltigen einmal darauf ankommt, einen größeren finanziellen Schaden zu erleiden, wenn sie nur ihren Willen durchsetzen können. Die Schiffsprotzen haben ihre Drohung aber wahr gemacht! Es fand eine größere Anzahl von Entlassungen statt. Der Verein beschloß darauf, verheirateten Gemaßregelten monatlich 150 Mk., für jedes Kind noch 10 Mk. extra, den ledigen 100 Mk. monatliche Unterstützung zu zahlen. Es hieß, der Verein habe Geldmittel genug, um den Kampf monatelang auszuhalten. Soweit, so gut. Es war von den Seeoffizieren nicht zu verlangen, daß sie sich gleich wie vollständig zielbewußte Klassenkämpfer benehmen. Dazu fehlt es ihnen zu sehr an der nötigen Erfahrung. Aber nicht nur daran schien es zu fehlen, sondern vor allen Dingen an dem nötigen Mut. Wie neuere Nachrichten melden, hat sich der Austritt der Offiziere der bremischen Reedereien ohne Anstand vollzogen. Bei dem Norddeutschen Lloyd ist dem Verlangen der Direktion, durch schriftliche Erklärung die Nichtzugehörigkeit zu dem Verein zu bestätigen, von sämtlichen Offizieren ohne weiteres entsprochen worden, ebenso bei der Deutschen Dampfschiffahrtsgesellschaft „Hansa", der „Argo", dem „Neptun", der „Roland-Linie" und den übrigen Reedereien mit Ausnahme von drei Fällen, wo die Entlassungen verfügt wurden. Auch die in Hongkong anwesenden Kapitäne und Offiziere der Küstendampfer des Norddeutschen Lloyd erklärten laut telegraphischer Meldung ihren Austritt aus dem Verein. Eine Reihe von Offizieren erkannte ausdrücklich an, daß „die bei den letzten Beschlußfassungen des Vereins hervorgetretenen Tendenzen ihre Zugehörigkeit zu dem Verein unmöglich machten". Arme Schächer! Die Herren haben sich die in den letzten Wochen entstandene Sympathie der Arbeiterschaft sehr bald wieder verscherzt.

Die Scharfmacher und die Reichstagswahlen.

Zur Ergänzung des im Leitartikel auf der ersten Seite dieser Nummer gegebenen Aktenmaterials in oben bezeichneter Sache bringen wir hier auch das Zirkular zum Abdruck, das der Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, dessen Geschäftsführer, Herr H. A. Bueck, auch Geschäftsführer des Zentralverbandes Deutscher Industrieller ist, an seine Norddeutsche Gruppe gesandt hat. Das dem Vorwärts zugeflogene Schriftstück lautet:

Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller.
Berlin W., Karlsbad 4a.

An den Herrn Vorsitzenden der Norddeutschen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller
Geheimen Kommerzienrat Gerh. L. Meyer, Hannover.

Der anliegende Aufruf ist dem Vorsitzenden des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, Herrn Geheimen Kommerzienrat Servaes, zugegangen. Dieser erachtete es für zweckmäßig, den Aufruf zunächst in dem Vorstand der „Nordwestlichen Gruppe" zur Erörterung zu stellen. Dies ist geschehen in der fast vollzählig besuchten Sitzung des Vorstandes zu Düsseldorf am 3. d. M. Es wurde anerkannt, daß die hohe nationale Bedeutung der bevorstehenden Wahlen zum Reichstag es der Industrie, soweit sie diese Bedeutung anerkennt, zur unabweisbaren Pflicht macht, sich an die Seite der Regierung zu stellen und sie in dem schweren Kampfe dadurch zu unterstützen, daß sie im Sinne des Aufrufs und entsprechend ihrer Stellung im wirtschaftlichen Leben unseres Vaterlandes Beitrag zu dem interfraktionellen Wahlfonds leistet. Von dieser Pflicht kann nach der Ansicht des Vorstandes auch nicht der Umstand entbinden, daß die Industrie bereits in weitem Umfang durch die lokalen und zentralen Organisationen der nationalen Parteien zu geldlichen Opfern herangezogen sei, die sie willig gebracht habe. In dem vorliegenden Falle handle es sich um eine allgemeine vaterländische Sache, und einer solchen habe sich die Industrie noch nie entzogen.

Nach eingehenden Erörterungen wurde von dem Vorstand der Nordwestlichen Gruppe einstimmig beschlossen, an die Werke der Gruppe das Ersuchen zu richten, zu dem in dem Aufruf genannten Zwecke **eine Mark pro beschäftigten Arbeiter zu zahlen.**

Der Vorsitzende des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller.
J. A.: Der Geschäftsführer H. A. Bueck.

Der vertrauliche Aufruf, auf den in diesem Schreiben Bezug genommen wird, ist gleichlautend mit dem im Artikel auf der ersten Seite abgedruckten der Herren Generalleutnant Graf von der Asseburg, Generaldirektor Ballin, Friedrich Dernburg u. s. w. Der Herr Kommerzienrat Meyer in Hannover ist dem Ersuchen Buecks prompt nachgekommen, er versandte folgendes Zirkular:

Vertraulich! Hannover, 7. Januar 1907.

An die zur Norddeutschen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller gehörigen Mitglieder.

Die Reichstagswahl betreffend.

Unter Bezugnahme auf die anliegenden, die Reichstagswahlen betreffenden Schriftstücke komme ich der Aufforderung des Vorsitzenden des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller gern nach, indem ich die zur Norddeutschen Gruppe des Vereins gehörenden Firmen ersuche, für den angegebenen Zweck: „Bekämpfung antinationaler Wahlen" den vorgeschlagenen Beitrag von einer Mark pro Kopf der beschäftigten Arbeiter baldtunlichst bei der Hannoverschen Bank hier zugunsten meines Sonderkontos W einzuzahlen.

Der Vorsitzende der Norddeutschen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller.
Gerhard L. Meyer, Geheimer Kommerzienrat.

Die Zentrumspresse hat von der Aktion auch Notiz genommen und sie gebührend kritisiert. Die Kölnische Volkszeitung meinte, nun wisse man doch, wo man in Zukunft die Mittel hernehmen könne, wenn wieder Militär- und Marinevorlagen an den Reichstag kämen. Das hätte sich freilich das Zentrum schon früher sagen sollen, statt bei der Verteuerung aller Lebensbedürfnisse in der vordersten Reihe zu kämpfen. Interessant ist nun aber, was die Eisen- und Kohlentante, die Rheinisch-Westfälische Zeitung, zu der Kritik der Zentrumspresse sagt. Höchst entrüstet ruft sie aus: „Gehört nicht ein gehäuftes Maß Heuchelei dazu, den Industriellen wegen eines solchen Schrittes Entrüstung zu zeigen? Ist es nicht selbstverständlich und war es nicht von jeher so, daß die Industrie die nationale Sache stützt und sich in ihrer großen Mehrheit gegen alles Antinationale wehrt? . . ."

Wir empfehlen der Eisen- und Kohlentante, das Organ des Herrn Bueck, die Deutsche Industrie-Zeitung, vom 4. Januar zu lesen. Dieses Blatt entrüstet sich darüber, daß die Organe der freien Gewerkschaften eine Wahlparole für die sozialdemokratische Partei ausgegeben und daß Gewerkschaften Gelder zu ihrem Wahlfonds beigesteuert haben. Zu gleicher Zeit, als der Artikel erschien, versandte Herr Bueck seine Zirkulare. Bueck und Genossen treiben natürlich keine Heuchelei, sie „wehren sich nur gegen alles Antinationale".

Interessant an dieser ganzen Aktion ist besonders, daß die Gelder auch zur Unterstützung der bürgerlichen Linken (Freisinnigen und Demokraten) bestimmt sind. Da sich für diese Gruppen auch die **Hirsch-Dunckerschen** ins Zeug legen, so ziehen die Bueck und die Gleichauf e tutti quanti nun einmal vor aller Welt an einem Strange.

Der Eid eines Scharfmachers.

Höchst merkwürdig war das Benehmen des Bauunternehmers Burger in Nürnberg bei einer Gerichtsverhandlung gegen den Leiter der Zahlstelle des Bauhilfsarbeiter-Verbandes, namens Rothmund. Dieser wurde vom Schöffengericht zu sieben Tagen Gefängnis verurteilt, weil er bei einer Ansammlung, die gelegentlich des vorjährigen Bauarbeiterausstandes erfolgte, mit Bezug auf den anwesend gewesenen Bauunternehmer Burger den Arbeitern zugerufen haben soll: „Da habt ihr den Burger, den Lumpen, schlagt ihn nieder!" Die Verurteilung stützte sich auf die eidliche Aussage Burgers, der bestimmt erklärte, daß Rothmund die Aufforderung, in niederzuschlagen, an die Arbeiter gerichtet habe. Burger hat sich nach seiner Angabe unter die Angesammelten gemischt, um „Material für einen besseren Schutz der Arbeitswilligen" zu sammeln. In der Berufungsverhandlung vor der Strafkammer blieb Burger wieder bei der Behauptung, daß Rothmund die Arbeiter zu Unruhen habe aufstacheln wollen, obwohl eine Reihe von Zeugen das Gegenteil bekundete. Rothmund kam nur zufällig an den Ort der Ansammlung. Er befand sich auf dem Wege nach dem Bahnhof, um sich von dem abreisenden Zentralvorstand zu verabschieden. Als er Burger erblickte, machte er nur einen seiner Begleiter auf ihn aufmerksam mit der Bemerkung: „Das ist der Burger vom Arbeitgeber-Verband." Ein anderer Arbeiter ließ dann die Worte fallen: „Den sollte man tüchtig hauen." Diese letzte Äußerung erscheint verständlich, wenn man sich vergegenwärtigt, daß Burger vor zehn Jahren Leiter der Zahlstelle des Maurer-Verbandes war, als solcher einen großen Streik leitete und die Profitgier des Unternehmertums nicht genug verdammen konnte. Inzwischen ist er selbst zum Unternehmer aufgerückt und hat sich zu einem ganz bösartigen Scharfmacher ausgewachsen. Beim vorjährigen Streik trieb er sich fortwährend da herum, wo Streikende zu finden waren, um sie zu provozieren und zu beschimpfen. Das war auch an dem fraglichen Tage der Fall. Rothmund mußte freigesprochen werden. Man darf nun gespannt sein, wie die Staatsanwaltschaft das Benehmen Burgers auffassen wird.

Hirsch-Dunckeriana.

„Aus geheimen Papieren." Unter dieser Spitzmarke begeht der Regulator in Nr. 2 wieder eine bodenlose Gemeinheit gegen den Deutschen Metallarbeiter-Verband. Er will eine Einsendung über eine vom 20. bis 22. Dezember vorigen Jahres in Berlin abgehaltene Tagung des Verbandes Deutscher Metallindustrieller erhalten haben. Der Zweck dieser Sitzung sei die Beratung von Maßnahmen gewesen, die man 1907 bei eintretenden Streiks ergreifen will. Man erwarte gleich mit Beginn des Frühjahrs größere Arbeitskämpfe in allen Teilen Deutschlands. Es sei beschlossen worden, bei jedem entstehenden Streik sofort Aussperrungen in größerem Umfang vorzunehmen, und zwar 60 Prozent aller Arbeiter, also von 260 000 Mann. Die Kasse des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes wäre dann in längstens zehn Tagen erschöpft. Die dem Vorstand erteilten Vollmachten gingen weit über die bisherigen hinaus. Er habe jetzt das Recht, auf telegraphischem Wege den Mitgliedern des Arbeitgeber-Verbandes die Pflicht aufzuerlegen, sofortige Aussperrungen vorzunehmen. Damit soll die Unsicherheit, die bei der angedrohten Formeraussperrung 1906 herrschte, beseitigt werden. Der Kriegsplan wurde genauestens festgelegt und bis in die kleinsten Einzelheiten besprochen.

Ob das, was der Regulator berichtet, auf Wahrheit beruht, kann dahingestellt bleiben. Uns erschrecken aber solche Beschlüsse der Unternehmer nicht, weil sie unausführbar sind. Das Herz fällt darüber nur den Hirsch-Dunckerschen Führern in die Hosen, weshalb der Regulator sich schon gleich jetzt den Unternehmern wieder in empfehlende Erinnerung bringt, durch eine Gemeinheit, die in der „Einsendung" enthalten ist. Es steht im Regulator: „Eine Berechnung ergab, daß der Deutsche Metallarbeiter-Verband im Jahre 1908 allerhöchstens drei Millionen Mark (? D. Red.) [Dieses Fragezeichen rührt von der Redaktion des Regulators her. Red. d. M.-Ztg.] an Streikgeld zu verausgaben habe. Die Herren waren verblüffend genau über die Finanzlage des Verbandes informiert, so daß nur eine Annahme bleibt: sie haben im Bureau des Metallarbeiter-Verbandes in Stuttgart Spione."

Diese Verdächtigung ist ein Bubenstück, ganz eines Gleichauf würdig. Was der Deutsche Metallarbeiter-Verband an Streikgeldern ausgeben kann, das haben die letzten Jahre gezeigt, und die Unternehmer müßten schlechte Rechner sein, wenn sie nicht aus den Fortschritten unseres Verbandes ihre Schlüsse ziehen könnten. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband ist eben ein Faktor, mit dem die Unternehmer rechnen müssen. Den Hirsch-Dunckerschen Gewerkverein setzen sie nur insofern als Faktor in ihre Rechnung ein, als ihnen dessen Leitung etwa als Streikbrecherlieferantin Dienste leisten kann.

Der blamierte Lange. Nicht nur der Streikbruch, sondern auch das Lügen und Verleumden wird in den Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen systematisch betrieben. Wollten wir jede in der Hirschenpresse erscheinende Verleumdung, die sich gegen Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes richtet, so gründlich widerlegen, wie es im Interesse der Wahrheit eigentlich notwendig wäre, so würde dazu oft der ganze Raum der Metallarbeiter-Zeitung nicht ausreichen. Man kann es allerdings öfter erleben, daß beinahe der ganze Inhalt des Regulators aus lauter Anschmutzereien gegen den Deutschen Metallarbeiter-Verband und dessen Organ zusammengestoppelt ist. Der Herr Gleichauf weiß anscheinend, wieviel Blödsinn er seinen Lesern zumuten darf. Um wieder einmal ein Beispiel herauszugreifen: Am 15. Dezember brachte die Bremer Bürgerzeitung einen kurzen Artikel aus Vegesack, in dem darauf hingewiesen wurde, daß ein auf der Werft des „Vulkan" kurz vorher passierter Unfall abends um 9 Uhr, also während der Überstunden, vorgekommen sei. Daran war die Bemerkung geknüpft, daß leider eine Anzahl Arbeiter diese Überstunden noch immer leisten, um einige Groschen zusammenzubringen, damit sie ihren Angehörigen auch eine Freude zum Weihnachtsfest bereiten könnten. Dazu ließ sich der Regulator für seine Nr. 1 von dem Bezirkshirsch Lange aus Hannover einen längeren Artikel schreiben, der die Überschrift hat: „Der Klassenkampf auf den Werften oder die blamierte sozialdemokratische Bremer Bürgerzeitung." Darin heißt es: „Ja warum denn dieses ‚leider', wenn man, wie untenstehender Vertrag des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes respektive deren Beamten beweist, die Arbeiter mit Haut und Haaren für 2 und 1 Pf. Lohnerhöhung verkauft hat. . . . Hier muß festgestellt werden, daß das ganze Jahr hindurch mit Überstunden und Nacht- und Sonntagsarbeit gearbeitet wird, weil die Führer (?) es festgelegt haben in ihren heimlichen Abmachungen mit der Werft." Dann veröffentlicht der Einsender einen Vertrag, den die Beamten des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes „heimlich" abgeschlossen haben sollen, und worin festgestellt wird, unter welchen Umständen Überstunden gemacht werden sollen. Daran knüpft er dann Bemerkungen in dem bekannten Hirsch-Dunckerschen Lügenstil. Die „heimliche Abmachung" ist aber nach einer Mitteilung des Kollegen Gotthusen folgendermaßen zustande gekommen:

Die Nieter des Bremer Vulkan in Vegesack klagten schon längere Zeit über die übermäßige Überzeitarbeit und verweigerten diese im April 1906 gänzlich. Am 26. April fand in Gegenwart des Arbeiterausschusses eine Verhandlung der Vertrauensleute der Nieter mit dem Direktor Nawatzki statt. Die Vertrauensleute berichteten in einer Nieterversammlung am 27. April über das Ergebnis. Dieses wurde abgelehnt, worauf am 28. April morgens wieder eine Verhandlung stattfand. In dieser Verhandlung äußerte ein Ausschußmitglied, daß in der Versammlung der Bericht wohl nicht richtig gegeben worden und infolgedessen die Ablehnung erfolgt sei. Hierauf erbot sich dem Direktor ein Mitglied unserer Organisation, den Bezirksleiter Gotthusen telegraphisch zu berufen, damit dieser an der nunmehr am Nachmittag desselben Tages stattfindenden weiteren Unterhandlung teilnehmen könne. Die Direktion erklärte sich unter dem Vorbehalt damit einverstanden, daß er als Zuhörer teilnehme. Gotthusen traf zirka 4½ Uhr in Vegesack ein und ging dann mit dem Geschäftsführer Everling sofort nach der Werft, wo sie dann auch zu der Verhandlung der Vertrauensleute mit dem Direktor Nawatzki in Gegenwart des Arbeiterausschusses zugelassen wurden. Auf Grund des obenerwähnten Vorbehaltes konnten die beiden nicht maßgebend in die Verhandlung eingreifen, sondern mußten sich mit einigen Bemerkungen begnügen. Nach Schluß der Verhandlung beantragte Gotthusen die Ausfertigung eines Protokolls, das ihm denn auch im Laufe einer Stunde in der sofort darauf abgehaltenen Nieterversammlung ausgehändigt wurde, wo der Leiter der Versammlung es laut vorlas und zur allgemeinen Diskussion stellte. Nach längerer Diskussion nahm die Versammlung die Vorschläge der Direktion an. Gotthusen verpflichtete sich dann noch, weil die Direktion eine Veröffentlichung in der Presse, also nicht in der Öffentlichkeit, wie Lange zusammengefälscht hat, aus ganz besonderen Gründen ablehnte, das Protokoll zu vervielfältigen und durch den Kollegen Everling den übrigen beteiligten Gewerkschaften zur Information zustellen zu lassen. Auf diese Weise hat auch der p. p. Lange davon Kenntnis bekommen. Er glaubt sich nun berechtigt, die Funktionäre des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in der niederträchtigsten Weise beschmutzen zu dürfen in der Hoffnung: Verleumde kühn; es bleibt immer etwas hängen. Was war aber durch die Verhandlungen erreicht worden? Vorher mußten die Nieter wöchentlich **15 bis 20** Stunden Überzeitarbeit leisten, wurden auch bestraft oder entlassen, wenn sie sich entschuldigten, nun sollten aber **nur in dringenden Fällen wöchentlich vier bis acht Stunden** geleistet werden und der Sonnabend war ganz freigegeben. Ob dies als ein Fortschritt anzusehen ist, kann man dem Urteil jedes anständigen Menschen überlassen. Zu der Behauptung, daß die Kollegen wegen ein oder zwei Pfennig Lohnerhöhung „mit Haut und Haaren verkauft" worden seien, ist nur zu bemerken, daß bei den Verhandlungen von dem Direktor Nawatzki die Absicht dieser Lohnerhöhung mitgeteilt und von den Kollegen einfach zur Kenntnis genommen wurde. Diese Lohnerhöhung erfolgte aber gleichzeitig auf sämtlichen Werften an der Unterweser. Daraus geht schon hervor, daß sie auf einer Abmachung der Werften unter sich beruht und mit der Bewegung auf dem Bremer Vulkan wegen der vielen Überstunden nicht das geringste zu tun hat. Sollten nun an der Unterweser wieder Differenzen entstehen, so wird der Bezirkshirsch Lange sicher nicht zu Unterhandlungen herangezogen werden. Der Bursche arbeitet zu sehr nach Erkelenzschem Muster.

Erinnerung an den bayerischen Militärarbeiter-Verband.

Zu dem in Nr. 2 der Metallarbeiter-Zeitung gebrachten Artikel „Weißblau — Weißblaugelb?" möchte ich ein kleines Intermezzo zur Belustigung, aber auch zur Charakteristik obiger Organisation zum besten geben. Im Mai vorigen Jahres, als die Militärverbändler einen Teil ihrer „in freien Gewerkschaften nicht zu organisierenden" Glücklichen um sich gesammelt hatten, fühlten sie das Bedürfnis, ihnen etwas gewerkschaftliche Schulung beizubringen. Damit soll nicht behauptet werden, daß die Führer dieser famosen Organisation dessen nicht ebenso bedurft hätten. Zu einer solchen Aufklärungsarbeit wurde ich, trotzdem einige Wochen vorher der Kollege Ischinger den Herren Bernhardt und Konsorten gehörig heimgeleuchtet hatte und ich ebenso wie Kollege Ischinger als Mitglied des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes hinreichend bekannt war, eingeladen. Man hatte den Wunsch, ein „objektives" Referat über Tarifverträge zu hören, dem ich auch bereitwilligst entsprach. Das Referat war so objektiv, als ich es nur zu halten vermochte. Ich ließ nicht unerwähnt, daß nur kräftige, einheitlich gestaltete Organisationen in der Lage wären, aus Tarifverträgen nennenswerten Nutzen zu ziehen, daß ferner aber auch durch die Erreichung von Tarifverträgen der Klassenkampf nicht ausgeschaltet würde, sondern daß die Tarife nur eine Etappe des Klassenkampfes bedeuten. Zum Schlusse konnte ich es mir allerdings nicht versagen, den Herren wegen ihrer Sonderbündelei das zu sagen, was zu sagen notwendig war und dabei auch einen Erfolg des Militärarbeiter-Verbandes sehr stark in Frage zu stellen, da die königlich bayerische Regierung schon des öfteren ganz derbe Proben ihres Scharfmachergenies gegeben hat.

Daß ich vom Klassenkampf gesprochen, war nun denn doch etwas zu viel. Ein königlich bayerischer privilegierter Militärarbeiter hat doch keinen Klassenkampf durchzukosten. Beneidenswerte Glückliche, nicht wahr? Doch noch mehr: Herr Bernhardt, der spiritus rector des Verbandes, stellte die Notwendigkeit eines fest geschlossenen Verbandes überhaupt in Abrede, da man bei ihrem „Arbeitgeber" nicht mit Macht und Gewalt etwas zu erreichen vermöchte, sie hätten nicht mit einem Privatunternehmer, sondern mit der Volksvertretung zu rechnen, deren Beihilfe sie gewiß seien. Armer Bernhardt! Zu jener Zeit hat er wohl noch nicht die Haltung des Zentrumsabgeordneten Oßwald im zehnten Ausschuß der Kammer gekannt. Organisiert seien sie allerdings, um auch zu imponieren und ihre Mitglieder, die nicht in freien Gewerkschaften zu organisieren seien, dort zu organisieren und auch zu schulen. Die freien Gewerkschaften sollten daher nicht so boshaft und eigensinnig sein, sondern dem Militärarbeiter-Verband und dessen Leitern vielmehr danken, daß er sich der Indifferenten angenommen hätte.

Sollten wir nicht schließlich den Augsburger Gelben 2c. auch danken, daß wir weniger Agitation zu betreiben brauchen? Übrigens meinten einige der Herren, man könne ja noch nicht wissen, ob der Militärarbeiter-Verband doch einmal eine andere Stellung einnehme, dann hätten die freien Gewerkschaften Arbeit und Geld gespart und hätten Mitglieder, die sie sonst nicht bekommen hätten. Famoser Plan, was? Jedenfalls sorgen die Macher des Militärarbeiter-Verbandes unfreiwilligerweise dafür.

Ein anderer Herr — der Name des Lichtes ist mir leider entfallen, aber er gerierte sich auch als Größe — stellte den Antrag: „Nachdem wir nun heute einen ausgesprochen sozialdemokratischen Agitator und Führer des Metallarbeiter-Verbandes gehört haben, empfiehlt es sich, um allen Richtungen Rechnung zu tragen, auch einmal einen Zentrumsmann oder Führer der christlichen Gewerkschaften sowie der anderen Richtungen in den kommenden Versammlungen zu hören." Von einigen scheinbar etwas ernsteren Leuten wurde der Antrag verlacht, aber er fand den Beifall der Leiter und wurde auch angenommen.

Daß das Schlußwort nicht liebenswürdig ausfiel, versteht sich wohl am Rande. Sonderbare Gesichter schnitten die Herren, als ich ihre Organisation eine kolorierte nannte. Manche schauten sich gegenseitig an, ob sie denn wirklich in allen Farben schillern. Noch größer war jedoch das Erstaunen der Leiter und Größen, als ich mich nicht genierte, für das Referat die ortsübliche Taxe von 3 Mk. anzunehmen. Jemanden so „heruntersetzen" und dafür noch 3 Mk. zu nehmen, das ging den Herren scheinbar doch zu weit. Unangenehm mag es ja schon sein.

Diese Episode dürfte zur Genüge beweisen, wes geistigen Ursprungs und Wesens die Militärverbändler sind. Ein Gemisch von Leuten, die sich würdig zu den berüchtigten Gelben stellen können. Die königlich bayerische Regierung wird ihr aufgedrungenes Kindlein sorgfältig pflegen. Sie weiß warum. Sie wird ihm aber auch den Respekt entgegenbringen, der seiner Herkunft entspricht. Wenn aber vielleicht — man kann es ja nicht wissen — der Militärarbeiter-Verband die Freude erlebt, einen heißersehnten Vertreter ins Parlament schicken zu können, so wird sich vielleicht eine glorreiche Zeit eröffnen, in der die Schirmer, Bernhardt und v. Frauendorfer sich in brüderlicher Einigkeit die Hand reichen und gemeinsam den Kampf gegen den „Terrorismus" wagen.

Dem bayerischen Wahlkampf im Mai dieses Jahres eröffnen sich daher eigenartige Perspektiven wenn es zu einer solchen Kandidatur kommen sollten, die Arbeiter werden wissen, was sie zu tun haben.

Josef Kurth.

Vom Ausland.

Dänemark.

In Kopenhagen haben die Straßenbahner mit Erfolg einen Streik durchgeführt. Am interessantesten ist dabei, daß das Publikum sich bei solchen Gelegenheiten unverhohlen auf die Seite der Streikenden zu stellen pflegt und daß die Streikbrecher nicht

olchen hohen Schutz genießen, wie in Deutschland, wo Streikbrecher als Revolverhelden geduldet werden, die Streikposten einfach niederschießen und dann von der Polizei nicht aufzufinden sind. Der streikende Arbeiter ist in Dänemark auch in bürgerlichen Kreisen ebenso geachtet, wie der Streikbrecher verachtet ist. Von der Kopenhagener Presse standen nur die ganz reaktionären Unternehmer- und Kapitalistenblätter auf Seite der Straßenbahngesellschaften, aber die bürgerlichen Blätter, die in den breiten Schichten des Volkes gelesen werden, sprachen es mehr oder minder unverhohlen aus, daß die Straßenbahner im Rechte waren, mehr Lohn zu verlangen, und daß Streikbrecher, sollten sich welche einstellen, als Verräter gelten müßten. So schrieb das liberal-radikale Blatt Folkets Avis:

„Im großen Publikum gilt nämlich das alte Kriegsgesetz, daß nur die streitenden Parteien miteinander kämpfen sollen. Zeigen sich irreguläre Truppen, werden sie niedergeschlagen. Der Mann, der als Streikbrecher auftritt und ehrlichen Kriegsleuten in den Rücken fällt, verdient keinen Pardon."

Auch die Kleingewerbetreibenden und Geschäftsleute wissen, daß es in ihrem eigenen Interesse liegt, wenn die Arbeiter und Angestellten mehr Lohn erhalten, so daß ihre Kaufkraft steigt. Darum sind sie den Streikbrechern feindlich gesinnt, ganz besonders aber, wenn solche vom Ausland kommen. Unter solchen Umständen konnte der Ausgang des Kampfes nicht zweifelhaft sein. Bürgermeister Jakobi waltete mit Erfolg des Vermittlungsamtes. Es kam zu einer Einigung, die den Straßenbahnern Lohnaufbesserungen und eine Verkürzung der Arbeitszeit brachte. Die Arbeit wurde am 7. Januar wieder aufgenommen.

Norwegen.

Gelbe Organisationen überall. Auch in Norwegen machen sich solche Streikbrecherverbände bemerkbar. Auf Anraten eines bürgerlichen Blattes in Christiania ist in den letzten Monaten des vorigen Jahres daselbst ein „Freier Arbeiterverband Norwegens" gegründet worden, der sogar schon eine ganze lokale Fachabteilung hat. In dem Statut dieses „Verbandes" heißt es: „§ 1. Norwegens Freier Arbeiterverband hat zum Zwecke, die Arbeiter, sowohl die Männer als auch die Frauen, in den verschiedenen Gewerben zum Schutze und zur Förderung der Arbeiterinteressen zu sammeln. § 2. Weder der Verband noch eine seiner Abteilungen darf sich an irgend eine politische oder religiöse Partei anschließen, ebenso darf keines von seinen Mitgliedern einer anderen Fachorganisation angehören." Also ein Verband der Unorganisierten, ebenso wie er an anderen Orten und in anderen Ländern zu dem ausgesprochenen Zwecke ins Leben gerufen worden ist, um den Arbeitern bei ihren Kämpfen in den Rücken zu fallen. Das Statut ist im übrigen dem Statut des Norwegischen Eisen- und Metallarbeiter-Verbandes nachgebildet. Merkwürdige Bestimmungen enthält aber der § 22. Danach kann ein Mitglied Unterstützung erhalten, wenn es infolge von Streiks oder Aussperrungen arbeitslos geworden ist, die vom Hauptvorstand anerkannt werden. § 23 bestimmt, daß ein Mitglied verpflichtet ist, Arbeit in seinem Fache anzunehmen, wenn ihm solche durch Mitwirkung des Verbandes verschafft werden kann. Das Organ unseres norwegischen Bruderverbandes bemerkt dazu mit Recht: „Ein Streik oder eine Aussperrung zum Beispiel in der Eisenindustrie wird also von den ‚freien Arbeitern' in Aters Werkstatt (wo diese janoje Gründung das Licht der Welt erblickt hat) als Luft betrachtet, soweit der gelbe Hauptvorstand den Konflikt nicht ‚anerkannt' hat. Da wird sogar von einer ‚Anerkennung' der Aussperrung gesprochen. Aussperrungen werden aber, wie bekannt, von den Unternehmern ins Werk gesetzt, aber dessen ungeachtet spricht dieser gelbe Papierverband von ‚anerkannten' und nicht anerkannten Aussperrungen. Wenn der nun eine Aussperrung nicht anerkennt, was dann? Ja, dann wird vermutlich der gelbe Hauptvorstand zufolge § 23 den Gelben ‚Arbeit im Fache' verschaffen." Daraus geht also deutlich hervor, was mit dieser Gründung beabsichtigt wird. Unser norwegisches Bruderblatt weist dann noch nach, daß es unmöglich ist, die den Mitgliedern versprochenen Unterstützungen bei einem Wochenbeitrag von 30 Öre (nicht ganz 34 Pf.) zu leisten und kennzeichnet die ganze Mache mit Recht als Schwindel. — Ganz wie bei uns.

Niederlande.

Der Niederländische Metallarbeiter-Verband im Jahre 1906. Wiewohl jedes Jahr nur ein winziges Glied in der unendlichen Kette der Zeit ist, so schließt es doch so viel heilsame Lehren in sich. Wie viel Enttäuschungen gab uns die niederländische Gewerkschaftsbewegung jahraus, jahrein, bis es vielen unter uns (1903 nach dem Generalstreik) gleich Schuppen von den Augen fiel, der eine nach dem anderen der föderalistischen Taktik den Rücken kehrte und sich der zentralistischen Organisationsform zuwendete. Natürlich konnten wir uns nicht damit entschuldigen, daß uns in den Niederlanden lehrreiche Beispiele fehlten, denn „die Blume der niederländischen Gewerkschaftsbewegung", der Niederländische Diamantarbeiter-Verband, ist durch diese Taktik groß und stark geworden und hat in Kämpfen, die sicher alle anderen Organisationen zugrunde gerichtet hätten, glänzende Erfolge erzielt. Vor der Katastrophe im April 1903 war aber die ja auch von Natur aus feuchte Atmosphäre von dem aus dem anarchistischen Sumpfe aufsteigenden Nebel so erfüllt, daß das Licht dieses Sternes nicht genügend durchdrang. Als die Koalitionsentrichtung der niederländischen Arbeiter im Jahre 1903 und die dem Generalstreik folgende Niederlage diesen Nebel zerriß, als die meisten Gewerkschaften in desolaten Zustand aus diesem Kampfe zum Vorschein kamen und sahen, daß der Diamantarbeiter-Verband infolge seiner strammen Disziplin durch die Arbeitsniederlegung nicht gelitten hatte, sahen sie ein, daß es an der Zeit war, eine andere Organisationsform zu wählen. Man übereilte sich aber nicht; es hat noch beinahe drei Jahre gedauert, ehe die zentralistischen Organisationen daran kamen, eine neue Sondezentrale, genannt „Nederlandsche Verbond van Vakvereenigingen", zu gründen. Am 1. Januar 1906 trat dieser Bund mit 11 Verbänden und etwa 19000 Mitgliedern in Kraft und übte einen so wohltätigen Einfluß aus, daß allmählich eine Organisation nach der anderen in seine Reihen trat, so daß jetzt zusammen 18 Verbände mit 25600 Mitgliedern angeschlossen sind und es Zeit wird, daß die Niederlande würdiger im Internationalen Gewerkschaftsbund vertreten werden, als durch das anarchistische „Nationale Arbeitersekretariat".

Daß die niederländischen Metallarbeiter allmählich den Nutzen von Unterstützungskassen einsehen, zeigte schon die Errichtung einer Kommission zum Studium der Wirkungen der Unterstützungskassen in Europa im Jahre 1904, ferner der Auftrag an den Hauptvorstand, neue Statuten auszuarbeiten, worin die Beiträge erhöht und das Unterstützungswesen auf's neue bestimmt eingerichtet wurde. Eine Spaltung kam schon nach demselben Kongreß (1905) durch die Abtrennung vom „Nationalen Arbeitersekretariat" und durch das Auftreten der Föderalisten. Nun folgte ein Jahr unter dem früheren Verbandssekretär und den verschiedenartigen Elementen des früheren Hauptvorstandes, ein Jahr unbestimmter „Neutralität" und vom feindlichen Nichtstun. Infolgedessen war es kein Wunder, daß schließlich der Verband sich infolge Unzufriedenheit über die Kampfesweise und jenen Rate der letzten Überbleibsel der halbanarchistischen, föderalistischen Taktik entledigte und sich bestimmt der zentralistischen Organisationsform zuwendete. Und siehe, das durch jahrelange Verwirrung erschütterte Vertrauen der niederländischen Metallarbeiter in die Kraft der Organisation kehrte zurück und unser Verband wurde stärker, nachdem er die letzten anarchistischen Elemente abgeschüttelt hatte. Waren anfänglich verschiedene Kollegen bange, daß durch die Erhöhung der Beiträge (progressiv von 17 bis 42,5 Pf. steigend) die Metallarbeiter abgeschreckt würden, so hat die Erfahrung glänzend das Gegenteil bewiesen. Nach dem Anfang der Föderalisten im Februar des Anarchisten am 1. Juli 1906 zählte unser Verband in 18 Abteilungen 639 Mitglieder. In den folgenden sechs Monaten stieg er aber auf 24 Abteilungen mit 1350 Mitgliedern. Wir sind auch noch ferner im Zunehmen. Der frühere Hauptvorstand wurde, indem er plötzlich den Verband den Stuhl vor die Tür setzte und dem neuen Hauptvorstand ein wirres Durcheinander von Briefen, Rechnungen u. s. w. anstatt einer geordneten Buchführung hinterließ, daß die Anarchisten daraus profitieren konnten. Aber es wurde sich der neue Hauptvorstand zeigte durch kräftige Maßregeln, daß er des Vertrauens würdig ist, das die Mitglieder in ihn gesetzt haben. Durch zweckmäßige Verteilung der Arbeiten und Beauftragung des neuen Redakteurs mit der ausländischen Korrespondenz konnten die verschiedenen Aufgaben viel wirksamer ausgeführt werden und der binnen ein paar Monaten erscheinende Jahresbericht wird darüber deutlicher Aufschluß geben. Im verflossenen Halbjahr haben uns auch verschiedene Organisationen hilfreich zur Seite gestanden, was wir dankbar anerkennen. Es waren an erster Stelle die Sozialdemokratische Arbeiterpartei und der Niederländische Gewerkschaftsbund, zu dem wir laut Urabstimmung gehören. Bei manche Abteilung hätte es sicher, trotz eifriger Agitation, länger gedauert, ehe sie errichtet worden wäre, wenn uns nicht die örtliche Verwaltung der Partei oder ein „Arbeiterkartell" von Sozialdemokraten und den bei dem Gewerkschaftsbund angeschlossenen Gewerkschaften dabei geholfen hätte. Eine sehr wirksame (sowohl finanzielle als beratende) lobenswerte Hilfe leistete uns der Deutsche Metallarbeiter-Verband, weil er meinte, dazu verpflichtet zu sein, da wir augenblicklich doch noch nicht stark genug organisiert sind, um ohne finanzielle Hilfe der Anwerbung von Streikbrechern für Deutschland bei uns genügend entgegentreten zu können. Unsere tapferen Groninger Genossen können davon mitsprechen, wie zum Beispiel den Scharfmachern an der Unterweser ein Strich durch die Rechnung gemacht wurde und ebenso ging es in anderen Fällen, zum Beispiel Siemens-Schuckert in Berlin 2c. Es hat jetzt endlich durchgeführt werden können, daß für nach Deutschland reisende Genossen der internationale Vertrauensmann in unserer Fachzeitung wöchentlich die Streikorte im Ausland (vorläufig Deutschland) bekannt macht. Für die kräftige Hilfe gebührt denn auch dem deutschen Bruderverband warmer Dank und wir hoffen, nicht allein binnen ein paar Jahren so stark zu sein, daß wir sie entbehren können, sondern auch, daß wir uns bei eventuellen gewerkschaftlichen Kämpfen kräftig revanchieren können. Ein schlagender Beweis, welchen Einfluß die Taktik der zentralistischen Organisationsform ausübt, ist wohl der Jahreskongreß der „Landesföderation der Metallarbeiter" (die ausgetretenen Elemente). Früher waren Unterstützungskassen „vom Übel", „Institute zur Erziehung von Stellenjägern" u. s. w.; Hauptvorstände galten als freiheitmordende Unterdrückungsmaschinen. Und nun, nach kaum einem Jahre, hat er beschlossen, anstatt des „nationalen Korrespondenten" einen Hauptvorstand von fünf Personen zu wählen, sobald es die Finanzen erlauben (vorläufig bei 240 Mitgliedern noch nicht möglich), einen Beamten (also Stellenjäger) anzustellen und das Unterstützungswesen in Erwägung zu ziehen. Nun, ein altes Sprichwort sagt: Wer sich in anderen spiegelt, hat's bequem. In jedem Falle ist die Bilanz des Jahres 1906 für die zentralistische Gewerkschaftstaktik sehr günstig.

A. J.

Frankreich.

Nach amtlicher Statistik gab es anfangs 1905 in Frankreich 4625 Berufsvereine der Arbeiter mit 781344 Mitgliedern. Diese Organisationen können jedoch nicht alle als moderne Gewerkschaften betrachtet werden. Dies geht schon daraus hervor, daß der gewerkschaftlichen Landeszentrale, der Confédération Générale du Travail, Ende Mai 1906 61 Verbände mit nur 203273 Mitgliedern angehörten (gegen 43 Verbände mit 158000 Mitgliedern zwei Jahre vorher). Diese verhältnismäßig geringe Stärke der Gewerkschaften ist zum größten Teile der Uneinigkeit der französischen Arbeiter zuzuschreiben. Dies trat unter anderem auch auf dem im Oktober 1906 in Amiens abgehaltenen 15. Gewerkschaftskongreß zutage (siehe Bericht in der Metallarbeiter-Zeitung 1906, S. 354). Ferner ist das Unterstützungswesen nur sehr wenig entwickelt. Eine Enquete des französischen Arbeitsamtes ergab im Jahre 1894, daß im ganzen Lande 37 Vereine mit 16250 Mitgliedern im Falle von Arbeitslosigkeit regelmäßige Unterstützungen zahlten; 21 davon hatten eine besondere Kasse für diesen Zweck geschaffen. 1902 war die Zahl der Arbeitslosenkassen auf 310 angewachsen, von denen 162 auf die einzelnen Sektionen des Buchdrucker-Verbandes entfielen. In der Metallindustrie bestanden 26 Arbeitslosenkassen mit 7307 Mitgliedern. Die Kassen sind fast durchgehends lokal organisiert (mit Ausnahme der Buchdrucker). Der monatliche Beitrag für Zwecke der Arbeitslosenunterstützung schwankt meist zwischen 50 Cts. und 1 Fr.; in einigen Kassen beträgt er jedoch nur 25 Cts. Die Tagegelder betragen 2 Fr. im Buchdrucker-Verbande und steigen bei 13 Kassen auf 2,25 bis 4 Fr.; 83 Kassen zahlen für 30 bis 60 Tage Entschädigung, 9 Kassen bis 90 Tage, 5 Kassen bis 120 Tage, je eine 150 bis 180 Tage, bei 14 ist eine Zeitgrenze nicht bestimmt. Im Buchdruckergewerbe wird für 36 Tage im Jahre, bei den Lithographen im allgemeinen für 60 Tage Unterstützung bezahlt. 285 Kassen mit 28209 Mitgliedern haben Mitteilungen über die Finanzgebarung gemacht. Die Einnahmen betrugen danach 182269 Fr., darunter an Beiträgen für Arbeitslosenunterstützung 113765 Fr., die Ausgaben 227648 Fr. für Arbeitslosenunterstützung, 188940 Fr. mehr als die Einnahmen für diesen Zweck ausmachten. Nur 63 Kassen besaßen am Jahresschluß einen Reservefonds.

Literarisches.

(Zur Bestellung der angezeigten oder besprochenen Werke wende man sich nur an den bei jedem Werke angegebenen Verlag oder an eine Buchhandlung.)

Hand- und Hilfsbuch für den praktischen Metallarbeiter. Lehrbuch zum Selbstunterricht in der gesamten Metallbearbeitung für den Praktiker. Nebst den zugehörigen Hilfswissenschaften. Mit 30 Tafeln und etwa 800 Abbildungen. Zweite, vollständig neu bearbeitete Auflage. Von H. Schuberth. Das Werk erscheint in 30 Heften zu 50 Pf. Bisher 20 Hefte ausgegeben. (A. Hartlebens Verlag in Wien und Leipzig.)

Nach Durchsicht der uns vorliegenden Hefte 16 bis 20 können wir nur das wiederholen, was wir bereits bei Besprechung der früheren Hefte gesagt haben. Verfasser und Verlag haben sich viele Mühe gegeben, damit das Werk in jeder Beziehung als auf der Höhe der Zeit stehend gelten kann.

Ein Blick in die Steinbäckereien Magdeburgs. Von Karl Müssinger, Arbeitersekretär. Herausgegeben vom Vorstand der Mitgliedschaft Magdeburg des Verbandes der Bäckereiarbeiter Deutschlands (Franz Pohlmer). 32 Seiten. 4 Abbildungen.

Führer durch das Gewerbegerichts- und Kaufmannsgerichtsgesetz. Zugleich ein Ratgeber in gewerblichen Streitigkeiten. Preis 25 Pf. (mit Porto 28 Pf.). Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69. — Die Zahl der billigen Gesetzesführer, die sich einer steigenden Beliebtheit in Arbeiterkreisen erfreuen, ist um ein sehr brauchbares Büchlein vermehrt worden. Es ist nicht nur ein sehr einsichtsvoller Führer durch die beiden Gesetze, sondern gibt in dem als Anhang beigegebenen Ratgeber dem Rechtsuchenden in gewerblichen Streitigkeiten Belehrung: ob und wie eine Klage mit Erfolg anzustrengen oder eine erfolglose zu unterlassen ist. Die am Schlusse beigegebenen zahlreichen Formulare können dabei sehr zu statten.

Das Handbuch für sozialdemokratische Wähler ist soeben im Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstraße 69, erschienen. Es ist durch sämtliche Parteibuchhandlungen zum Preise von 2 Mk. für das gebundene, 1,50 Mk. für das broschierte Exemplar zu beziehen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die Armee und ihr Budget. — Die Kolonialpolitik. — Die Reichsfinanzreform. — Die Bekämpfung des Branntweins. — Sozialpolitik und Arbeiterversicherung. — Bergarbeitergesetzgebung. — Landarbeiter. — Justizmorde. — Handelsverträge. — Die Parteien des Reichstags. — Das Reichstagswahlrecht. — Winke für die Agitation.

Das persönliche Regiment. Reden und sonstige öffentliche Äußerungen Wilhelms II. Zusammengestellt von Wilhelm Schröder. München bei Birk & Co. 1907. Preis broschiert 1 Mk. — Noch denn je ist in letzter Zeit das öffentliche Wirken des deutschen Kaisers in allen Parteilagern kritisiert worden. Tagtäglich werden alte und neue Reden Wilhelms II. in der Presse und in öffentlichen Versammlungen herangezogen und doch fehlte es bisher an einem Werke, das alles für den Politiker Wissenswerte in gedrängter Kürze geordnet enthielt. Diese Lücke soll das vorliegende Buch ausfüllen. Es bringt, nach Materien gesichtet, nicht nur die für die Öffentlichkeit beachtenswerten Reden des regierenden deutschen Kaisers, sondern auch aus öffentlichen Handlungen und Gelegenheitsäußerungen des Monarchen alles wesentliche, was seit seinem Regierungsantritt bis zur Gegenwart bekannt geworden ist. In 8 Haupt- und 38 Unterabschnitten ist das Verhältnis des Kaisers zu Armee und Marine, zur sozialen Frage, zu den Bundesfürsten und den verschiedenen innerpolitischen Angelegenheiten, zur Kirche, zum Ausland, zu den Künsten und Wissenschaften 2c. aus seinen eigenen Kundgebungen übersichtlich dargestellt. Ein ausführliches alphabetisches Register erleichtert das Nachschlagen.

Neue Wahlbroschüren sind in der Buchhandlung Vorwärts erschienen:

Das verbotene Blatt. Wendet sich gegen das Bestreben der Gegner, die Arbeiter vom Besuch sozialdemokratischer Versammlungen abzuhalten und das Lesen sozialdemokratischer Zeitungen und Broschüren zu untersagen. Einzelpreis 5 Pf., 100 Exemplare 1 Mk.

Womit man vor Sozialdemokraten graulich macht. Ein Mahnwort an die Reichstagswähler. Enthält die landläufigsten Widerlegungen der gegen die Sozialdemokratie erhobenen Vorwürfe: Die Sozialdemokraten wollen das Eigentum aufheben. — Die Sozialdemokratie will die Ehe und Familie abschaffen. — Die Sozialdemokratie will die Religion beseitigen. — Die Sozialdemokratie ist vaterlandslos, international und republikanisch. — Die Sozialdemokratie will Revolution und Umsturz. — Patriotismus und Sozialdemokratie. Preis 10 Pf.

Das neue Knebelgesetz gegen die Gewerkschaften. Enthält die Verhandlungen des Reichstags über den „Gesetzentwurf, betreffend die gewerblichen Berufsvereine" nebst dem Entwurf des Gesetzes, der Begründung und einer kritischen Betrachtung desselben. Preis 75 Pf.

Verbands-Anzeigen

Mitglieder-Versammlungen.

(In allen Versammlungen werden Mitglieder aufgen.)

Samstag, 19. Januar:

Aue-Schneeberg. Gr. Laube, halb 9.
Driesen. Rittergutsgarten, 8 Uhr.
Freiburg i. B. Stadt Belfort, halb 9.
Gevelsberg. Hackenberg, halb 9 Uhr.
Güstrow. Wiese, halb 9 Uhr.
Kelstervach. Adolf Börner, 8 Uhr.
Leutkirch. Löwen, 8 Uhr.
Mülheim a. Ruhr. Hollenberg, ½9.
Muskau. Deutsches Haus, Keula, 8.
Nordhausen. Hirsch, halb 9 Uhr.
Oberursel. Kühler Grund, ½9 Uhr.
Schnaitheim b. Heidenheim. Lamm, 8.
Swinemünde. Stadt Berlin, ½9 Uhr.
Zeitz. Kämpfe, Schützenstr. 8, halb 9.

Sonntag, 20. Januar:

Altötting. Zwölf Apostel, vorm. 10.
Berlin (Eisen-, Metall- u. Revolverdreher). Kaiser Wilhelmstr. 18 m, vorm. halb 9 Uhr.
Essen-Kettwig. Roß o. d. Brücke, 11.
Freising. Jägerwirt, vorm. 10 Uhr.
Hannov.-Kd. Heizgem. Langestr. 2, 10.
Witten. Kaase, Oberstr., vorm. 10.

Montag, 21. Januar:

Posen (Schlosser). Büttner, 8 Uhr.

Dienstag, 22. Januar:

Biebrich. Kaiser Adolf, halb 9 Uhr.
Neu-Ruppin. Dinar, halb 9 Uhr.

Mittwoch, 23. Januar:

Lübeck. Vereinshaus, halb 9 Uhr.
Nordenham. Lindenhof, halb 9 Uhr.
Wismar. Arbeiterheim, 8 Uhr.

Donnerstag, 24. Januar:

Hagen-Wetter. Meßmann, halb 9.
Lägerdorf. Neue Welt, 8 Uhr.

Freitag, 25. Januar:

Eisenach. Fröhlicher Mann, a. ½9.

Samstag, 26. Januar:

Aue-Sachsenfeld. Löwen, ½9 Uhr.
Barmen-Elberfeld Heizungsmont. Volkshaus, Elberfeld, 9 Uhr.
Barmen-Elberf.-Vohwinkel-Sonborn. Eberhard in Sonborn, ½9.
Bischofswerda. Gr. Linde, Weickersd.
Bitterfeld. Hohenzollern, halb 9.
Bremerhaven (Former). Richter, ½9.
Colmar i. E. Stadt Schlettstadt, ½9.
Dessau. Hofjäger, halb 9 Uhr.
Diedenhofen. Neyssen, halb 9 Uhr.
Döbeln. Muldenterrasse, halb 9 Uhr.
Dortmund (Klempner). Rüsche, halb 9.
Duisburg. Gambrinus, 9 Uhr.
Essen. Borussia, 8 Uhr.
Gevelsberg-Wunderdau. Wicke, früher Körten, halb 9 Uhr.
Glauchau i. S. Weißes Roß, halb 9.
Gotha. Scholung, halb 9 Uhr.
Greifswald. Renz, Kurstr. 18, ½9.
Hagen-Altenhagen. Tucht, halb 9.
Hagen-Haspe. Giersiepen, halb 9.
Heilbronn a. N. Rose, 8 Uhr.
Hirschberg i. Schl. Andreasschenke, Cunnersdorf, halb 9 Uhr.
Ilmenau. Deutsches Haus, halb 9.
Ilmenau-Elgersburg. Strien, ½9.
Kottbus. Germania, halb 9 Uhr.
Krefeld. Pastern, Peterstraßenecke, 9.
Lindau. Restaurant Zeiß, 8 Uhr.
Lüneburg. Lampertihalle, halb 9.
Mettmann. Otto Eigen, 9 Uhr.
Neustadt a. d. H. Stadt Landau, 9.
Nürnberg (Elektrom.) Engl. Hof, ½9.
Nürnberg (Schmiede). Blauer Pfau, Neue Gasse 42, 8 Uhr abends.
Oldenburg. Schumacher, halb 9 Uhr.
Osterh.-Scharmb. Wohlmann, ½9.
Rathenow (Schlosser). Heidepriem, ½9
Roßlau. Goldene Krone, halb 9 Uhr.
Schleswig. Paulsen, halb 9 Uhr.
Spremberg. Knorr, halb 9 Uhr.
Stolp (Pommern). Schweizergraben.
Stralsund. Gewerkschaftshaus, 8.
Weinheim. Stadt Weinheim, halb 9.
Wolfenbüttel. Blauer Engel, 9 Uhr.
Zerbst. Specht, Güterglückerstr. ½9.

Sonntag, 27. Januar:

Bitterfeld-Delitzsch. Lindenhof, v. 9.
Elbing. Gewerkschaftshaus, 10 Uhr.
Herford. Läge, Alter Markt, vorm. 10.
Luxemburg. Ley, Fischmarkt, 10.
Mülh. a. R.-Styrum. Spickernagel, 5
Waltershausen-Friedrichroda. Sachsenburg, nachmittags 3 Uhr.
Wetzlar. Göths Garten, nachm. 4 Uhr.

Montag, 28. Januar:

Potsdam. Ladenthin, halb 9 Uhr.
Rathenow (Horma.) Kristallpalast, ½9.

Dienstag, 29. Januar:

Solingen Messerschlg. Gewerkschftsh.

Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen etc.

Berlin. Am 25. Januar, dem Tage der Reichstagswahl, bleiben sämtl. Bureauräume den ganzen Tag geschlossen.

Duisburg. (Former.) Das Umschauen ist hier untersagt. Die Kollegen wollen sich auf alle Fälle erst an das Bureau, Wilhelmstr. 76, wenden.

Gera. Unser Bureau befindet sich jetzt Alte Schloßgasse 11, part. Telephon 643. — Reisegeld von 9 bis 11 Uhr vorm. und 5 bis 6 Uhr abends. — Die Herberge befindet sich jetzt im Gasthaus zum Adler, Hospitalstr. 21.

Göppingen. Der Former Mathias Schrettenjäger wird ersucht, das von der Bibliothek der Vereinigten Gewerkschaften entliehene Buch zurückzusenden.

Jussenhausen. Adresse des Bevollmächtigten: August Härer, Friedrichstr. 56; des Kassierers: Gottl. Sigloch, Karlstr. 46. — Unterstützungen werden ausbezahlt beim Kassierer von ½1 bis 1 Uhr mittags und 7 bis 8 Uhr abends.

Gestorben.

Erlangen. Hans Jäckel, Mechaniker, 20 Jahre, Rheumatismus.
Frankenthal. Martin Fruth, Beindersheim, Proletarierkrankheit.
Leipzig. Felix Wilde, Bohrer, 23 J., Herzschwäche u. Lungenschlag.
Schwölln. Karl Menge, Freitod.

Privat-Anzeigen.

Tüchtige Drahtflechter bei hohem Lohne zum sofortigen Eintritt gesucht. **Drahtgitterwerk Wiesbaden Heck & Mager.** (831

Tüchtige Former finden sofort lohnende Beschäftigung. **Ulrich & Hinrichs Akt.-Ges. Remagen-Düsseldorf.** (833

Tüchtiger Schlosser welcher schmieden und etwas drehen kann, verheiratet, für Reparaturwerkstatt einer chemischen Fabrik Unterkommen für dauernden Posten gesucht. Offerten mit Zeugnisabschr. unter **E. E. 326** a. d. Verl. d. Bl. (826

Armaturen-Dreher welcher durchaus tüchtig in seinem Fach ist, als **Vorarbeiter** gesucht. (Es Reisegeld wird vergütet. Offerten mit Lohnanspr. an **G. & R. Weber Gebr.** G. m. b. H., Fabr. von Badeapparaten, **Lüttringhausen** b. Remscheid, Rhld.

Tücht. Kesselschmiede werden für sof. für dauernde Beschäftigung gesucht. **Carlshütte Alfeld (Leine).** (832

Tüchtige Klempner auf Weißblecharbeit finden dauernde Beschäftigung. **Kuckuck & Toebelmann.** Lampenfabrik, **Erfurt.** (827

KLEMPNER. Für meine bedeutend vergrößerte **Metallwarenfabrik** suche ich zum baldigen Antritt tüchtige Schwarz- und Weißblechklempner für dauernde Beschäftigung und hohen Lohn. (829 **Johannes Großfuß,** Metallwarenfabrik, **Döbeln i. S.**

Der **Schlosser Johannes Eichler,** geb. zu Nauheim (Rheinpf.) wird ersucht, s. Adr. an Wilh. Eichler, Former, Kiel-Gaarden, Kirchenweg 10 a III gef. z. laff. (834

Druck und Verlag von Alexander Schlicke & Co., Buchdruckerei und Verlag Stuttgart, Kötestraße 16 B.